



Ernst Kirchweger (1898–1965)

Eine biographische Skizze

MANFRED MUGRAUER

In den Jahren 1962 bis 1965 bewegte die Tatsache die österreichische Öffentlichkeit, dass an der Wiener Hochschule für Welthandel (der heutigen Wirtschaftsuniversität) ein Mann lehrte, der immer wieder durch antisemitische und großdeutsche Äußerungen auffiel: Taras Borodajkewycz. Dieser war in der Ersten Republik in Kreisen des politischen Katholizismus sozialisiert worden, jedoch bereits im Jänner 1934 der illegalen NSDAP beigetreten und ab 1935 ein Vertrauensmann des Sicherheitsdienstes (SD), des NS-Nachrichtendienstes. 1940 wurde er Dozent an der Universität Wien, 1943 (bis zum März 1945) Professor für Allgemeine Neuere Geschichte an der (deutschen) Universität Prag. Im Rahmen der Entnazifizierung nur als „minderbelastet“ eingestuft, erfolgte 1955 seine Ernennung zum Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Hochschule für Welthandel.

Am 23. März 1965 kam es zum Eklat, als Borodajkewycz im Rahmen einer Pressekonferenz im Auditorium Maximum der Hochschule, in deren Rahmen er von seinen studentischen Anhängern stürmisch gefeiert wurde und die teilweise im Fernsehen übertragen wurde, erneut antisemitische Aussprüche tätigte.¹ In Reaktion darauf demonstrierten am 29. März hunderte Studierende und AntifaschistInnen gegen nazistische Umtriebe an den österreichischen Universitäten.² Zwei Tage später, am 31. März 1965, fand eine Kundgebung der *Österreichischen Widerstandsbewegung* und eines *Antifaschistischen Studentenkomitees* gegen den Naziprofessor statt, an der sich etwa 5.000 DemonstrantInnen beteiligten. Am Karlsplatz kam es zum Zusammenstoß mit Anhängern von Borodajkewycz. Nachdem die Rufe „Hoch Boro“ und „Heil Auschwitz!“ erklungen waren, wurde der 67-jährige Antifaschist Ernst Kirchweger vom Chemiestudenten Gunther Kümel, einem bereits einschlägig vorbestraften Rechts-

extremisten, mit einem gezielten Faustschlag niedergestreckt. Erst wenige Wochen davor war Kirchweger im Allgemeinen Krankenhaus wegen Nierensteinverdachts operiert worden.³ Einen ärztlichen Kontrolltermin am 31. März hatte er wegen der Demonstration gegen den nazistischen, antisemitischen und großdeutschen Ungeist an den Hochschulen um einen Tag verschoben.⁴ Zwei Tage später, am 2. April 1965 um 11.40 Uhr, starb Kirchweger im AKH an den Folgen des Schlages.⁵

Sozialdemokratischer Funktionär

Über die „Affäre Borodajkewycz“ liegen zwar mehrere Dokumentation und Studien vor,⁶ in keiner dieser Veröffentlichungen wird jedoch näher auf den Lebensweg des ersten Todesopfers neofaschistischer Gewalt in der Zweiten Republik eingegangen. Ernst Kirchweger wurde am 12. Jänner 1898 in Wien geboren.⁷ Sein Vater Franz war Handschuhmachergehilfe und später Sekretär der Gewerkschaftsorganisation dieser Berufsgruppe. Zuletzt arbeitete er als Beamter der Allgemeinen Arbeiter-Krankenkasse. Als Bezirksfunktionär der Sozialdemokratischen Partei in Wien-Döbling kandidierte er mehrere Male für den Niederösterreichischen Landtag (Wien wurde erst 1921 von Niederösterreich getrennt). Ernst Kirchweger erlernte nach der Volks- und Bürgerschule von Juli 1912 bis Juli 1915 das Drogistengewerbe.⁸ Bereits in jungen Jahren Mitglied der *Kinderfreunde*, der sozialdemokratischen Kinderorganisation, trat er 1916 der SDAP bei.

In diesem Jahr, am 12. Mai 1916, wurde Kirchweger Soldat der Kriegsmarine und als Freiwilliger dem k.u.k. Matrosenkorps zugeteilt. Zum „Waffengast“ befördert,⁹ also als Unteroffizier, der Dienst mit der Waffe zu leisten hatte, erlebte er die Erhebung der Matrosen in der Bucht von Cattaro im Februar 1918. Damals wurde auf den Schiffen des

Kreuzergeschwaders die rote Fahne gehisst, Matrosenräte entsetzten die Offiziere ihrer Befehlsgewalt und übergaben dem Kriegshafenkommando ein Memorandum mit ihren Forderungen nach Frieden und Demokratie. Doch die revolutionären Matrosen blieben isoliert. Nach nur drei Tagen wurde die Revolte niedergeschlagen, 40 der gefangenen Matrosen kamen vor ein Standgericht, vier der Anführer wurden hingerichtet.

Aus der italienischen Kriegsgefangenschaft kehrte Kirchweger Ende 1918 nach Wien zurück und wurde sogleich wieder in der Döblinger Bezirksorganisation der SDAP aktiv. Als im März 1919 in Budapest die Räterepublik ausgerufen wurde, war Kirchweger einer jener, die unter Führung Leo Rothziegels nach Ungarn gingen, um die dort neu aufgebaute Rote Armee in ihrem Kampf gegen die innere und äußere Konterrevolution zu verstärken. Kirchweger war an Gefechten gegen die Tschechen bei Košice beteiligt, sowie an der Theiß gegen die rumänischen Besatzer und Einheiten der ungarischen „Nationalarmee“ unter Miklós Horthy.

Nach der Niederwerfung der Räterepublik Ende August 1919 kehrte Kirchweger nach Wien zurück und arbeitete zunächst als Angestellter der Arbeiterkonsumgenossenschaft. Von 1922 bis 1925 war er Mitarbeiter im *Österreichischen Verband für Siedlungs- und Kleingartenwesen*, der ein Jahr zuvor etabliert worden war und der Sozialdemokratie nahestand. Dessen Generalsekretär war zwischen 1921 und 1925 der Wissenschaftstheoretiker Otto Neurath,¹⁰ mit dem Kirchweger in der Folgezeit zusammenarbeitete. Die genossenschaftliche und kommunale Siedlerbewegung erreichte in diesen Jahren einen Höhepunkt, bis der Anteil von Siedlerhäusern am städtischen Wohnungsprogramm letztlich zugunsten der Gemeindebauwohnungen des „Roten Wien“ zurückging. In dieser Zeit, von Jänner bis März 1923, absolvierte Kirchweger zur beruf-

lichen Weiterbildung auch einen Kurs für Buchhaltung.¹¹ Im September 1925 wurde Kirchweger in der Zeitschrift des Verbandes mit dem Titel *Siedler und Kleingärtner* als Leiter der Kleingarten-, Kleintier- und Siedlungsausstellung in der Obstbaumschule der Kleingartenstelle der Stadt Wien in der Wagramer Straße in Kagran genannt.¹²

Von Oktober 1925 bis zum Februar 1937 arbeitete Kirchweger als Angestellter der Gemeinde Wien, konkret als Schaffner der Städtischen Straßenbahnen. Bis zum Februar 1934, also bis zum Verbot der sozialdemokratischen Organisationen und Vereine, war Kirchweger ohne Unterbrechung Vertrauensmann und redaktioneller Mitarbeiter des *Freien Gewerkschaftsverbands der Handels- und Transportarbeiter*. Neben seiner gewerkschaftlichen Arbeit war er auch auf der parteipolitischen und genossenschaftlichen Ebene als Funktionär aktiv: in der SDAP als Sprengelleiter und in der Arbeiterkonsumgenossenschaft als Obmann eines Sprengelausschusses in Wien-Favoriten, wo Kirchweger gemeinsam mit seiner Frau Anna (geborene Stellner) und seinem 1926 geborenen Sohn Erich in der Laxenburger Straße 49 – einer Wohnhausanlage der Stadt Wien, dem so genannten „Zürcher Hof“ – wohnte. Darüber hinaus gehörte er dem *Republikanischen Schutzbund*, der sozialdemokratischen Wehrformation, an, sowie den Freidenkern, dem *Arbeiter Turnverein* (ATV) und dem *Arbeiter-Stenographenbund*,¹³ womit er umfassend in das politische und kulturelle Milieu der österreichischen Sozialdemokratie eingebettet war. „Politisch stand ich in der S.P. am linken Flügel unter der Führung der Gen. Ernst Fischer und [Karl] Mark, deren Auffassung ich auch in den verschiedenen politischen Vertrauensmännerkonferenzen vertrat“, schrieb Kirchweger im Mai 1945 in einem an die KPÖ gerichteten Lebenslauf.

Illegale antifaschistische Arbeit für KPÖ und Gewerkschaften

Unter dem Eindruck des Zurückweichens der sozialdemokratischen Parteiführung und der Niederlage der österreichischen ArbeiterInnenbewegung im Februar 1934 wechselte Kirchweger zur KPÖ über, der er bis zum Ende seines Lebens als Mitglied und Funktionär angehörte. In den Jahren der austrofaschistischen Diktatur war Kirchweger in der illegalen Gewerkschaftsbewegung aktiv und organisierte die Fachgruppe Straßenbahner, als deren Obmann er fun-

gierte. In dieser Eigenschaft redigierte er auch die illegale Gewerkschaftszeitung der Gemeindebediensteten mit dem Titel *Der freie Gemeindearbeiter*, sowie das Zentralorgan der freigewerkschaftlichen Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter *Zeitråd*.¹⁴ Bemerkenswert ist, dass Kirchweger über Aufforderung englischer Genossen Kurzberichte über die politische und wirtschaftliche Lage für die britischen liberalen bzw. linksstehenden Zeitungen *Daily Herold*, *The Worker* und *New Statesman and Nation* verfasste.

Ende November 1936 nahm Kirchweger gemeinsam mit den führenden kommunistischen Funktionären Oscar Deubler und dem später von den Nazis hingerichteten Franz Mager in Prag am Einigungskongress der österreichischen Gewerkschaftsbewegung teil, in dessen Verlauf der sozialdemokratische „Siebenerausschuss“ und die kommunistisch dominierte „Wiederaufbaukommission“ eine gemeinsame Leitung der illegalen *Freien Gewerkschaften* bildeten. In seinem Lebenslauf führte Kirchweger auch Kontakte zur Parteiführung der KPÖ im Prager Exil und Aussprachen mit ihrem Vorsitzenden Johann Koplenig an. In der Mittelslowakei wiederum nahm er an zwei mehrtägigen gewerkschaftspolitischen Schulungskursen der KPÖ teil.

Im März 1937 wurde Kirchweger Verwaltungschef beim *Compass-Verlag* in der Wipplingerstraße in der Wiener Innenstadt. Der *Compass* war ein Jahrbuch, das von 1868 an ohne Unterbrechung bis ins Jahr 2003 als gedrucktes Werk erschien und Informationen aller österreichischen Unternehmen enthielt.¹⁵ Seit den 1930er Jahren befand sich der Verlag im Besitz der Familie Hanel, wobei Rudolf Hanel Ende 1938 die Alleingeschäftsführung an seinen Sohn Rudolf Otto Hanel abgab. Dieser wiederum war seit dem Mai 1932 mit Wilhelmine Kirchweger, der Schwester Ernst Kirchwegers, verheiratet. Dieses enge Verwandtschaftsverhältnis war wohl ausschlaggebend dafür, dass Kirchweger ab Ende 1938 auch als Prokurist des Unternehmens fungierte.

Legende „KZ-Häftling“

Die Tatsache, dass Kirchweger von 1937 bis 1963, also auch in der NS-Zeit, durchgehend beim *Compass-Verlag* beschäftigt war, widerlegt auch eine langlebige Geschichtslegende, die sich seit etwa 1980 hartnäckig in beinahe allen Veröffentlichungen über die Affäre Borodajkewycz und über Ernst Kirchweger als erstes Opfer politischer Gewalt in der

Zweiten Republik hält: nämlich jene über eine angebliche Konzentrationslagerhaft von Kirchweger.

In der zeitgenössischen Berichterstattung über seine Ermordung und auch in den folgenden 15 Jahren hatte eine angebliche KZ-Haft zunächst keine Rolle gespielt. Kirchweger wurde hier stets korrekt als „Antifaschist“ und „Kommunist“ bzw. als „antifaschistischer“ und „kommunistischer Widerstandskämpfer“ umschrieben. Einzig in einer eher randständigen Veröffentlichung wurde zu einem frühen Zeitpunkt, im April 1965, von Kirchweger tatsachenwidrig als „ehemaliger KZ-Häftling des Hitlerismus“ gesprochen: in der damaligen GPA-Zeitung *Der jugendliche Angestellte*. Der dort enthaltene Recherchefehler von Hugo Pepper fand zwar zeitgenössisch und auch in den folgenden Jahren keine Nachahmer, allerdings wurde sein Beitrag in eine von Heinz Fischer – damals Sekretär der Parlamentsfraktion der SPÖ – im Jahr 1966 herausgegebene Dokumentation über die Affäre Borodajkewycz aufgenommen,¹⁶ die als über Jahrzehnte maßgeblichste Quelle für die damaligen Vorgänge angesehen werden kann. Es ist also davon auszugehen, dass bei den ca. 15 Jahre später erfolgten Recherchen über dieses Thema diese Nebenbemerkung von Pepper dafür ausschlaggebend war, Kirchweger fortan als Überlebenden eines Konzentrationslagers anzusehen.

Im Jahr 1980 findet sich diese Formulierung schließlich sowohl in den *Mitteilungen des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes*¹⁷ als auch in einigen prominenten Buchveröffentlichungen, etwa in der Republikgeschichte des Klagenfurter Universitätsprofessors Norbert Schausberger.¹⁸ 1984 ist erstmals auch in der *Volksstimme*, dem kommunistischen Zentralorgan, vom ehemaligen KZ-Häftling Ernst Kirchweger die Rede,¹⁹ und 1987 fand diese Etikettierung Eingang in die KPÖ-offizielle Parteigeschichte.²⁰ Von hier war der Weg nicht mehr weit ins „Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus“ (1993)²¹ und ins „Handbuch des politischen Systems Österreichs“ (1997),²² wo Kirchweger im Zusammenhang mit Taras Borodajkewycz und Gunther Kümel ebenso als ehemaliger KZler bezeichnet wird. Breitenwirksam wurde dies sowohl in der erstmals 1995 ausgestrahlten Folge 27 von Österreich II („Krisenjahre“) wiederholt, als auch in der vierteiligen Zusammenfassung dieser von Hugo Portisch gestalteten Doku-

mentarfilmreihe aus dem Jahr 2005 (Die Zweite Republik – eine unglaubliche Geschichte, Folge 4: Endlich: Der Staatsvertrag und doch kein Schlussstrich).

Überblickt man heute die Dutzenden Veröffentlichungen zur „Affäre Borodajkewycz“ in wissenschaftlichen Monographien und Aufsätzen, in Zeitungen und Zeitschriften, so ist die korrekte Charakterisierung Kirchwegers als „Antifaschist und Kommunist“ eher die Ausnahme gegenüber jener als angeblich „ehemaliger KZ-Häftling“, die sich in Folge von Abschreibübungen durchgesetzt hat.²³ Sie findet man heute – um nur wenige leicht zugängliche Beispiele zu nennen – auch im Internet-Portal *APA historisch*, im Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie (www.dasrotewien.at), im Rahmen eines aktuellen Beitrags auf der Homepage des ORF und auch auf der offiziellen Website der Stadt Wien wien.at.

Kirchwegers angebliche KZ-Haft gilt heute als mehr oder weniger gesichertes Wissen wie Mozarts Geburtstag. Dies wird auch dadurch deutlich, dass es in der Internet-Enzyklopädie *Wikipedia* bis vor kurzem unmöglich war, beim Personeneintrag über Ernst Kirchweger diese falsche Tatsache zu entfernen, da sie unter Berufung auf unzählige andere Quellen sogleich wieder ergänzt wurde bzw. die Tatsache, dass Kirchweger nie in einem Konzentrationslager inhaftiert war, als unbelegt zurückgewiesen wurde. Auch nach Veröffentlichung einer Broschüre zum 50. Todestag der Ermordung von Ernst Kirchweger durch den Bundesvorstand der KPÖ im März dieses Jahres, in der im Rahmen meines biographischen Beitrags über Ernst Kirchweger²⁴ die Frage „KZ-Haft“ richtiggestellt und im Anschluss daran der *Wikipedia*-Beitrag angepasst wurde, dauerte es nur wenige Stunden, bis übereifrige Angehörige der *Wikipedia*-Community die Ergänzungen und Korrekturen wieder rückgängig machten. Gefragt sei nicht eigenes Wissen, so wurde von der *Wikipedia*-Gemeinde ins Treffen geführt, sondern „gesichertes Wissen“. Als solch gesichertes Wissen wiederum gelten offenbar schlecht recherchierte Zeitungsartikel, die womöglich sogar von *Wikipedia* abgeschrieben wurden, nicht aber quellenbasierte Forschungen.

Insgesamt darf es als durchaus eigenartig angesehen werden, dass es über Jahrzehnte hinweg kein/e Historiker/in und keine Journalist/in der Mühe wert gefunden hat, herauszufinden, in welchem Konzentrationslager Kirchweger nun genau interniert gewesen sein soll und zu

welchem Zeitpunkt er verhaftet und dorthin überstellt bzw. wieder entlassen oder befreit worden sein soll. Ebenso wenig hat es bei diesen AutorInnen Anstoß erregt, dass Kirchweger nach 1945 um keine Entschädigung als Nazi-Opfer im Rahmen der Opferfürsorgegesetzgebung angesucht hat, also keine Opferfürsorgeakten über ihn vorhanden sind, obwohl diese bereits seit den 1970er Jahren in Kopie im *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* einzusehen sind und seither einen der wichtigsten Personenbezogenen Quellenbestände über Verfolgte des Nazi-Regimes darstellen. Ebenso wenig liegen Unterlagen über Kirchweger in den im

DÖW zugänglichen Mitgliedsakten des KZ-Verbandes vor (obwohl mitunter seine dortige Mitgliedschaft behauptet wird,²⁵ wofür es aber keinen Beleg gibt). Als abschließendes Kuriosum dieser Legendenbildung sei darauf hingewiesen, dass Kirchweger in einigen Veröffentlichungen nicht nur zum KZ-Häftling, sondern auch zum „Spanienkämpfer“, also zum österreichischen Freiwilligen in den Reihen der Internationalen Brigaden, die auf Seiten der Spanischen Republik kämpften, hochstilisiert wird.²⁶

Referent für Kommunalpolitik in Favoriten

Als definitiver Beleg dafür, dass Kirchweger in den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur keine KZ-Haft erdulden musste, ist schließlich der bereits erwähnte, von ihm verfasste Lebenslauf vom 24. Mai 1945 anzusehen, in dem er keine solche Verfolgungsmaßnahme anführt. Auch in einer polizeilichen Einvernahme seines Sohnes Erich, der als Facharzt für Hautkrankheiten tätig war, und seiner Schwester Wilhelmine (wiederverheiratete Voytjeh) gaben diese am Tag des Todes von Kirchweger zu Protokoll, dass ihr Vater bzw. Bruder „weder im KZ noch Widerstandskämpfer gewesen sei“,²⁷ was allerdings so zu verstehen ist, dass



Ernst Kirchweger (1898–1965)

dieser nicht „mit der Waffe in der Hand“ gegen den Faschismus gekämpft habe. Sehr wohl war Kirchweger in den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur im antifaschistischen Widerstand tätig, indem er illegale politische Arbeit leistete. Diese bestand darin, dass in seiner Wohnung konspirative Sitzungen stattfinden, hier ausländische Rundfunksender abgehört wurden, und Hilfe für die Opfer des Faschismus und deren Angehörigen organisiert wurde.

Auch der Wiener Gestapo war Kirchweger als Nazi-Gegner bekannt: Da die *Compass*-Bände aufgrund der darin enthaltenen Informationen über Rüstungsbetriebe für geheim erklärt wurden, war das damit befasste Personal infolge einer Anordnung des Gestapo-Referats „Gegnerforschung“ besonderen Überprüfungen ausgesetzt. Als Kirchweger im September 1943 als der für die „Organisation und Leitung der Versendung“ der Bände zuständige Mitarbeiter zur Beurteilung eingereicht wurde,²⁸ wurde er von der Gestapo als „politisch nicht einwandfrei“ eingestuft. Gegen seine Weiterbeschäftigung wurden aber keine Einwände erhoben, sofern er seitens des Abwehrbeauftragten des Betriebs „einer entsprechenden Beobachtung unterstellt werden“ könne, wie es in einem Schreiben der Gestapo hieß.²⁹ In der letz-

ten Kriegsphase war Kirchweger gemeinsam mit einem weiteren leitenden Angestellten des Unternehmens dafür verantwortlich, die von der Gestapo angeordnete Vernichtung des Verlagsmaterials so lange hinauszuzögern, bis Wien schließlich von der Roten Armee befreit war.³⁰

Dass Kirchweger im organisierten kommunistischen Widerstand aktiv war, wird auch dadurch deutlich, dass seine Gruppe im April 1945 in der Lage war, beim Heraustreten aus der Illegalität öffentliche Verwaltungsaufgaben wahrzunehmen. So betrauten die örtlichen Kommandanturen der Roten Armee unmittelbar nach dem Ende der Kampfhandlungen und noch vor der Etablierung einer Wiener Zentralverwaltung Antifaschisten, die ihnen verlässlich erschienen, mit zivilen Verwaltungsfunktionen. In 13 der 21 „alten“ Wiener Bezirke (in den Stadtgrenzen von 1937) bzw. in 15 der heutigen 23 Bezirke wurden Kommunisten als so genannte „Bezirksbürgermeister“ eingesetzt. In Favoriten wurde bereits am 9. April 1945 der Kommunist Klemens Friemel von der sowjetischen Besatzungsmacht zum Bezirksvorsteher ernannt.³¹ Friemel war in den Vorjahren mit den kommunistischen Widerstandskämpfern Leopold Weinfurter und Johann Mithlinger in Verbindung gestanden, die von den Nazis zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden. Sein Sohn Rudolf kämpfte in den Reihen der Internationalen Brigaden auf Seiten der Spanischen Republik und wurde am 30. Dezember 1944, wenige Wochen vor der Evakuierung und Befreiung des Konzentrationslagers, gemeinsam mit den Wiener Kommunisten Ernst Burger und Ludwig Vesely in Auschwitz gehenkt.

Insgesamt waren die KommunistInnen im April 1945 die ersten, die Ordnung in das allgemeine Chaos brachten, die Sicherheitslage stabilisierten und das öffentliche Leben in Gang setzten. Als Favoritner Bezirksbürgermeister nahm Friemel gemeinsam mit seinen MitarbeiterInnen die Wiederherstellung von zivilen Verwaltungsstrukturen, die Lebensmittelversorgung, die Zuweisung von Wohnungen und Geschäftslokalen usw. in Angriff. Zu seinen engsten Mitarbeitern gehörte Ernst Kirchweger, der von ihm zum „Referenten für Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung“ ernannt wurde.³² In dieser ehrenamtlichen Funktion kümmerte er sich um die Versorgung des Bezirks mit Lebensmitteln und die Organisierung von Aufräumungsarbeiten. De facto agierte er im Mai 1945 als Sekretär des Bezirksvorstehers, der

im Juni 1945 von einem anderen Kommunisten – Karl Kempf – in dieser Funktion abgelöst wurde. Noch im Herbst 1945 arbeitete Kirchweger als ehrenamtlicher Mitarbeiter im Favoritner Wohnungsamtsamt.³³

Unmittelbar nach der Befreiung Österreichs vom Faschismus wurde Kirchweger gemeinsam mit Josef Carl Wirth,³⁴ dem redaktionellen Leiter des Verlags, zunächst von der Handelskammer und im August 1945 schließlich vom zuständigen Staatsamt zum öffentlichen Verwalter des *Compass-Verlags* bestellt. Eine Funktion, die er bis 1. Dezember 1947 ausübte.³⁵ Die Einsetzung von öffentlichen Verwaltern war ein Instrument, um die Kontrolle über „herrenlose“ Betriebe zu übernehmen, deren Besitzer zu meist aufgrund ihrer Mitgliedschaft zur NSDAP in die westlichen Bundesländer geflüchtet waren. Tatsächlich gehörte Rudolf Otto Hanel seit dem Mai 1937 der NSDAP an³⁶ und galt damit als „Alter Kämpfer“, wie jene österreichischen Nationalsozialisten bezeichnet wurden, die sich bereits in den Jahren der Illegalität, vor dem „Anschluss“ Österreichs im März 1938, für die Partei betätigt hatten. Eigenen Angaben zufolge soll er aber in späteren Jahren sowohl in Wien, als auch in Vorarlberg bzw. Tirol, wohin er sich im März 1945 begeben hatte, über Kontakte zur Widerstandsbewegung verfügt haben.³⁷ Die Bestellung seines Schwagers Kirchweger zum öffentlichen Verwalter des Familienunternehmens dürfte jedenfalls eine auch für Hanel günstige Lösung gewesen sein, kam sie doch de facto einer vorübergehenden treuhänderischen Maßnahme gleich. 1946 kehrte Hanel nach Wien zurück, wo er zwar vor dem Volksgericht angeklagt wurde, im Oktober 1947 aber schließlich freigesprochen wurde.³⁸ Ende 1947 befand sich der *Compass-Verlag* schließlich wieder zu 100 Prozent in seinem Besitz. Kirchweger blieb bis zu seiner Pensionierung am 1. Februar 1963 leitender Angestellter des Unternehmens und wurde als „Verlagsdirektor“³⁹ angesprochen.

Verdienter Funktionär der ArbeiterInnenbewegung

Wenn jemand mit gutem Recht als verdienter Funktionär der politischen und gewerkschaftlichen ArbeiterInnenbewegung bezeichnet werden kann, so ist es Ernst Kirchweger. War er in der Ersten Republik im Rahmen der sozialdemokratischen Partei, der *Freien Gewerkschaften* und der Genossenschaften und nach dem Februar 1934 weiter in der illegalen

Gewerkschaftsbewegung aktiv, setzte er seit den 1950er Jahren vor allem kulturpolitische und volksbildnerische Schwerpunkte. Als kommunistische SchauspielerInnen 1948 das *Neue Theater in der Scala* gründeten, wurde auch eine Publikumsorganisation – die *Theaterfreunde* – ins Leben gerufen, mit dem Ziel, durch billigste Abonnentenpreise den Theaterbesuch für breitesten Schichten der Bevölkerung erschwinglich zu machen.⁴⁰ Ernst Kirchweger fungierte in den 1950er Jahren, bis zur Schließung des Theaters im Jahr 1956, als Mitglied des Vorstands und zweiter Vizepräsident der *Theaterfreunde*.⁴¹ Gemeinsam mit seiner Frau Anna, die ebenso der KPÖ angehörte, war Kirchweger hier um einen Publikumszuwachs bemüht. Seine Theaterbegeisterung kam auch darin zum Ausdruck, dass er kleinere Theater- und Kulturgruppen förderte und – wie im Nachruf der *Volksstimme* zu lesen ist – die erste Freiluftaufführung im heutigen Freilichtmuseum Petronell-Carnuntum organisierte.⁴²

Einem Vereinnahmungsversuch durch die Mitte der 1960er Jahre aus der KPÖ ausgeschiedene prochinesische Gruppe um die Zeitschrift *Rote Fahne* verdanken wir persönliche Erinnerungen an Kirchwegers Parteiarbeit im Favoritner Gebiet „Odwody“ (benannt nach der hingerichteten Widerstandskämpferin Katharina „Käthe“ Odwody) bzw. im später geteilten Gebiet „Kepler“: demgemäß soll Kirchweger „einer der beliebtesten und aktivsten Favoritner Kommunisten“ gewesen sein. Seine Persönlichkeit „strahlte soviel Elan und Mut aus, daß alle neben ihm arbeitenden Genossen einfach mitgerissen wurden. Für ihn gab es weder Rast noch Ruh“, so Karl Horn, der als Anhänger der Politik der KP Chinas im sowjetisch-chinesischen Konflikt aus der KPÖ Favoriten ausgeschieden war, zu den Gründern der *Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs* (MLPÖ) gehörte und als deren 2. Sekretär fungierte. Bei den Demonstrationen zum 1. Mai organisierte Kirchweger Fahrradkonvois, bei Großkolportagen der *Volksstimme* nahm er ein Koffer-Radio mit Schallplatten von Arbeiterliedern mit. „Ein besonderes Steckenpferd Ernstls war die revolutionäre Literatur. Unermüdlich kämpfte er dafür, daß das gute und revolutionäre Buch im Arbeiterhaushalt Einzug hielt“, so die Erinnerungen von Horn an Kirchweger.⁴³ Seine ausgesprochene Leidenschaft galt der Bienenzucht im Favoritner Kleingartenverein *Weichselgarten*.⁴⁴

Die bis an sein Lebensende währende enge Bindung Kirchwegers an die KPÖ wird auch dadurch sichtbar, dass er einer der stimmberechtigten Delegierten zur Parteikonferenz am 9. April 1965, eine Woche nach seinem Tod, im Kongresssaal des Eisenbahnerheimes am Margareten Gürtel gewesen wäre. Die Parteikonferenz ist das höchste Forum der KPÖ nach dem Parteitag und wird zu spezifischen politischen Anlässen einberufen, im konkreten Fall anlässlich der damals bevorstehenden Bundespräsidentenwahl im Mai 1965. Die Favoritner Bezirksorganisation der KPÖ, der traditionell größte Parteibeirk, konnte aufgrund ihrer Mitgliederstärke insgesamt elf Delegierte zu dieser Konferenz entsenden, darunter auch Ernst Kirchwegger,⁴⁵ was seine aktive Rolle und sein großes Ansehen innerhalb der Partei unterstreicht.

Im *Collegium Hungaricum* hielt Kirchwegger in den 1960er Jahren öffentliche Lichtbildvorträge über die zahlreichen Reisen, die er unternahm, etwa nach Ägypten oder Zentralasien.⁴⁶ Überdies war er als Vorstandsmitglied und Kassier der *Österreichisch-Ungarischen Vereinigung für Kultur und Wirtschaft* aktiv und wurde erst wenige Tage vor seinem Tod, am 26. März 1965, in der konstituierenden Sitzung des Vorstands in dieser Funktion bestätigt.⁴⁷ Im Nachruf der Österreichisch-Ungarischen Freundschaftsgesellschaft wurde ein Großteil der Erfolge, „die die Vereinigung in ihrer völkerverbindenden Tätigkeit in den letzten Jahren zu verzeichnen hat“, Kirchwegers Tätigkeit zugeschrieben: „Sein gediegenes Wissen, seine von hohem Kulturbewußtsein und wahrer Menschenfreundschaft erfüllte Haltung schufen ihm zahlreiche Freunde in unserer Geisteswelt“, war in diesem redaktionellen Beitrag in der Zeitschrift *Neues aus Ungarn* zu lesen.⁴⁸

Zusammenrücken des demokratischen Österreich

Im Nachruf des Zentralkomitees der KPÖ wurde Ernst Kirchwegger als „unbeugsamer Antifaschist“ gewürdigt: „Als Blutzuge des antifaschistischen Kampfes hat Genosse Ernst Kirchwegger den Tod gefunden. Es darf kein weiteres Opfer des Faschismus mehr fallen“, war in der *Volksstimme* zu lesen.⁴⁹ Am 5. April 1965 ruhte auf Beschluss des Präsidiums des *Österreichischen Gewerkschaftsbundes* in Österreichs Betrieben für fünf Minuten die Arbeit, zum Gedenken an Kirchwegger und zur Mahnung.⁵⁰



Ernst Kirchwegger (links unten) bei der Kundgebung gegen Taras Borodajkewycz am 31. März 1965, unmittelbar bevor er niedergeschlagen wurde.

Bei der Trauerkundgebung, die am 8. April 1965 auf dem Wiener Heldenplatz stattfand, waren sämtliche Regierungsmitglieder der SPÖ, die Mitglieder des Wiener Stadtsenats und des ÖGB-Präsidiums mit Anton Benya an der Spitze, einige Repräsentanten der ÖVP und auch der damalige Wiener Bürgermeister und Präsidentschaftskandidat der SPÖ Franz Jonas anwesend.⁵¹ Albrecht K. Konečný als Vertreter des *Antifaschistischen Studentenkomitees*, der katholische Student Reinhold Knoll, sowie Josef Hindels als Vizepräsident der *Österreichischen Widerstandsbewegung* hielten Gedenkreden.⁵² „Als Funktionär der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung kämpfte er für die Rechte der arbeitenden Menschen. Diesen Kampf setzte Ernst Kirchwegger auch in der faschistischen Zeit unter den Bedingungen der Illegalität fort. Als Widerstandskämpfer setzte er seine ganze Kraft für ein unabhängiges, demokratisches Österreich ein. Für dieses Ideal fiel er 20 Jahre nach dem Ende der deutschen Fremdherrschaft in Österreich, unter den Schlägen rechtsradikaler Elemente“, war auf einem von der *Österreichischen Widerstandsbewegung* und dem *Antifaschistischen Studentenkomitee* herausgegebenen und während der Kundgebung verteilten Gedenkblatt zu lesen. Der nachfolgende Trauerzug über die Ringstraße zum Schwarzenbergplatz, an dem 25.000 Menschen teilnahmen, wurde als „Zusammenrücken des demokratischen Österreichs“ gewertet. Es war dies die bis dahin größte antifaschis-

tische Demonstration seit Bestehen der Zweiten Republik. Bei der anschließenden Trauerfeier vor der Feuerhalle in Simmering ergriffen Rosa Jochmann (SPÖ), der Präsident der *Österreichischen Widerstandsbewegung* Franz Sobek und KPÖ-Landesobmann Josef Lauscher das Wort.⁵³

Im Oktober 1965 wurde Gunther Kümel wegen Notwehrüberschreitung zu nur zehn Monaten Arrest verurteilt. Taras Borodajkewycz wurde im Mai 1966 vom Senat der Hochschule zwangsweise in den Ruhestand versetzt. Unterrichtsminister Theodor Piffner (ÖVP), ebenso wie Bundeskanzler Julius Raab ein Duz-Freund von Borodajkewycz, hatte zuvor dessen Abberufung mit Hinweis auf die Hochschulautonomie verweigert. In ein ähnliches Horn hatte bereits der damalige ÖVP-Generalsekretär Hermann Withalm unmittelbar nach Kirchwegers Tod gestoßen, als er forderte, dass die „traurigen Vorfälle“ nicht „zur Munition für die KP-Propaganda gegen die Demokratie in Österreich“ werden dürften.⁵⁴

Die KPÖ hielt in den folgenden Jahren das Gedenken an Ernst Kirchwegger aufrecht. In regelmäßigen Abständen wurden an seinem Grab Kundgebungen abgehalten und Kränze niedergelegt. In der *Volksstimme* erschienen im Fünfjahresintervall Erinnerungsartikel. Der Liedermacher Rudi Burda widmete Kirchwegger ein Lied, das Ende Oktober 1978 beim Hanns-Eisler-Treffen in Wien erstmals gesungen wurde.⁵⁵ Eine auf das skandalöse Gerichtsurteil Bezug nehmende

Textzeile aus diesem Lied – „Der Tote ist auch selber schuld“ – gab der im heurigen Frühjahr im Gedenken an Kirchwegger von der KPÖ herausgegebenen Broschüre den Titel.

Im November 1989 wurde der in den Jahren 1979 bis 1981 errichtete Gemeindebau in der Sonnwendgasse 24 in Wien-Favoriten nach Ernst Kirchwegger benannt,⁵⁶ womit auch ein öffentlich sichtbares Zeichen des antifaschistischen Gedenkens gesetzt wurde. Vor wenigen Wochen, am 31. März, wurden am Ort seines Totschlags vor dem Hotel Sacher in der Philharmonikerstraße „Steine der Erinnerung“ an Ernst Kirchwegger enthüllt. Die Initiative hierzu hatte der ehemalige SPÖ-Bundesrat Albrecht K. Konečný ergriffen, der bereits in den 1960er Jahren an der Aufdeckung der „Affäre Borodajkewycz“ beteiligt und am 8. April 1965 einer der Redner bei der Trauerkundgebung am Heldenplatz war. „Ernst Kirchwegger überlebte zwar die Verfolgung durch die Nationalsozialisten, seine antifaschistische Haltung kostete ihn aber 20 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg das Leben. [...] Wir haben die Verpflichtung, ihn in unserer Erinnerung hochzuhalten“, ließ Nationalratspräsidentin Doris Bures (SPÖ) bei dieser Gelegenheit verlautbaren. Kirchweggers Schicksal erinnere an die „Versäumnisse der Nachkriegszeit“, so Bures im Hinblick auf die zögerliche Entnazifizierung nach 1945.⁵⁷

„Ich sterbe als überzeugter Sozialist“

Angesichts der besonderen Umstände seines Todes konnte der testamentarisch festgehaltene letzte Wille Kirchweggers nicht erfüllt werden, hatte er sich doch dort eine Einäscherung und Beisetzung „in aller Stille, ohne jede Aufmachung“ gewünscht. Von Kranzspenden sollte Abstand genommen werden, vielmehr erbat er sich an deren Stelle Spenden für die *Demokratische Vereinigung* „Kinderland“, die KPÖ-nahe Kinder- und Elternorganisation. „Es ist mein ausdrücklicher Wunsch, daß an meiner Einäscherung und Beisetzung nur meine allerengsten Verwandten [...] und persönlichen Freunde [...] teilnehmen, während alle übrigen Personen, Körperschaften und Institutionen (Verwandte, Geschäftsfreunde, Firmen, Amtsstellen, Organisationen usw.) mein Ableben erst nach erfolgter Einäscherung und Beisetzung auf schriftlichem Wege zur Kenntnis gebracht werden soll“, so Kirchwegger über den von ihm gewünschten Ablauf



Schweigemarsch über die Wiener Ringstraße vom Burgtor zum Schwarzenbergplatz am 8. April 1965.

der Trauerfeiern. „Ich sterbe als überzeugter Sozialist mit der Hoffnung, daß auch in Österreich in absehbarer Zeit die kapitalistische Gesellschaftsordnung von der sozialistischen abgelöst sein wird“, schloss er sein Testament.⁵⁸ Dieses politische Vermächtnis Ernst Kirchweggers bleibt Auftrag für die Zukunft.

Anmerkungen:

1/ Eine elfseitige Tonbandabschrift dieser Veranstaltung ist abgedruckt im Anhang von Maria Zimmermann: Die Affäre Borodajkewycz. Höhe- und Wendepunkt eines antisemitischen und antidemokratischen Hochschulkandals im Jahr 1965 – inhaltsanalytisch untersucht am Beispiel von sechs österreichischen Tageszeitungen. Diplomarbeit Universität Wien 2001.

2/ Nazi raus! Stürmische antifaschistische Demonstration in der Wiener Innenstadt, in: *Volksstimme*, 30.3.1965, S. 1–2, hier S. 1.

3/ Vgl. Landesgericht (LG) Wien 27b Vr 2129/65, Bd. 1, Bl. 159–161, Polizeidirektion Wien, Abt. 1, Betr.: Kirchwegger Ernst, Erhebung, Bericht, 2.4.1965, S. 3.

4/ Vgl. Die Trauerfeier vor dem Krematorium, in: *Volksstimme*, 9.4.1965, S. 2.

5/ Wiener Stadt- und Landesarchiv (WStLA), 2.3.1.10, Bezirksgericht Favoriten, Verlassenschaftsakt Ernst Kirchwegger, Standesamt Wien-Alsergrund, Mitteilung eines Sterbefalles, 5.4.1965.

6/ Heinz Fischer: Einer im Vordergrund: Taras Borodajkewycz. Eine Dokumentation. Wien, Frankfurt/M., Zürich: Europa Verlag 1966 (Österreichprofile. Zeitgeschichtliche Publikationen); Erich Schmidt/Albrecht K. Konečný: „Heil Borodajkewycz!“ Österreichs Demokraten im Kampf gegen Professor Borodajkewycz und seine Hintermänner. Wien, München: Verlag für

Jugend und Volk 1966; Gerard Kasimir: Spätes Ende für „wissenschaftlich“ vorgetragene Rassismus. Die Borodajkewycz-Affäre 1965, in: Michael Gehler/Hubert Sickinger (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Thaur: Kulturverlag 1996, S. 486–501; Josef Hager: Hochschule und Neonazismus: Der „Fall Taras Borodajkewycz“ 1965, in: *Geschichte und Gegenwart*. Vierteljahresshette für Zeitgeschichte, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung, 15. Jg. (1996), Nr. 3, S. 169–184; Zimmermann: Die Affäre Borodajkewycz (wie Anm. 1), bes. S. 20–46. Zuletzt: Rafael Kropiunnigg: Eine österreichische Affäre. Der Fall Borodajkewycz. Wien: Czernin Verlag 2015.

7/ Die nachfolgenden Ausführungen stützen sich – sofern nicht anders ausgewiesen – auf einen Lebenslauf im Zentralen Parteiarchiv (ZPA) der KPÖ, den Ernst Kirchwegger am 24. Mai 1945 vor dem Besuch eines Schulungskurses der Partei und in Ergänzung eines Standardfragebogens verfasst hat. Auf diesem Dokument basiert auch der Nachruf auf Kirchwegger im kommunistischen Zentralorgan (Ein Leben und ein Tod für die Demokratie, in: *Volksstimme*, 3.4.1965, S. 3).

8/ Compass-Archiv, Arbeitsbuch Nr. 386/576782 v. 20.2.1945, ausgestellt vom Arbeitsamt Wien am 10.11.1939. Ich danke Tano Bojankin und Jessica Richter für die Überlassung dieses und weiterer Dokumente.

9/ Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA)/Kriegsarchiv, Militärische Grundbuchsevidenz, K.u.k. Matrosenkörps, Hauptgrundbuchsblatt, Assentjahrgang 1916, Blatt Nr. 2044, Ernst Kirchwegger.

10/ Zu Neuraths Engagement in der Siedlerbewegung vgl. Günther Sandner: Otto Neurath. Eine politische Biographie. Wien: Paul Zsolnay Verlag 2014, S. 165–176.

- 11/ Arbeitsbuch (wie Anm. 8).
 12/ Ausstellungsführer, in: *Siedler und Kleingärtner*, 5. Jg., Nr. 9, September 1925, S. 1.
 13/ ZPA der KPÖ, Fragebogen für die Aufnahme in den Politischen Schulungskurs, 24.5.1945.
 14/ Von beiden illegalen Zeitschriften sind in der Flugschriftensammlung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW) mehrere Exemplare aus den Jahren 1935 bzw. 1936 überliefert (Nr. 4004/7 und 4022/7).
 15/ Vgl. dazu Katharina Bergmann-Pfleger/Tano Bojankin: Vom Print- zum Onlinemedium. Der Compass-Verlag und seine Publikationen

Neuerscheinung

„Der Tote ist auch selber schuld.“

Zum 50. Jahrestag der Ermordung von Ernst Kirchwegger

hg. von der Kommunistischen Partei Österreichs

Wien: Globus-Verlag 2015
 64 Seiten, 4,- Euro
 ISBN 978-3-9503485-3-8



Inhalt:

- Michael Graber:**
Die Affäre Borodajkewycz
- Manfred Mugrauer:**
Ernst Kirchwegger
- Rudi Burda:** *Kirchwegger-Lied*
- Siegfried Sanwald:**
Der Prozess gegen Gunther Kümel
- Walter Baier:**
Rechtsextremismus und Populismus heute

Bestellmöglichkeit:
 bundesvorstand@kpoe.at

- (1867–2011), in: *Mitteilungen der Gesellschaft für Buchforschung in Österreich* 2011–2. Wien 2011, S. 13–26, hier S. 20f.; Tano Bojankin: Die Geschichte des Compass Verlags – Ein Zwischenstand, in: Sylvia Mattl-Wurm/Alfred Pfoser (Hg.): *Die Vermessung Wiens. Lehmanns Adressbücher 1859–1942*. Wien 2011, S. 339–347, hier S. 347.
 16/ Hugo Pepper: Der Professor und der Tote, in: *Der jugendliche Angestellte*, April 1965, zit. nach Fischer: *Einer im Vordergrund* (wie Anm. 6), S. 291–294, hier S. 294.
 17/ 15. Todestag Ernst Kirchwegger, in: *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Mitteilungen*, Nr. 45, März 1980, S. 3.
 18/ Norbert Schausberger: Österreich. Der Weg der Republik 1918–1980. Graz, Wien 1980, S. 152; Marina Fischer-Kowalski/Josef Buček (Hg.): *Ungleichheit in Österreich. Ein Sozialbericht*. Wien, München: Jugend und Volk 19802 (Gesellschaftswissenschaftliche Studien, Bd. 4), S. 14.
 19/ W.P. [Werner Pirker]: „Fall Borodajkewycz“ – ist er abgeschlossen?, in: *Volksstimme*, 15.1.1984, S. 2.
 20/ Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik, hg. von der Historischen Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ. Wien 1987 (2. Aufl. 1989), S. 436.
 21/ Brigitte Bailer/Wolfgang Neugebauer: Abriß der Entwicklung des Rechtsextremismus in Österreich, in: *Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus*, hg. von der Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien: Deuticke 1993, S. 97–101, hier S. 98.
 22/ Brigitte Bailer-Galanda/Wilhelm Lasek/Wolfgang Neugebauer: *Politischer Extremismus (Rechtsextremismus)*, in: *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik*, hg. von Herbert Dachs u.a. Wien: Manz 19973, S. 333–368, hier S. 334.
 23/ Die aktuellsten Beispiele: Georg Markus: Der ewig gestrige Professor Borodajkewycz, in: *Kurier*, 18.3.2015; Hannah Schifko: Ein Denkmal für Ernst Kirchwegger vorm Hotel Sacher, in: *Falter*, 25.3.2015; Lukas Zimmer: „Alle“ und niemand töteten Ernst Kirchwegger, in: <http://orf.at/stories/2269876/2269861> [31.3.2015].
 24/ Manfred Mugrauer: Ernst Kirchwegger. Ein verdienter Funktionär der Arbeiterbewegung, in: „Der Tote ist auch selber schuld.“ Zum 50. Jahrestag der Ermordung von Ernst Kirchwegger, hg. von der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien: Globus-Verlag 2015, S. 21–28.
 25/ L.R.: Vor 45 Jahren: Der erste politische Tote der Zweiten Republik: Ein Mitglied des KZ-Verbands, in: *Der neue Mahnruf*, Nr. 3–4/2010, S. 10. Zwar waren im KZ-Verband nicht nur ehemalige Häftlinge, sondern nach Auflösung des Verbandes der antifaschistischen Freiheitskämpfer 1949/50 auch WiderstandskämpferInnen Mitglied, angesprochen wurden dabei aber solche FreiheitskämpferInnen, die mit der Waffe

- in der Hand gegen den Faschismus gekämpft hatten, etwa in Spanien in den Reihen der Internationalen Brigaden, 1944/45 im Rahmen der in Jugoslawien aufgestellten Österreichischen Freiheitsbataillone, in Partisaneneinheiten oder in den alliierten Armeen (Verband österreichischer antifaschistischer Freiheitskämpfer, in: *Österreichische Volksstimme*, 9.7.1946, S. 2).
 26/ Kirchweggerhof in Favoriten, in: *Volksstimme*, 26.4.1987, S. 5; Ernst Kirchwegger, in: *profil*, 4.5.1987, S. 94.
 27/ LG Wien 27b Vr 2129/65, Bd. 1, Bl. 159–161, Polizeidirektion Wien, Abt. 1, Betr.: Kirchwegger Ernst, Erhebung, Bericht, 2.4.1965, S. 2.
 28/ Compass-Archiv, Compass-Verlag an die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Wien, Referat IV C 1, Zl. 2/1000/5698 v. 9.9.1943.
 29/ DÖW 1944, Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Wien an den Compass-Verlag, z.H. des Abwehrbeauftragten, B. Nr. 25960/43 IV C 1 c v. 12.10.1943, Betrifft: Armgard Pichler, Helene Welsler, Ernst Kirchwegger. Das Schriftstück wurde Anfang Dezember 1963 von Ernst Kirchwegger dem neu gegründeten DÖW übermittelt.
 30/ WStLA, 2.3.14.A1, Vg 1a Vr 4278/46, Strafsache gegen Rudolf Hanel, Zeugenvernehmung mit Ernst Kirchwegger in der Strafsache gegen Rudolf Hanel, 12.9.1946, S. 2, sowie Polizeidirektion Wien, Ref. I/R II b, Niederschrift mit Josef Wirth, 18.5.1946, S. 5.
 31/ Vgl. dazu Manfred Mugrauer: Klemens Friemel (1881–1961). Zur Erinnerung an den ersten kommunistischen Bezirksbürgermeister von Favoriten im Jahr 1945, in: *Wiener Geschichtsblätter*, 68. Jg. (2013), Nr. 1, S. 59–68.
 32/ WStLA, Magistratsdirektion, Bürgermeisteramt 1945, A 6, Karton 1, B.A. 93/45, [Klemens] Friemel an Theodor Körner, 30.4.1945.
 33/ Vgl. ZPA der KPÖ, Wirtschaftspolitische Abteilung an die Kaderabteilung der Stadtleitung der KPÖ Wien, 26.10.1945.
 34/ Vor dem „Anschluss“ war Wirth Chefredakteur der Tageszeitung *Die Stunde*, der ersten österreichischen Boulevardzeitung, nach der Befreiung im Jahr 1945 wurde er zum Leiter des Pressedienstes im Bundeskanzleramt bestellt.
 35/ Ursula Schwarz: *Das Wiener Verlagswesen der Nachkriegszeit: Eine Untersuchung der Rolle der öffentlichen Verwalter bei der Entnazifizierung und bei der Rückstellung arisierter Verlage und Buchhandlungen*. Diplomarbeit Universität Wien 2003, Anhang, S. 1.
 36/ ÖStA/Archiv der Republik, Zivilakten der NS-Zeit, Gaupersonalamt des Reichsgaues Wien („Gauakten“), Zl. 109.598, NSDAP, Personal-Fragebogen zum Antragschein auf Ausstellung einer vorläufigen Mitgliedskarte und zur Feststellung der Mitgliedschaft im Lande Österreich, 25.6.1938.
 37/ Ebd., BMI, Beschwerdekommision nach § 7 des Verbotsgesetzes, GZl. 1216/49 v. 24.1.1951, S. 2.

- 38/ WStLA, 2.3.14.A1, Vg 1a Vr 4278/46, Strafsache gegen Rudolf Hanel, Urteil des Volksgerichts vom 6.10.1947, S. 2.
- 39/ Exemplarisch: Bücher aus Ungarn, in: *Neues aus Ungarn*, 13. Jg., Jänner 1964, S. 1–6, hier S. 1.
- 40/ Theaterfreunde – Scala, in: *Der Vertrauensmann*, hg. von der Wiener Stadtleitung der KPÖ für die Wiener Vertrauensmänner, 3. Jg., Nr. 8, November 1948, S. 20.
- 41/ ZPA der KPÖ, S. [Selly] Paryla: Die Theaterfreunde: Organisationsbericht, 31.3.1954, S. 1.
- 42/ Ein Leben und ein Tod für die Demokratie, in: *Volksstimme*, 3.4.1965, S. 3.
- 43/ Karl Horn: Erinnerungen an Genossen Ernst Kirchweger, in: *Rote Fahne*. Organ des Zentralkomitees der Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs (MLPÖ), Nr. 76, 15.4./1.5.1967, S. 9–10.
- 44/ LG Wien 27b Vr 2129/65, Bd. 1, Bl. 159–161, Polizeidirektion Wien, Abt. 1, Betr.: Kirchweger Ernst, Erhebung, Bericht, 2.4.1965, S. 1.
- 45/ ZPA der KPÖ, Delegierte der Wiener Bezirke zur Parteikonferenz der KPÖ am 9. April 1965.
- 46/ Aus dem Leben der Vereinigung, in: *Neues aus Ungarn*, 13. Jg., Jänner 1964, S. 22; Aus dem Leben der Vereinigung, in: *Neues aus Ungarn*, 14. Jg., Jänner/Februar 1966, S. 24–25, hier S. 24.
- 47/ 15 Jahre Österreichisch-Ungarische Vereinigung, in: *Neues aus Ungarn*, 14. Jg., März/April 1965, S. 3–5, hier S. 4; Aus dem Leben der Vereinigung, in: *Neues aus Ungarn*, 14. Jg., Mai/Juni 1965, S. 21–22, hier S. 21.
- 48/ *Neues aus Ungarn*, 14. Jg., März/April 1965, S. 23.
- 49/ Genosse Ernst Kirchweger, in: *Volksstimme*, 3.4.1965, S. 1.
- 50/ ÖGB: Am Montag, 8 Uhr früh, Arbeitsruhe. Zum Gedenken an Kirchweger und zur Mahnung, in: *Volksstimme*, 3.4.1965, S. 1.
- 51/ Ergreifende Trauerfeier für Ernst Kirchweger – Glaube an Österreich heißt Verteidigung der Demokratie. Mehr als 20.000 bei der Trauerkundgebung und Schweigemarsch, in: *Volksstimme*, 9.4.1965, S. 1–2, hier S. 1.
- 52/ Worte der Besinnung. Die Reden bei der Trauerfeier, in: *Volksstimme*, 9.4.1965, S. 3.
- 53/ Die Trauerfeier vor dem Krematorium, in: *Volksstimme*, 9.4.1965, S. 2.
- 54/ Piffel verteidigt Hochschulautonomie, in: *Die Presse*, 6.4.1965, zit. nach Fischer: Einer im Vordergrund (wie Anm. 6), S. 284–285, hier S. 285.
- 55/ Kirchweger-Lied, in: *Volksstimme*, 1.11.1978, S. 4.
- 56/ Ernst-Kirchweger-Hof, in: *Volksstimme*, 10.11.1989, S. 5.
- 57/ Parlamentskorrespondenz Nr. 293, 30.3.2015, in: http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2015/PK0293/index.shtml [30.3.2015].
- 58/ WStLA, 2.3.1.10, Bezirksgericht Favoriten, Verlassenschaftsakt Ernst Kirchweger, Kundmachung, 6.5.1965, Beilage: Mein letzter Wille, 14.4.1958, S. 1f.

Mahnmal „369“ enthüllt

Am 21. April 2015 wurde das Mahnmal „369 Wochen“ vor dem Wiener Landesgericht für Strafsachen übergeben. Das Monument ist eine große Pyramide aus Stahl, die den Schriftzug „369 Wochen“ trägt, der symbolisch für die Dauer der NS-Herrschaft in Wien steht, und diesen als Lichtinstallation auf die Außenwand des „Grauen Hauses“ wirft. Das Denkmal befindet sich in einer Achse zur ehemaligen Hinrichtungsstätte im Erdgeschoss des Landesgerichts. Dort befindet sich seit den 1950er Jahren ein Gedenkraum, auf den nun auch von außen aufmerksam gemacht wird. Während der NS-Zeit wurden im Landesgericht mehr als 1.200 Menschen hingerichtet. Die Verurteilten wurden mit dem Fallbeil enthauptet, darunter über 600 politische WiderstandskämpferInnen, die aktiv gegen das NS-Regime eingetreten waren.

Entworfen wurde das Mahnmal von der österreichischen Künstlerin Eva Schlegel. Die Zeitzeugin Käthe Sasso, geb. Smudits, hat den Titel „369 Wochen“ angeregt. 1926 geboren, war sie Mitglied der kommunistischen Widerstandgruppe um Adolf Neustadt, die vor allem Witwen hingerichteter Widerstandskämpfer mit Lebensmitteln unterstützte, ausländische Radiosender abhörte und illegale Flugblätter verteilte. Im August 1942 wurde Katharina Smudits

16-jährig von der Gestapo verhaftet, der Vorbereitung des Hochverrats angeklagt und am 26. April 1944 im LG Wien zu einem Jahr und sechs Monaten Jugendgefängnis verurteilt. Zunächst ins Arbeitserziehungslager Oberlanzendorf eingeliefert, wurde sie im September 1944 nach Berlin und zwei Wochen später in das KZ Ravensbrück überstellt. Am 28. April 1945 musste sie den Evakuierungsmarsch in Richtung KZ Bergen-Belsen antreten. Dabei gelang ihr die Flucht.

Vor der Mahnmalenthüllung fand im Großen Schwurgerichtssaal eine Gedenkstunde statt, an der Bundeskanzler Werner Faymann, Justizminister Dr. Wolfgang Brandstetter, Kulturminister Dr. Josef Ostermayer, Kulturstadtrat Dr. Andreas Mailath-Pokorny und Landesgerichts-Präsident Mag. Friedrich Forsthuber teilnahmen. Kardinal Christoph Schönborn erinnerte in seiner Rede an die am 30. März 1943 hingerichtete Ordensschwester Maria Restituta (Helene Kafka). Dabei würdigte er auch die sechs kommunistischen Straßenbahner aus dem 20. Bezirk, die vom Volksgerichtshof wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zum Tode verurteilt und gemeinsam mit Schwester Restituta enthauptet wurden. Sie sind in der Gruppe 40 des Wiener Zentralfriedhofes bestattet.

CLAUDIA KURETSIDIS-HAIDER

Zum 50. Todestag von Ernst Kirchweger

Am 25. März 2015 fand im Schulungszentrum des Wiener Straflandesgerichts ein Symposium statt, das in Kooperation zwischen der Zentralen österreichischen Forschungsstelle Nachkriegsjustiz, dem Landesgericht für Strafsachen Wien, dem *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes*, der *Alfred Klahr Gesellschaft* und dem KZ-Verband Wien veranstaltet wurde.

Anlass war der 50. Todestag des Antifaschisten Ernst Kirchweger, der am 31. März 1965 bei einer Demonstration gegen den antisemitischen Universitätsprofessor Taras Borodajkewycz vom Rechtsextremisten und RFJ-Mitglied Gunther Kümel niedergeschlagen wurde und zwei Tage später als erstes Todesopfer politischer Gewalt in der Zweiten Republik seinen Verletzungen erlag.

Nach Worten der Begrüßung von Friedrich Forsthuber, dem Präsidenten des Wiener Landesgerichts, und Gerhard Baumgartner, dem wissenschaftlichen Leiter des DÖW, referierten Bundesminister a.D. Ferdinand Lacina zur Affäre Borodajkewycz, Bernhard Weidinger zum Rechtsextremismus an den österreichischen Hochschulen in den 1960er Jahren, Manfred Mugrauer zum Leben von Ernst Kirchweger, Siegfried Sanwald zum Prozess gegen Gunther Kümel und Dagmar Schindler zum Thema der Gewalt bei Demonstrationen und der Antwort von Polizei und Justiz heute.

Claudia Kuretsidis-Haider moderierte die Veranstaltung, die bei dem mit ca. 200 Personen zahlreich erschienenen Publikum großen Anklang fand und eine lebhaft diskutierte.

HANS HAUTMANN

Der Prozess gegen Gunther Kümel

Notwehrüberschreitung vs. Totschlag – ein fragwürdiges Urteil

SIEGFRIED SANWALD

Die Vorgeschichte der „Affäre Borodajkewycz“, deren negativer Höhepunkt der gewaltsame Tod Ernst Kirchwegers war, wurde bereits in mehreren Publikationen behandelt. Im Mittelpunkt des folgenden Beitrags steht eine Analyse des Prozesses gegen Gunther Kümel, der im Oktober 1965 im Wiener Straflandesgericht stattfand.

Einschlägig vorbestrafter Rechtsextremist

Kümel wurde in Teheran geboren, wo sein Vater als Erdölgeologe einer holländischen Gesellschaft und später als iranischer Staatsangestellter tätig war. Nach der Besetzung Persiens wurde er gemeinsam mit seiner Mutter ausgewiesen und gelangte über die Türkei und Bayern nach Wien. Hier wurde die Familie 1947 wieder vereint. Kümel wechselte mehrmals die Volksschule und später das Gymnasium, trat einer nationalen Jugendbewegung, dem *Bund heimat-treuer Jugend*, bei und versuchte, diese – seinen eigenen Angaben zufolge – in die FPÖ-Jugendbewegung einzugliedern.¹

Zum Tatzeitpunkt war der 24-jährige Chemiestudent weder in rechtsextremen Kreisen noch bei der Staatspolizei ein unbeschriebenes Blatt und verfügte bereits über ein ansehnliches Register an Vorstrafen. Schon Ende der 1950er Jahre beteiligte sich Kümel als Mittelschüler an Hakenkreuz-Schmierereien, zertrümmerte einen Schaukasten der *Volksstimme* und zündete Stinkbomben im Rahmen einer politischen Veranstaltung zum 1. Mai. Zwei Verurteilungen durch den Jugendgerichtshof – der Ausspruch einer Strafe wurde in beiden Fällen bedingt aufgeschoben und die Probezeit verlängert – hinderten ihn jedoch nicht daran, weiterhin in der rechtsextremen Szene aktiv zu bleiben. Ein Verfahren wegen Wiederbetätigung wurde aufgrund von Beweisschwierigkeiten sowie eines psychiatrischen Gutachtens, das dem Beschuldigten einen Mangel an „geistiger Reife“ bescheinigte, eingestellt.²

Gemeinsam mit Gerd Honsik und anderen verübte er am 28. Mai 1961 einen Brandbombenanschlag auf die italienische Botschaft in Wien, führte im Sommer ein Attentat auf das Büro der Fluggesellschaft Alitalia aus und war im No-

vember des gleichen Jahres in einen nächtlichen Überfall auf das Parlament involviert. Am 30. Mai 1962 wurde Kümel deshalb wegen Übertretung des Waffengesetzes zu zehn Monaten Arrest verurteilt. Ende Oktober 1962 wurde er aus der Haft entlassen.³ Die Universität Wien, an der Kümel seit Oktober 1961 Jus studierte, erkannte dem Verurteilten lediglich ein Semester ab. Im November 1962 inskribierte er für die Fachrichtung Chemie und erhielt vom Bundesministerium für Unterricht in den Jahren 1964 und 1965 eine Studienbeihilfe von jährlich ATS 10.000,-. Erst im Zuge der gerichtlichen Untersuchungen zum Tod von Ernst Kirchwegger wurde das Stipendium für erloschen erklärt.⁴

Polizeiliche Ermittlungen und Vernehmungen

Kümel konnte am 31. März 1965, nachdem er Kirchwegger niedergeschlagen hatte, vorerst unerkannt entkommen, wurde allerdings drei Tage später verhaftet. In den ersten Einvernahmen rechtfertigte er sich dahingehend, in einer Notsituation gewesen zu sein, weshalb er sich nicht des Verbrechens des Totschlages schuldig fühle. Gegenüber dem einvernehmenden Untersuchungsrichter gab er an, Kirchwegger aus Angst vor einer Verletzung einen Faustschlag versetzt zu haben. „Ich hatte nicht das Gefühl, auf Kirchwegger stark eingeschlagen zu haben. Durch den Umstand, dass er mir und damit meinem Schlag entgegenkam, kann aber der Schlag kräftiger ausgefallen sein. Überdies war ich infolge meines Angstgefühles nicht fähig, meinen Schlag genau abzumessen. Ich wollte Kirchwegger nur stoppen und seinen Angriff abwehren“,⁵ so Kümel.

Dass es sich bei Kirchwegger um einen alten Mann handelte, konnte der Beschuldigte nach eigenen Angaben nicht erkennen. Ebenso verharmloste er den Besuch von Boxkursen in der Universitäts-Turnanstalt und sprach lediglich davon, über bescheidene Anfängerkenntnisse zu verfügen. Die gerichtliche Obduktion des Leichnams widerlegte diese Behauptung, da neben dem tödlichen Schädelprung als Folge des Sturzes auch ein Bruch des linken Unterkiefers von Kirchwegger festgestellt wurde.⁶

Auch Augenzeugen sprachen gegenüber der Polizei von einem K.O.-Schlag und gaben zu Protokoll, dass Kirchwegger ohne jede Reflexbewegung stocksteif rückwärts gefallen und mit dem Hinterkopf am Boden aufgeschlagen sei.⁷

Im Rahmen der polizeilichen Ermittlungen wurden u.a. Wilhelm Dirtl, Solotänzer der Wiener Staatsoper, Olaf Borodajkewycz, Ferdinand Lacina, Holger Bauer, Manfred Lampelmayer, Skender Fani sowie die spätere Solotänzerin der Staatsoper Ulrike Wührer befragt. Über den genauen Tathergang existieren widersprüchliche, voneinander abweichende Zeugenaussagen. Zwei Zeuginnen behaupteten gesehen zu haben, wie der nach dem Faustschlag zurücktaumelnde Kirchwegger gestützt worden sei und erst nach dem Zurückweichen seiner Helfer zu Boden fiel. Andere Zeugen wiederum erwähnten keine weiteren Personen. Auch hinsichtlich der Position des zu Boden gefallenen Opfers und darüber, ob Kirchwegger zuvor Kümel angegriffen habe oder nicht, liegen unterschiedliche Wahrnehmungen vor. Aussagen des Rettungsarztes und der Sanitäter zufolge war Kirchwegger zum Zeitpunkt des Abtransports und auf der Fahrt in die I. Unfallstation des Allgemeinen Krankenhauses teilweise noch ansprechbar, verfiel aber immer wieder in einen Dämmerzustand.⁸

In einer Aussendung der Österreichischen Hochschülerschaft an der TU Wien skizzierten die Herausgeber ein völlig im Widerspruch zu den tatsächlichen Ereignissen stehendes Bild von angeblich aus niederösterreichischen Industriezentren angereisten Schlägertrupps, die auf wehrlose Studenten losgegangen seien und aus Versehen Kirchwegger erschlagen hätten.⁹ Unter den Gegendemonstranten verbreitete sich auch das Gerücht, dass zwei Teilnehmer aus ihren Reihen ums Leben gekommen seien. In mehreren Zeugenaussagen wurde der angebliche Tod von zwei Studenten erwähnt.

Ein gerichtspsychiatrisches Gutachten bescheinigte dem Beschuldigten zum Tatzeitpunkt eine ängstliche Erregung und eine Herabsetzung der Hemmungsinstanz auch aufgrund einer in der Kindheit erlittenen Hirnverletzung. Diese ha-



Der von Gunther Kümel am 31. März 1965 zu Boden geschlagene Ernst Kirchweger.

be zu einer Beeinträchtigung des Vernunftgebrauchs geführt, nicht aber zur Aufhebung der Vernunft zum Zeitpunkt der Straftat. Resümierend merkte der Gutachter über Kümel an: „Die Persönlichkeitsentwicklung lässt den Weg bis unmittelbar vor den Zeitpunkt der Straftat verstehen und die ängstliche Erregung bildet die Verstehensgrundlage der Straftat.“¹⁰

Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft

Am 5. Juli 1965 erhob Staatsanwalt Theodor Mayer-Maly Anklage gegen Gunther Kümel wegen des Verbrechens des Totschlages. Aus Sicht der Anklage bestand ein Kausalzusammenhang zwischen dem Faustschlag und dem Tod von Kirchweger. Die Wucht des Schlages habe zum Bruch des Unterkiefers und zum Sturz geführt, bei dem er sich jene schweren Kopfverletzungen zuzog, die in weiterer Folge eine Hirnlähmung bewirkten: „Die auf Notwehr ausgerichtete Verantwortung des Angeklagten ist unglaubwürdig und wird durch die Beweisergebnisse zu widerlegen sein“;¹¹ ist in der Anklageschrift zu lesen.

In den Augen der Staatsanwaltschaft sei auch deshalb keine Notwehrsituation gegeben gewesen, da nur einzelne Demonstranten die Ordnerkette im Kreuzungsbereich Kärntnerstraße – Walfischgasse – Philharmonikerstraße durchbrochen hätten und auf die sie provozierende, zahlenmäßig größere Gruppe von Gegendemonstranten zugelaufen seien. Selbst für den Fall, dass Kirchweger Kümel anzugreifen versucht habe, müsse die Situation aus Sicht der Anklage-

behörde als Raufhandel bewertet werden. Im Raufhandel ruhe „aber nach ständiger Lehre und Rechtsprechung die Notwehr“, so die Anklageerhebung.¹² Außerdem sei die Eskalation der Auseinandersetzung von den Gegendemonstranten durch antisemitische Parolen und Tätlichkeiten, wie dem Werfen von Gegenständen und Stinkbomben, hervorgerufen worden. Ein von Franz Grois, dem Verteidiger Kümels, vorgebrachter Antrag auf Enthaftung gegen Gelöbnis und Vorlage einer Kautions in der Höhe von ATS 15.000,- bis 20.000,- wurde von der Ratskammer des Landesgerichts für Strafsachen Wien mit Beschluss vom 7. Juli 1965 wegen Fluchtgefahr abgewiesen.¹³ Einer Haftbeschwerde des Angeklagten gab das Oberlandesgericht Wien keine Folge.

Beginn der Hauptverhandlung

Am 18. Oktober 1965 eröffnete der Vorsitzende Richter, Oberlandesgerichtsrat Alfred Gleißner, die Hauptverhandlung in der Strafsache gegen Gunther Kümel vor einem Schöffensenat des Landesgerichts für Strafsachen Wien. Bereits Anfang des Monats war im Beisein des Richters, des Staatsanwalts und des Verteidigers aus insgesamt 20 SchöffInnen die Auswahl von zwei Haupt- und zwei Ersatzschöffen nach folgenden Ausschlusskriterien erfolgt: Zugehörigkeit zur NSDAP oder einer ihrer Gliederungen, Opfer des NS-Regimes und Mitgliedschaft in einer politischen Partei im Österreich der 1960er Jahre. Diese Herangehensweise hatte für den Vorsitzenden Richter eine von der Generalprokuratur beim Obersten Ge-

richtshof eingebrachte Nichtigkeitsbeschwerde zur Folge, der aber nicht stattgegeben wurde.¹⁴

Zu Beginn erörterten der Vorsitzende Richter und der Staatsanwalt die Bewertung der Hauptverhandlung als politischen oder kriminellen Prozess. Gleißner merkte gegenüber dem Staatsanwalt an, dass es bei einer Anklage wegen Totschlages noch nie vorgekommen sei, dass nach der politischen Gesinnung des Täters oder des Opfers gefragt werde. Falls versucht werden würde, politische Aspekte in den Prozess hineinzubringen, dann müsse aus Sicht des Richters eine Zuständigkeit der Geschworenengerichtsbarkeit geprüft werden. Staatsanwalt Heinrich Schmieger sprach sich dafür aus, dass auch „das politische Vorleben des Angeklagten zur Abrundung des Bildes [...] zur Sprache gebracht werden“ müsse.¹⁵

Seine Teilnahme an der Gegendemonstration rechtfertigte Kümel mit dem angeblichen Angriff auf die Hochschulautonomie. Nach eigenen Angaben wollte er sich keiner der beiden Gruppen anschließen. In die Auseinandersetzungen sei er nur aufgrund der unübersichtlichen Situation zufällig hineingeraten: „[...] ich habe nichts gesagt und niemand etwas getan, ich war nur ganz still und gewöhnlich. Es war keine von vorneherein gefährliche Situation.“ Angeblich wollte er nur mit am Straßenrand stehenden ZuschauerInnen diskutieren und ihnen seine Meinung näher bringen. Parolen wie „Juden raus“ oder „Hoch Auschwitz“ habe er nicht vernommen. In weiteren Ausführungen stellte sich der Angeklagte gar als ruhender Pol dar, der bemüht gewesen sei, Menschen vor Schaden zu bewahren bzw. Demonstranten vor Gewaltaktionen abzuhalten.

Erst eine unter den Gegendemonstranten verbreitete Aufforderung, sich in Richtung Minoritenplatz zu begeben, habe ihn dazu veranlasst, dieser Gruppe – nach eigenen Angaben in einem „Mittelding zwischen Laufen und Gehen“ – zu folgen. Plötzlich habe er einen Stoß verspürt, worauf er sich umdrehte und Kirchweger mit entschlossenem Gesichtsausdruck und erhobenen Fäusten sah. Zum Selbstschutz habe er beide Hände vorgestreckt und so den vermeintlichen Angriff gestoppt. Auf Befragung durch den Vorsitzenden erwähnte der Angeklagte auch den Besuch eines Boxkurses, bei dem er verschiedene Abwehrmechanismen erlernt habe, die in bestimmten Situationen automatisch erfolgen würden. Völlig den tatsächlichen

Verhältnissen widersprechend, beschrieb der Angeklagte sein um viereinhalb Jahrzehnte älteres und nach einer Nierenoperation geschwächtes Gegenüber folgendermaßen: „Ich möchte auch heute sagen, dass Herr Kirchwegger ein kräftiger Mann war und mir gewichtsmäßig überlegen, wie es sich aus dem Akt ergibt. Er war so groß wie ich, in einem eher knappen Ernährungszustand, sodass man annehmen muss, die Differenz war Muskeln.“ Dem Einwand Gleißners, der Angeklagte habe Kirchwegger einen K.O.-Schlag versetzt, entgegnete Kümel, die Wirkung sei dadurch verstärkt worden, dass Kirchwegger mit Schwung auf ihn zugekommen sei. Auch auf Vorhalt des Staatsanwalts Heinrich Schmieger, dass der Schlag einen Kieferbruch zur Folge gehabt habe, erklärte der im Gerichtssaal arrogant und selbstbewusst auftretende Angeklagte, dies in seinem Gemütszustand nicht so wahrgenommen zu haben und dass die Wirkung des Schlages durch die Vorwärtsbewegung von Kirchwegger verstärkt worden sei.¹⁶

Ein interessanter Wortwechsel ergab sich zwischen dem Vorsitzenden Richter und Rechtsanwalt Othmar Slunsky, dem Vertreter der am Prozess Privatbeteiligten Anna Kirchwegger, der Witwe des Opfers. Darin wies Oberlandesgerichtsrat Gleißner nochmals mit Vehemenz darauf hin, politische Aspekte aus dem Strafprozess fernzuhalten. Die Aufgabe des Gerichts bestehe nicht darin, ein Werturteil abzugeben, ob die Anhänger des vom Vorsitzenden bewusst nicht namentlich erwähnten Universitätsprofessors oder die Demonstranten im Recht gewesen seien. Auch Fragen über die Kleidung des Angeklagten zum Tatzeitpunkt und mögliche Parallelen des optischen Erscheinungsbildes Kümels zur NS-Zeit bedendete Gleißner energisch mit dem Verweis auf die politische Dimension.¹⁷

Anhörung der Zeuginnen und Zeugen

Am 19. Oktober 1965, dem zweiten Verhandlungstag, erfolgte mit der Anhörung von Zeuginnen und Zeugen die Eröffnung des Beweisverfahrens. Josef Hindels, der sich dem Gericht selbst als Zeuge angeboten hatte, war Mitarbeiter des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und Vizepräsident der *Österreichischen Widerstandsbewegung*. Er schilderte die Situation vor dem Abmarsch des Demonstrationszuges vom Karlsplatz, auch hinsichtlich der Ansammlung von Borodajkewycz-Anhängern vor der Technischen Universität. Die vorgesehe-

ne Route führte über die Kärntnerstraße und den Graben zum Michaelerplatz und von hier über das Bundeskanzleramt zum Minoritenplatz. Die ohnehin angespannte Situation wurde durch den Wurf von Geschossen und Stinkbomben zusätzlich aufgeheizt. Um Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Gegendemonstranten zu verhindern, wie sie bereits bei der ersten Kundgebung der *Österreichischen Widerstandsbewegung* am 29. März stattgefunden hatten, wurde die Polizei von Hindels auf diese Ansammlung aufmerksam gemacht. Vertreter der Exekutive hätten aber lediglich geantwortet, dass eine Gegendemonstration nicht angemeldet worden sei. Die ca. 100 Ordner der Widerstandsbewegung erhielten den Auftrag, eine Konfrontation zu verhindern und bei Zusammenstößen und Schlägereien die Personen voneinander zu trennen, aber auf keinen Fall gegen Borodajkewycz-Anhänger vorzugehen, da dies Sache der Polizei sei. Nachdem sich beide Züge in Bewegung gesetzt hatten, kam es zur befürchteten Konfrontation.

Hindels vertrat in seiner Aussage den Standpunkt, dass, obwohl die Teilnehmer des Demonstrationszuges mit verschiedenen Gegenständen beworfen worden seien, ein Durchbrechen der Ordnerkette hätte verhindert werden können, wenn nicht aus den Reihen der Gegendemonstranten die Rufe „Hoch Auschwitz“ und „Juden raus“ gefallen wären. Besonders an der Kreuzung Kärntnerstraße – Walfischgasse – Philharmonikerstraße war die Situation aus seiner Sicht besonders kritisch, denn an dieser Stelle waren die antisemitischen Äußerungen am lautesten zu hören. Im Hauptverhandlungsprotokoll scheint auch eine Aussage von Hindels auf, die den fehlenden Willen der überforderten Polizei zur Ahndung von Delikten nach dem Verbotsgesetz dokumentiert: „Es wurde versucht Rufer verhaften zu lassen, doch ist das nicht gelungen; ich selbst habe einem Polizeibeamten gesagt ‚das was gerufen wird ist gesetzeswidrig‘. Mir wurde darauf geantwortet, ‚wir müssen versuchen weitere Zusammenstöße zu vermeiden und ein weiteres Eingreifen würde die Situation verschärfen‘ [...].“¹⁸

In den weiteren Befragungen schilderten die Zeuginnen und Zeugen ihre Eindrücke der Ereignisse unmittelbar vor, während und nach der Konfrontation zwischen Kümel und Kirchwegger. Über den Tathergang finden sich im Hauptverhandlungsprotokoll unterschiedliche Angaben. Erschwerend kam hinzu, wie der

Zeuge Ferdinand Lacina auf Befragen des Vorsitzenden Richters aussagte, dass sich die Situation durch das ständige Hin- und Herbewegen von Demonstranten und Gegendemonstranten permanent veränderte. Der als Ordner in der Postenkette eingesetzte Lacina versuchte vergeblich, den durchgebrochenen Kirchwegger am Mantel zurückzuhalten.¹⁹

Die Angaben des damaligen Solotänzers der Wiener Staatsoper Wilhelm Dirtl, der die Ereignisse vom Fenster des im 4. Stock gelegenen Kleinen Ballettsaales aus beobachtet hatte, machen die Grenzen von Zeugenaussagen bzw. die Fehlerquellen dieses Beweismittels deutlich. Im Unterschied zur Einvernahme vor dem Untersuchungsrichter gab der Zeuge nun in der Hauptverhandlung an, gesehen zu haben, wie sich Kümel und Kirchwegger aufeinander zu bewegten und der Angeklagte dann – über den Kopf einer zwischen den beiden stehenden Person – Kirchwegger einen Schlag versetzt habe. Auf Einwände des Vorsitzenden Richters merkte Dirtl an, dass er im Zuge der Einvernahme durch den Untersuchungsrichter nicht nach Sekunden und Schritten gefragt worden und seit den Ereignissen Zeit vergangen sei. Der auf Antrag der Verteidigung als Zeuge einvernommene Untersuchungsrichter Oberlandesgerichtsrat Johann Tinhof wies in seiner Aussage auf die Schwierigkeit des Auseinanderhaltens von persönlichen Eindrücken der ZeugInnen und erst später durch Pressemeldungen erhaltene Informationen hin. Diese würden sich vermischen in die Erinnerungen der Menschen einprägen, weshalb der Zeugenbeweis Fehlerquellen beinhalte.²⁰

Zur wichtigsten Zeugin wurde Theresia Lucia Fischer, die das Geschehen gemeinsam mit ihrer Tochter Lucia vom Balkon ihrer im ersten Stock oberhalb des Tatorts gelegenen Wohnung beobachtet hatte. Im Gerichtssaal erwähnte die Zeugin auch eine gegen sie gerichtete Morddrohung, falls sie Kümel mit ihrer Aussage entlasten sollte. Der Anwalt von Anna Kirchwegger versuchte die Glaubwürdigkeit dieser Zeugin mit Hinweis auf ihre angebliche Tätigkeit bei der Gestapo in Frage zu stellen. Fischer wehrte sich vehement gegen diese Behauptung und führte ins Treffen, aufgrund ihres jüdischen Ehemannes sogar ein Opfer des Nationalsozialismus gewesen zu sein. Der Senat brachte sein Bedauern über diesen Zwischenfall zum Ausdruck, die Staatsanwaltschaft distanzierte sich von dieser Fragestellung an die Zeugin. Eine Überprüfung der erho-



Urteilsverkündung im Prozess gegen Gunther Kümel am 25. Oktober 1965. Kümel wurde wegen „Notwehrüberschreitung“ zu nur zehn Monaten Arrest verurteilt.

benen Vorwürfe durch die Staatspolizei verlief negativ.²¹

Im weiteren Verlauf dieses Prozesstages erörterte der Gerichtssachverständige Leopold Breitenacker das von ihm verfasste Gutachten über die Obduktion der Leiche Kirchwegers. Der als Folge des Sturzes erlittene Schädelbruch habe zu einem Druckanstieg im Gehirn und in weiterer Folge zu Lähmungen der wichtigsten Zentren geführt. Über die Festigkeit des Schlags äußerte sich der Sachverständige folgendermaßen: „Diese Frage bekommen wir jahrelang vorgelegt. Jeder Boxhieb wird mit Wucht geführt, man kann nicht einen Boxhieb dosieren, so wie jeder Messerstich mit Wucht geführt wird. Der Unterkieferbruch zeigt uns, dass der Schlag auch kräftig angekommen ist. [...] Es muss ein kräftiger Hieb gewesen sein, selbst wenn man das Alter des Kirchwegers berücksichtigt und natürlich der Knochen nicht mehr jene Festigkeit aufweist, wie bei einem jungen Menschen.“²²

Urteilsverkündung

Der fünfte Prozesstag endete mit dem Abschluss des Beweisverfahrens. Der Angeklagte erklärte nochmals, den Tod Ernst Kirchwegers zu bedauern und sich keiner Schuld bewusst zu sein. Er sei sehr erregt gewesen, habe Angst gehabt und konnte in diesem Augenblick nicht sehen, dass es sich um einen alten Mann handelte, und selbst wenn, hätte er sich wehren müssen.²³ Am 25. Oktober 1965 – dem sechsten Prozesstag – verurteilte der Schöffensenat den Angeklagten Gunther Kümel wegen des Vergehens gegen die Sicher-

heit des Lebens – in der Urteilsbegründung findet sich der Terminus „Putativnotwehrexzess“ – zu zehn Monaten strengem Arrest. Das Gericht war sich der Schwierigkeit und Tragweite der Entscheidung bewusst: „Der Senat ist sich über die Tatsache vollkommen im klaren, dass das Urteil, wie immer es ausfallen konnte, nie die ungeteilte Zustimmung der Bevölkerung wird finden können. Dies liegt in der Natur der Sache, in der hohen politischen Brisanz des Prozesses, dem hohen politischen Hintergrund. Je radikaler der Einzelne eingestellt ist, desto mehr wird das Urteil Ablehnung finden, wenn es nicht seinen politischen Vorstellungen und Wünschen entspricht.“²⁴

Der Senat führte in der Begründung drei mögliche Formen des Urteils an: das politische Werturteil, das politische Zweckurteil oder das rechtliche Sachurteil. Sowohl das politische Werturteil als auch die Verhängung eines politischen Zweckurteils – im letztgenannten Fall mit Ausführungen auf die Folgewirkung in der Zeit des Nationalsozialismus – erschienen dem Gericht als mit den Prinzipien eines Rechtsstaates nicht vereinbar. Nach den dargelegten Ausschließungskriterien blieb nur mehr die Möglichkeit eines rechtlichen Sachurteils. Bezug nehmend auf die von der Staatsanwaltschaft erhobene Anklage nach dem Tatvorwurf des Totschlags behandelte das Gericht nicht ein politisches, sondern ein rein kriminelles Verbrechen.

Als schwierig erwies sich aus Sicht des Schöffensenats der für die Beurteilung der Straftat notwendige Zeugenbeweis, lagen doch über den genauen Tatablauf

aus Sicht des Gerichts verschiedene, zum Teil einander widersprechende Angaben vor. In seiner Beurteilung des Sachverhalts stützte sich das Gericht im Wesentlichen auf die Angaben der Zeuginnen Theresia Lucia Fischer und ihrer Tochter Lucia, die vom Balkon ihrer im ersten Stock unmittelbar über dem Tatort gelegenen Wohnung das Geschehen beobachten konnten und auch keiner der beiden an der Demonstration beteiligten Gruppierungen angehörten. Aufgrund dieser Aussagen kam das Gericht zur Überzeugung, dass Kümel auf der Flucht gewesen sei, sich also wegbewegt habe und von Kirchwegger eingeholt worden sei. Der Tatbestand des Totschlags lag aus Sicht des Schöffensenats nicht vor: Es könne „als erwiesen angenommen werden, dass Kümel eine größere Strecke Weges den auf ihn zulaufenden Kirchwegger entgegengegangen ist“. Damit falle „eine der wesentlichen Voraussetzungen für den Totschlag weg, nämlich ein sicherer Nachweis der feindseligen Absicht“.²⁵

Der Verteidigungsstrategie Kümels, in Notwehr gehandelt zu haben, wurde jedoch widersprochen, da dies einen unmittelbaren Angriff auf sein Leben vorausgesetzt hätte. Selbst für den Fall, dass Kirchwegger Kümel, wie von der Zeugin Theresia Lucia Fischer behauptet wurde, einen Fußtritt versetzt habe, so läge nur eine tätliche Ehrenbeleidigung vor, die keine Notwehrsituation begründe. Das Gericht billigte dem Angeklagten zwar zu, in dieser auf ihn bedrohlich wirkenden Situation aus Furcht gehandelt zu haben, allerdings legte es dem Angeklagten zur Last, keine andere Abwehrmethode als einen Faustschlag gefunden und daher in Notwehrüberschreitung gehandelt zu haben: „Ein leichterer, oder vielleicht auch ein stärkerer Stoß hätte genügt. Keineswegs war ein Faustschlag von dieser Qualität und dieser Fürchterlichkeit am Platz. Dieser Umstand muss dem Angeklagten zur Last gelegt werden und darin liegt seine Fahrlässigkeit [...]“, weshalb er „wegen Putativnotwehrexzess zu verurteilen“ sei.²⁶

Eine Haftstrafe in exakt der gleichen Höhe – nämlich zehn Monate strenger Arrest wegen Übertretung des Waffengesetzes – war über Kümel bereits dreieinhalb Jahre zuvor in Zusammenhang mit Anschlügen auf italienische Einrichtungen in Wien und dem nächtlichen Überfall auf das Parlament verhängt worden. Am 24. November 1965 wurde die damalige Verurteilung per Amnestie für getilgt erklärt.²⁷

Interessant ist, dass die Ausfertigung des Urteils vom 25. Oktober 1965 den am Prozess beteiligten Parteien erst am 10. Jänner 1966 zugestellt wurde. Eine von der Staatsanwaltschaft Wien eingebrachte Nichtigkeitsbeschwerde wurde vom Obersten Gerichtshof am 9. März 1966 abgewiesen. Kümel habe den Faustschlag nicht aus Gehässigkeit und in feindseliger Absicht einem politischen Andersgesinnten versetzt, sondern habe in einer irrtümlich angenommenen Notwehrsituation in reiner Verteidigungsabsicht gehandelt, so der OGH. Den von der Staatsanwaltschaft vorgebrachten Einwänden, Kümel wäre im Rahmen seiner politischen Betätigung mehrfach aggressiv in Erscheinung getreten, wurde keine Bedeutung beigemessen. Im Fall des Todes von Ernst Kirchweger habe der Angeklagte lediglich die Grenzen einer unter diesen Umständen angemessenen Abwehrhandlung überschritten. Damit wurde seitens der höchsten juristischen Instanz des Landes ein fragwürdiges Urteil bestätigt. Kümel hatte gegen das über ihn verhängte Urteil ebenfalls eine Nichtigkeitsbeschwerde eingebracht, diese aber in weiterer Folge zurückgezogen. Er wurde am 8. Februar 1966 enthaftet.²⁸

Anmerkungen:

- 1/ Landesgericht (LG) Wien 27b Vr 2129/65, Bd. II, Psychiatrisches Gutachten vom 3.6.1965.
- 2/ Siehe LG Wien 20a Vr 565/60.
- 3/ Siehe LG Wien 20a Vr 9913/61.
- 4/ LG Wien 27b Vr 2129/65, Bd. I, Anzeige der Bundespolizeidirektion Wien vom 3.4.1965.
- 5/ LG Wien 27b Vr 2129/65, Beschuldigtenvernehmung Gunther Kümel am 6.4.1965 und 14.5.1965.
- 6/ Ebd., Bd. I, Bericht über die gerichtliche Obduktion der Leiche des Ernst Kirchweger am 3.4.1965.
- 7/ Ebd., Bd. I, Niederschrift der Polizeidirektion Wien aufgenommen mit Horst Leeb am 7.4.1965. Siehe auch Zeugenvernehmung von Wilhelm Dirlt am 15.4.1962.
- 8/ Ebd., Bd. II, Zeugenvernehmungen Josef Strammer und Dr. Erwin Rotter am 12.5.1965.
- 9/ Ebd., Bd. I.
- 10/ Ebd., Bd. II, Psychiatrisches Gutachten vom 3.6.1965.
- 11/ Ebd., Bd. II, Anklageerhebung vom 5.6.1965.
- 12/ Ebd.
- 13/ Ebd., Bd. II, Beschluss der Ratskammer des Landesgerichts für Strafsachen Wien vom 7.7.1965.
- 14/ Ebd., Bd. III, Urteil des Obersten Gerichtshofes vom 14.9.1966.
- 15/ Ebd., Bd. II, Hauptverhandlungsprotokoll 1. Tag (18.10.1965).

- 16/ Ebd.
- 17/ Ebd.
- 18/ Ebd., Bd. II, Hauptverhandlungsprotokoll 2. Tag (19.10.1965).
- 19/ Ebd.
- 20/ Ebd., Bd. II, Hauptverhandlungsprotokoll 3. Tag [o.D.].
- 21/ Ebd., Bd. II, Hauptverhandlungsprotokoll 5. Tag [o.D.].

- 22/ Ebd.
- 23/ Ebd.
- 24/ Ebd., Bd. II, Urteil vom 25.10.1965.
- 25/ Ebd.
- 26/ Ebd.
- 27/ Ebd., Bd. II, Tilgungsbeschluss vom 24.11.1965.
- 28/ Ebd., Bd. III, Urteil des Obersten Gerichtshofes vom 9.3.1966.

Gedenktafelenthüllung in der Hardtmuthgasse

Am 30. April 2015 wurde am ehemaligen Wehrmachtsuntersuchungsgefängnis Wien 10, Hardtmuthgasse 40–42, im Rahmen eines Festaktes im Beisein des ehemaligen Deserteurs und Ehrenobmann des Vereins „Personenkomitee Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz“ Richard Wadani eine Gedenktafel enthüllt. Nach der Begrüßung durch Bezirksvorsteherin Hermine Mospo-

Die Deutsche Wehrmacht hatte in Wien fünf Gefängnisse betrieben, das größte befand sich in der Hardtmuthgasse. Die heutige Justizanstalt war zwischen 1938 und 1945 das zentrale Haftgebäude der NS-Militärjustiz in Wien. Die hier Inhaftierten saßen wegen Selbstverstümmelung im Heimurlaub und Desertion an der Ostfront oder Führerbeleidigung in der FLAK-Stellung ein. Auch als sich die Rote Armee



**V.l.: Richard Wadani (Wehrmachtsdeserteur), Claudia Kuretsidis-Haider (Historikerin), Hermine Mospo-
vorsteherin von Favoriten), Sascha Resch (Bezirksrätin).**

ner und einer Ansprache von Bezirksrätin Sascha Resch (Die Grünen) vom Arbeitskreis „Gedenkpolitik der Bezirksvertretung“, sprach Dr.ⁱⁿ Claudia Kuretsidis-Haider (DÖW) in ihrer Rede zum Thema „Gedenken und Mahnen – Erinnerungspolitik und Gedächtnislandschaften in Wien“ und skizzierte dabei die Entwicklungsgeschichte der Denkmallandschaften in Wien nach 1945 als Ergebnis einer widersprüchlichen offiziellen Geschichtspolitik in der Zweiten Republik. Den Opfern der NS-Militärjustiz war jahrzehntelang das ehrende Gedenken versagt geblieben. Erst 2014 wurde am Ballhausplatz das Deserteursdenkmal enthüllt.

der Stadt näherte, hielt die Militärjustiz den Betrieb weiter aufrecht: Die Verfolgung von Deserteurern, Selbstverstümmelern und anderen, die den von den NS-Machthabern proklamierten „totalen Krieg“ nicht mehr mitmachen wollten, wurde sogar ausgebaut. Mehr und mehr Soldaten und ZivilistInnen durchliefen die Hafteinrichtungen. Bis zuletzt wurden Ver-

urteile der NS-Militärjustiz „zur Frontbewahrung“ in den Osten geschickt.

Ende März 1945 wurde das Gefängnis aufgelöst und die Insassen Richtung Westen evakuiert. Ziel war die Wehrmachtsgefangenenanstalt Döllersheim/Allensteig. Auf dem Weg dorthin gelang einigen die Flucht, andere wurden erschossen. Am 6. April wurde Favoriten durch die Rote Armee befreit, so auch das Gefängnis. Die Justizwache übernahm das Gebäude und unterstellte es der Kriminalpolizei, kurzzeitig waren hier auch NS-Partei-funktionärInnen inhaftiert. **CKH**

<http://pk-deserteure.at/wordpress/3-verfolgung/2-verfolgungsorte/favoriten>

Die veränderte Weltlage nach dem Sieg über den Faschismus

HANS HAUTMANN

Dieser Beitrag setzt sich zum Ziel, eine Gesamtschau in globalem Maßstab über die Resultate zu geben, die durch den Sieg über den Faschismus bewirkt wurden. Denn was in Österreich 1945 geschah, war kein Einzelfall, sondern die Widerspiegelung einer weltweiten Entwicklung, die eine neue Qualität im Kräfteverhältnis zwischen Kapitalismus und Sozialismus darstellte. Ihre Hauptkennzeichen waren der Aufschwung der Arbeiterbewegung und der antikolonialen nationalen Befreiungsbewegung, das Wachstum der kommunistischen Parteien und eine neue Welle von demokratischen und anti-imperialistischen Umwälzungen.

Das ist es, was im Mittelpunkt des Vortrags stehen soll, und gerade das wurde bei den zahlreichen offiziellen Veranstaltungen zum heurigen Gedenkjahr so gut wie gänzlich unter den Teppich gekehrt, weil es sich um Ereignisse handelt, die den heutigen Machteliten nur Alpträume verursachen können.

Wenn hier von der Welt die Rede ist, so konzentrierten sich die Veränderungen des Jahres 1945 auf zwei Schauplätze, Europa und Asien, auf die Gebiete, in denen die entscheidenden Kriegshand-

lungen der Antihitlerkoalition gegen die faschistischen Achsenmächte Deutschland und Japan stattfanden und in denen die unterdrückten Völker eine starke Widerstandsbewegung mit dem Ziel der nationalen Befreiung aufbauten.

In Asien gehörten China, Korea, Indonesien, Burma und Indochina dazu. Indonesien proklamierte sich am 17. August 1945 als unabhängiger Staat. Versuche der Niederlande, die Kolonialherrschaft zu restaurieren, scheiterten. 1947 musste die Unabhängigkeit Indonesiens von den Niederlanden anerkannt werden. Kambodscha, Laos und Vietnam riefen ebenfalls im August 1945 ihre Unabhängigkeit aus, wobei Vietnam überhaupt das erste Kolonialland war, in dem eine nationale Befreiungsfront unter Führung einer kommunistischen Partei mit Ho Chi Minh an der Spitze siegte. Hier bedurfte es aber noch jahrzehntelanger Kämpfe, bis gegen die ins Land zurückgekehrte französische Kolonialmacht und danach gegen die USA im Jahr 1975 die Unabhängigkeit endgültig errungen war.

Europa hingegen erlebte 1945 Vorgänge, die unmittelbarer, tiefer und nachhaltiger wirkten, und die sich aus dem spe-

zifischen Charakter des Zweiten Weltkriegs ergaben.

I.

Im Zweiten Weltkrieg kamen zwei große Widersprüche zum Ausdruck: der Widerspruch zwischen den imperialistischen Staaten, den faschistischen Mächten Deutschland, Italien und Japan auf der einen und den demokratischen Mächten USA, Großbritannien und Frankreich auf der anderen Seite, und ein zweiter Widerspruch, der zwischen der kapitalistischen Welt insgesamt und der Welt des Sozialismus, repräsentiert durch die Sowjetunion.

Das war es, was dem Verlauf des Krieges ebenso wie seinen Endergebnissen den Stempel aufdrückte. Die Sowjetunion, die die Hauptlast des Krieges trug, die diesen Kampf fast drei Jahre lang auf sich allein gestellt führen musste, verkörperte die Hoffnungen der vom Faschismus unterdrückten Völker auf die kommende Befreiung. Dadurch, dass sie unter schwierigsten Bedingungen den Schlägen der deutschen Wehrmacht widerstand, sie zum Stehen brachte, sie aus dem Land vertrieb und zum Angriff auf das von Deutschland beherrschte

Aus dem Manifest der KPÖ „Die Wiedergeburt Österreichs“ vom 11. Juni 1944

Im Zusammenwirken der österreichischen Freiheitskämpfer mit den Befreiungsarmeen, die den militärischen Machtapparat Hitler-Deutschlands zertrümmern, wird Österreich wiedererstehen und eine provisorische Regierung der freien unabhängigen demokratischen Volksrepublik gebildet werden. Eine solche Regierung auf breitester demokratischer Grundlage, durch die im Kampf entstandenen Organe der Freiheitsbewegung, durch demokratische Organisationen untermauert, wird desto eher entstehen, desto größere Autorität besitzen und desto schneller die Souveränität und Selbstverwaltung des österreichischen Volkes herbeiführen, je tatkräftiger und überzeugender die österreichischen Volksmassen zu ihrer Befreiung beitragen. Es wird Aufgabe der provisorischen Regierung sein:

– den so genannten „Anschluss“ [...] für null und nichtig zu erklären, normale Beziehungen zu den freiheitsliebenden Völkern herzustellen [...];

– den gesamten deutsch-faschistischen Machtapparat zu liquidieren [...];

– die demokratischen Freiheitsrechte des Volkes, Freiheit der Organisationen, der Presse, der Versammlung, herzustellen und zu sichern;

– die Freiheit des Glaubensbekenntnisses, der Religion und der Kirche zu sichern;

– die demokratische Selbstverwaltung der Gemeinden im vollen Umfang herzustellen;

– die deutschen Kriegsverbrecher und die österreichischen Landesverräter in Haft zu nehmen und der Bestrafung zuzuführen sowie ihr gesamtes Eigentum zu beschlagnahmen;

– die von den deutschen Räubern und ihren österreichischen Spießgesellen geraubten Güter, Häuser, Wohnungen, Geschäftsläden, Unternehmungen usw. den rechtmäßigen Besitzern zurückzugeben;

– aus den Reihen der im Kampf erprobten Patrioten und Antifaschisten aller Volksschichten auf breiter demokratischer Grundlage einen neuen Staatsapparat aufzubauen;

– keine Neubildung faschistischer Organisationen, keinerlei deutsche oder deutschorientierte Organisationen, ganz gleich unter welcher Tarnung, zuzulassen; [...]

– die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen und Garantien für die gerechte Verteilung der Lasten und Lebensmittel zu schaffen;

– die bauernfeindliche Zwangswirtschaft aufzuheben und zusammen mit den Vertretern der Bauernschaft die landwirtschaftliche Produktion zu sichern und die Belieferung der Städte und Dörfer zu organisieren;

– das rechtmäßig erworbene Privateigentum der Bauern, Gewerbetreibenden, Kaufleute, Unternehmer usw. zu schützen und ihre wirtschaftliche Privatinitiative zu ermuntern;

– einen systematischen Feldzug zu organisieren, um den ganzen politischen, moralischen und ideologischen Nazidreck aus Österreich hinauszufegen;

– die Wahlen für eine konstituierende österreichische Nationalversammlung vorzubereiten.

Territorium Europas übergang, stieg das Prestige der Sowjetunion enorm an.

Unter dem Einfluss der Siege der sowjetischen Streitkräfte entwickelte sich in den okkupierten Ländern Europas eine mächtige Widerstandsbewegung, die in Ländern wie Jugoslawien, Albanien, Griechenland, Italien, Frankreich, Polen, Tschechoslowakei, Norwegen und Belgien vier bis fünf Millionen Menschen erfasste. Die stärkste Kraft dieses Widerstandes, der in einigen Ländern in seine höchstmögliche Form, in den Partisanenkrieg übergang, waren die Kommunisten, deren Zahl trotz ihrer gewaltigen Opfer unablässig wuchs.

II.

Dazu einige Beispiele: Die Kommunistische Partei Jugoslawiens zählte bei Kriegsbeginn etwa 15.000 Mitglieder, von denen bereits 1941 etwa 80 Prozent im Kampf gegen die Hitler-Okkupanten ihr Leben verloren. Dennoch stieg die Zahl der Parteimitglieder bis Jänner 1945 auf mehr als 100.000 an. Die Kommunistische Partei Italiens hatte 1943, beim Sturz Mussolinis, nur 5.000 bis 6.000 Mitglieder. Im April 1945 zählte sie im deutsch besetzten Norditalien 90.000, im übrigen Italien 340.000 und Anfang 1946 1,7 Millionen Mitglieder. Der Kommunistischen Partei Frankreichs, die von ihren 300.000 Mitgliedern während der Résistance gegen die deutschen Besatzer 75.000 Menschen durch Hinrichtungen, Erschießungen, Massaker verlor, gehörten 1945 über 900.000 Mitglieder an. In Österreich hatte die Partei im Jahr 1935 16.000 Mitglieder, 1946 über 100.000.

Viele kommunistische Parteien wurden 1944/45 also zu Massenparteien – ein Ausdruck der Anerkennung, die sich die Kommunistinnen und Kommunisten im Widerstandskampf erworben hatten. Gab es 1939 weltweit 61 kommunistische Parteien mit 4 Millionen Mitgliedern (davon 1,5 Millionen in kapitalistischen Ländern), so zählte man 1947 76 kommunistische Parteien mit 20 Millionen Mitgliedern (davon 4,8 Millionen in kapitalistischen Ländern).

Bei den Wahlen der Jahre 1945 und 1946 errangen die kommunistischen Parteien überall stärkere Positionen als je zuvor. In Frankreich erhielt die KP über 5 Millionen Stimmen (26%) und wurde zur stärksten Partei des Landes; in Italien erhielt sie 19% der Stimmen; in Finnland 23,5%; in Dänemark 12,5%; in Norwegen 12%; in den Niederlanden 10%. Auch in Ländern, die keine faschistische Okkupa-



Partisanenparade im befreiten Marseille, August 1944.

tion erlebt hatten, war das Wachstum eklatant. In Schweden stimmten 1946 10,3% der Wähler für die KP, dreieinhalbmal mehr als 1940, und in Island errang sie fast ungläublich anmutende 19,5%.

III.

Diese gestärkten Positionen bildeten die Grundlage für die Zusammenarbeit von Kommunisten, Sozialdemokraten und bürgerlichen Antifaschisten nach der Befreiung. Von 1945 bis 1947 gehörten zehn kommunistische Parteien mit Ministern Regierungen in westeuropäischen kapitalistischen Ländern an: Frankreich, Italien, Belgien, Luxemburg, Österreich, Dänemark, Norwegen, Island, Finnland und San Marino. Auch in den deutschen Westzonen war die KPD mit Ministern in mehreren Ländern vertreten (in Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg). Belgien hatte vier kommunistische Minister. In Frankreich, Italien und Österreich waren Kommunisten stellvertretende Regierungschefs. Für alle die genannten kommunistischen Parteien galt, dass sie erstmals in ihrer Geschichte Regierungsverantwortung trugen.

Es war also überall, auch in den europäischen Ländern, die die Amerikaner und Engländer von der Hitlerherrschaft befreiten, unmöglich, die Kommunisten zu ignorieren und auszugrenzen. Selbst im Hinterhof der USA, in Chile, wo die kommunistische Partei bei der Parlamentswahl 1945 10,2% der Stimmen bekam, gehörten der Regierung bis April 1947 drei kommunistische Minister an. Die Regierungsbeteiligungen halfen, den Einfluss der Arbeiterbewegung auszudehnen, den Kampf von unten mit dem Kampf von oben zu verbinden und demokratische Umgestaltungen in

verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu vollziehen. Diese Möglichkeit ergab sich aus der allgemeinen Situation und der neuen Kräftekonstellation zwischen Arbeit und Kapital.

IV.

Als sich die Niederlage des NS-Regimes und seiner Satelliten in Europa abzuzeichnen begann, also noch während des Zweiten Weltkriegs, wurde es klar, dass mit der Zerschlagung des Faschismus auch eine tiefe Krise des Kapitalismus in Europa eintreten musste, weil sich die Großbourgeoisie nicht nur in Deutschland, sondern auch in den meisten anderen Ländern des europäischen Festlandes auf das engste mit den faschistischen Regimen verbunden hatte. Ein beträchtlicher Teil der Bourgeoisie und ihrer Schachfiguren im Apparat der politischen Parteien und des Staates war durch die Kollaboration mit dem Faschismus diskreditiert. Die Schwächung der Positionen des Großkapitals schuf günstige Bedingungen für das Wachstum der Arbeiterbewegung und der allgemeindemokratischen Bewegung, was bekanntlich so weit ging, dass der antifaschistische und nationale Befreiungskampf in einer Reihe von Ländern Europas und Asiens in sozialistische Umwälzungen ausmünden konnte. Aber auch anderswo trat 1945 für eine gewisse Zeit eine Situation ein, die man als Einschränkung, ja sogar Verletzung der gewohnten Grundsätze kapitalistischen Tun und Handelns bezeichnen kann.

V.

In erster Linie haben die Verstaatlichungen der Jahre 1945/46 dazu gehört. In Italien kamen Betriebe, deren Besitzer



Kommunistische Garibaldi-Kämpfer im befreiten Genua, April 1945.

Deutsche oder Helfershelfer Mussolinis gewesen waren unter die Kontrolle des Staates. In Frankreich wurden Bergwerke, die Eisenbahn, die fünf größten Banken sowie die Kraft- und Gaswerke nationalisiert. Der staatliche Sektor erbrachte jetzt 20 % der Industrieproduktion des Landes, und in die Leitungsorgane vieler Betriebe gelangten Arbeitervertreter. In Großbritannien wurden die Bank of England, der Kohlebergbau, die Elektroenergiewirtschaft, die Gasindustrie, die Binnen- und Küstenschifffahrt sowie teilweise auch der städtische Nahverkehr, später auch die größten Eisenhüttenbetriebe durch die Labour-Regierung verstaatlicht. Ebenso war Österreich Schauplatz einer umfangreichen Verstaatlichung.

Selbstverständlich erfolgten diese Maßnahmen auf dem Boden des nach wie vor vorhandenen kapitalistischen Systems. Es handelte sich um eine bürgerliche Nationalisierung. Indes war auch diese ein wesentlicher Fortschritt. Sie erzeugte neue Widersprüche innerhalb der herrschende Klasse, trug zur Überwindung des Mythos von der Unersetzbarkeit privatkapitalistischer Wirtschaftsmethoden bei und eröffnete der Arbeiterbewegung Perspektiven für den Kampf um eine demokratische Kontrolle der Produktion.

VI.

Dazu kamen Erweiterungen bei der Arbeitsgesetzgebung und der in Tarifverträgen verankerten Rechte, eine Stärkung der Positionen der Betriebsräte, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, erhöhter Arbeiterschutz, Erweiterung und Verbesserung der Sozialversicherung und Sozialfürsorge, erhöhte Ausgaben für Bildungs- und Gesundheitswesen, progressive Besteuerungen,

teilweise Agrarreformen in Ländern wie Italien, Frankreich, Belgien, Großbritannien, Skandinavien, Österreich, usw.

Alle diese Umgestaltungen und Errungenschaften trugen allgemeindemokratischen Charakter und untergruben nicht die Grundlagen der kapitalistischen Ordnung, begünstigten aber den Kampf der Arbeiterklasse und wirkten sich positiv auf die weitere sozialökonomische Entwicklung aus. Sie zwangen das Großkapital, von brutalen Ausbeutungsmethoden abzugehen. Die Monopolbourgeoisie begriff, dass sie ihre Macht nur um den Preis sozialer und ökonomischer Zugeständnisse erhalten konnte und dass die Rolle des Staates sich nun wesentlich verstärkte. Denn ohne Hilfe des Staates und ohne dass wichtige Hebel der Wirtschaftsführung in dessen Hände übergingen, war es für die kapitalistischen Machteliten 1945 und noch eine geraume Zeit danach unmöglich, sozial zu manövrieren.

VII.

Zuletzt muss noch die gewaltig gestiegene Rolle der Gewerkschaftsbewegung erwähnt werden. Sie fand Ausdruck in der Gründung des Weltgewerkschaftsbundes im Oktober 1945 in Paris. Er trat 67 Millionen organisierte Werktätige und vereinte 90% aller gewerkschaftlich Organisierten der Welt. Der Weltgewerkschaftsbund vereinte Gewerkschaften aller Länder, sozialistischer, kapitalistischer, abhängiger und kolonialer. In ihm waren alle Richtungen vertreten: Kommunisten, Sozialdemokraten, Syndikalisten und Katholiken. Nur wenige blieben fern, z.B. die AFL der USA, die strikt antikommunistische eingestellt war, während die zweite große amerikanische Gewerkschaft, die CIO, ihr beitrug.

Ohne seine Haltung mit der Position bestimmter politischer Parteien zu verbinden, setzte sich der Weltgewerkschaftsbund für die Verteidigung der allgemeinsten und brennendsten ökonomischen wie politischen Interessen der arbeitenden Menschen ein. So trat er z.B. gegen die Interventionsversuche imperialistischer Mächte in Indonesien, Indochina, Malaya und Burma auf und forderte die Unabhängigkeit dieser Länder.

VIII.

Der Sieg über den Faschismus 1945 war der bedeutendste Sieg der internationalen Arbeiterbewegung seit der Oktoberrevolution 1917. Die Macht der Sowjetunion als nunmehrige Weltmacht und ihre Autorität setzten dem Imperialismus deutliche Grenzen und trugen entscheidend zur Neugestaltung der internationalen Beziehungen im Interesse der Völker bei. Der Sieg des Jahres 1945 wurde von den Menschen als historische Wende aufgefasst und bewirkte einen breiten demokratischen Aufschwung, der in diesem oder jenem Maße die ganze Welt des Kapitals erfasste. Zu den wichtigsten Triebkräften dieses Aufschwungs wurden der Drang zu einer besseren Zukunft und das Streben nach sozialer Gerechtigkeit. Seinem Wesen nach war der Sieg des Jahres 1945 ein Sieg der Kräfte des Sozialismus, der Demokratie und des Fortschritts über die Welt des Kapitals und die Kräfte des Imperialismus. Es kann auch heute und in Zukunft für das Lager der Linken in der Welt keine Perspektive geben ohne die Besinnung auf die progressiven Werte der Vergangenheit und ohne Beachtung der Erfahrungen des Jahres 1945.

Referat, gehalten auf dem Symposium der Alfred Klahr Gesellschaft und des Bildungsvereins der KPÖ Steiermark am 16. Mai 2015 in Graz.

Verwendete Literatur:

Geschichte des Zweiten Weltkrieges 1939–1945, Bd. 12: Die Ergebnisse und Lehren des Zweiten Weltkrieges. Moskau, Berlin 1982.
 Hella Kaeselit: Kommunistische Parteien in den Hauptländern des Kapitals. Zu ihrem Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus 1944/45–1969/70. Berlin 1982.
 Die internationale Arbeiterbewegung. Fragen der Geschichte und der Theorie, Bd. 6: Die Arbeiterbewegung der entwickelten kapitalistischen Länder nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1979). Moskau 1985.
 Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung in Daten. Berlin 1986.

Oberösterreich nach der Befreiung

PETER MÄRZ

Oberösterreich war nach dem Ende des Krieges im Mai 1945 ein in vielfacher Hinsicht gespaltenes Land. Die Alliierten befreiten es von der NS-Herrschaft, anschließend teilten sie es in eine US-amerikanische und eine sowjetische Zone. Oberösterreich wurde damit nicht nur befreit, sondern für die kommenden zehn Jahre auch besetzt. Die mit dem Staatsvertrag einhergehende „Befreiung“ von den Befreiern wurde für die nächsten Jahrzehnte zum sinnstiftenden Element, während der eigentlichen Befreiung kaum mehr Platz in der offiziellen Erinnerungskultur eingeräumt wurde.

Die NS-Diktatur und der von ihr entfesselte Krieg forderte eine Vielzahl an Menschenleben und hinterließ eine zerstörte Wirtschaft. Die nackten Zahlen vermögen das Grauen dieser Zeit nur anzudeuten: Mindestens 120.000 Personen kamen in der Haft, in Konzentrationslagern und NS-Euthanasieprogrammen um oder wurden ermordet, etwa 247.000 Soldaten aus Österreich waren tot, darunter 64.300 Soldaten aus Oberösterreich, rund 25.000 bis 30.000 Zivilistinnen und Zivilisten starben, 170.000 Soldaten trugen dauernde Invalidität davon. An die 500.000 Männer gerieten in Kriegsgefangenschaft, etwa 370.000 Witwen und Waisen mussten versorgt werden. Die Bombenangriffe der Alliierten galten vorwiegend der Rüstungsindustrie im Großraum Linz, Wels und Steyr sowie den Verkehrsadern und Verkehrsknotenpunkten, hier vor allem Attnang-Puchheim. Die unmittelbare Nachkriegszeit war daher gekennzeichnet von Not, Chaos und Hunger. Eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit gehörte in dieser Lage nicht zu den vordringlichen Aufgaben. Die Entnazifizierung kam nur schleppend in Gang und versandete zeitweise fast ganz. Gleichzeitig wurde ein Mantel des Schweigens über die NS-Zeit gebreitet. Die politische Situation des Kalten Krieges trug zur Rehabilitierung von NS-Funktionären bei, während die NS-Opfer kaum noch in der Öffentlichkeit präsent waren.

Oberösterreich war neben Wien das einzige Bundesland, das in verschiedene Besatzungszonen aufgeteilt wurde. Seit August 1945 stand das Mühlviertel unter sowjetischer Kontrolle, die Gebiete südlich der Donau wurden von den US-Amerikanern regiert. Das Passieren der

Zonengrenze war nur mehr mit viersprachigem Identitätsausweis und amtlichem Passierschein möglich. 1947 hoben die US-Amerikaner diese Kontrollen auf, erst 1953 folgten die Sowjets diesem Beispiel. Die Gefahr einer dauerhaften Abtrennung des Mühlviertels wurde durch die Ernennung Johann Blöchls zum „Staatsbeauftragten“ durch die Regierung Karl Renner und die Einrichtung der „Zivilverwaltung Mühlviertel“ abgewendet. Blöchl und Franz Blum erklärten sich bereit, über die Zonengrenze hinweg engen Kontakt zur Landesregierung zu halten, für die KPÖ arbeiteten Eugen Haill und Adolf Obermüller mit. Die Sowjets machten schließlich 1946 den Weiterbestand der „Zivilverwaltung“ zur Bedingung für ihre Anerkennung der Einheit des Bundeslandes Oberösterreich. Das ursprüngliche Provisorium blieb bis zum Ende der Besatzungszeit bestehen. Die Teilung des Landes führte zu einer ungleichen wirtschaftlichen Entwicklung, die noch lange Zeit spürbar war.

Aber abgesehen davon waren die Besatzungstruppen im Alltag bald kaum mehr bemerkbar. Regierung, Verwaltung und Exekutive wurden schon in den ersten Nachkriegsjahren wieder österreichisch. Die US-Truppen waren zunächst misstrauisch gegenüber einer Bevölkerung, die bis zuletzt Teil des „Dritten Reiches“ war. Die Besatzungspolitik schwankte zwischen Strenge und Wohlwollen, und es war für die Menschen nicht immer einfach, sich darauf einzustellen. Das strenge Kontaktverbot mit der lokalen Bevölkerung den Einheimischen war nicht lange durchzuhalten. Erlebnisse und Erzählungen von Flüchtlingen aus dem Osten vermischten sich mit Überresten der NS-Propaganda: Angst vor „den Russen“ war weit verbreitet. Den sowjetischen Soldaten und Offizieren war die negative Grundstimmung der Bevölkerung unverständlich. Wie kann man die Befreier vom nationalsozialistischen Unrechts-Regime als „Besatzer“ oder gar „Unterdrücker“ beleidigen?

Die jahrelange totale Rüstungswirtschaft hatte die Produktion ziviler und landwirtschaftlicher Güter beinahe zum Erliegen gebracht. Die Zustände waren chaotisch – Hunger, Wohnungsnot sowie der Mangel an Strom, Gas und Heizmaterial bereiteten die größten Sorgen. Die Kommunikationsstränge waren wei-

tenteils unterbrochen. Kontakte zwischen Freunden und Verwandten und Erkundigungen nach Verschollenen und Vermissten waren oft unmöglich.

Am auffälligsten waren die Schäden an Gebäuden und Verkehrseinrichtungen. In Linz etwa waren durch die 22 schweren Bombenangriffe seit Juli 1944 rund 14.000 Wohnungen zerbombt oder stark beschädigt – insgesamt ein Drittel des Linzer Häuserbestandes. Der Wiederaufbau konzentrierte sich vorerst auf die Wiederherstellung lebensnotwendiger Einrichtungen. Die Wirtschaft war nahezu vollkommen zusammengebrochen, ein rascher Wiederaufbau war zwar das Ziel, wurde jedoch durch den Mangel an Kohle, Rohstoffen und Ersatzteilen gehemmt. Die Lebensmittelversorgung brach bei Kriegsende zusammen. Die ersten Wochenzuteilungen in Linz betrug zwischen 535 und 670 Kalorien pro Tag für „Normalverbraucher“. Für die Zuteilungsperiode vom 28. Mai bis 24. Juni 1945 waren als Wochenration pro Kopf vorgesehen: 200g Fleisch, 500g Brot, 100g Fett, 125g Zucker, 75g Trockenerbsen, 25g Kaffeemittel und ein Ei. Nur langsam stiegen die Rationen auf 1.200 bis 1.500 Kalorien pro Tag. Aufgrund der Überbevölkerung und des mangelnden Nahrungsangebotes wurde die Lebensmittelrationierung noch bis Mitte der 1950er Jahre fortgeführt. Den Schutt nicht wegzuräumen, sondern zu nutzen, darin bestand die Strategie des alltäglichen Überlebens. Mit Fallschirmseide, Reifengarnen, Wehrmachtsdecken, Gasmasken oder Stahlhelmen war man in der Lage, so manches anzufangen: Hochzeitskleider und Wintermäntel nähen, Unterhosen stricken, Sieblöffel und Mörtelschöpfer herstellen, Kochtöpfe anfertigen.

Hamsterfahrten, Schmuggeltouren, Schwarz- und Schleichhandelsgeschäfte halfen über Engpässe hinweg, konnten aber auch reich machen. Die arbeitsteilige Geldwirtschaft war vorübergehend funktionsunfähig geworden: Organisieren, Sammeln und Tauschen bedeuteten das kurzfristige Wiederaufleben archaischer Formen wirtschaftlicher Beziehungen.

Entnazifizierung und Restitution

Mit dem Ende des Krieges stellte sich die Frage des Umgangs mit Tätern und „Mitläufern“ des NS-Regimes. Mit dem



Fahne der oberösterreichischen Landesgruppe des „Verbands antifaschistischer Freiheitskämpfer“.

NSDAP-Verbotsgesetz im Mai 1945, dem Kriegsverbrechergesetz im Juni 1945 und dem Nationalsozialistengesetz 1947 legte man die juristischen Grundlagen. In dieser ersten Phase der Entnazifizierung wurden über eine halbe Million Personen in Österreich als NationalsozialistInnen erfasst, über 170.000 aus ihren Funktionen entlassen, über 130.000 Fälle gerichtlich verfolgt und verhandelt, 43 Todesurteile wurden ausgesprochen. Zwischen Herbst 1945 und Jänner 1948 internierte die US-Besatzungsmacht tausende NSDAP-Mitglieder, Funktionäre des NS-Regimes, Beamte, Angehörige der Wehrmacht und der SS im „Camp Marcus W. Orr“, besser bekannt als „Lager Glasenbach“ im Süden der Stadt Salzburg. Prominente Insassen waren z.B. Franz Langoth, Albert Kesselring, Lothar Rendulic, Walter Reder, Franz Stangl und Anton Burger. Das Lager beherbergte zwischen 6.000 und 8.000 Inhaftierte, darunter rund 500 Frauen. Bis zur Auflösung durchliefen rund 30.000 Personen das Lager.

Die Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit trat aber rasch hinter die materiellen Sorgen der Nachkriegszeit und hinter parteipolitische Interessen zurück. Zahlreiche ehemalige NS-Funktionäre konnten ihre Karrieren, nicht zuletzt dank weiterhin bestehender Seilschaften, fortsetzen. Einer, der sich gegen diese Art des Umgangs stemmte, war Simon Wiesenthal, geboren am 31. Dezember 1908 in Butschatsch, Galizien, heute Ukraine, gestorben am 20. September 2005 in Wien. Unmittelbar nach der Befreiung nahm er die Suche nach NS-Tätern auf und lieferte sie an die Gerichtsbarkeit aus. Er begann in

Linzer. Nach der Trennung vom CIC gründete Wiesenthal 1947 sein eigenes Büro zur Ausforschung von NS-Verbrechern: die Jüdische Historische Dokumentation in Linz, die bis 1961 bestand. Im Laufe der Jahre wurde die Tätigkeit Wiesenthals jedoch zunehmend schwieriger, da das Interesse an der Verfolgung von NS-Tätern deutlich nachließ.

Von 1939 bis 1944 plünderten NS-Organisationen wie der „Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg“, der „Sonderauftrag Linz“ oder die SS „Forschungsgemeinschaft Deutsches Ahnenerbe“ Schlösser, Bibliotheken, Museen und Privatsammlungen in ganz Europa. Ab 1943 befanden sich wesentliche Teile der „Beutekunst“ im Salzbergwerk Altaussee. Sie wurden ab 1945 von den Alliierten zu der zentralen Sammelstelle (Central Collecting Point) in München gebracht. Das Oberösterreichische Landesmuseum fand in seinem Bestand 17 Gemälde mit dem Vermerk „1945 vom Collecting Point München übernommen“. Forschungen ergaben, dass die Gemälde von NS-Reichsstellen zumeist im Kontext des „Sonderauftrag Linz“ für das geplante Linzer „Führermuseum“ erworben, 1945 von amerikanischen Spezialeinheiten übernommen und seit 1948 in Linz gelagert wurden. 1951 kamen sie zur Aufbewahrung in das Oberösterreichische Landesmuseum. Ein Bild aus diesem Bestand wurde an die rechtmäßige Besitzerin restituiert, bei zwei Bildern konnte ein „Raubkunstverdacht“ ausgeschlossen werden. Für die restlichen 14 Bilder blieben Zweifel über die Herkunft. In der NS-Zeit wurden zudem große Vermögenswerte entzogen oder scheinbar legal übertragen. Nach Ende

des Zweiten Weltkriegs lehnte Österreich zunächst jede Verantwortung für die Verbrechen des NS-Regimes ab und betrachtete sich unter Berufung auf die Moskauer Deklaration von 1943 als erstes Opfer Nazi-Deutschlands. Bis 1949 beschloss das Parlament sieben Rückstellungsgesetze: Die Frist zur Antragstellung war allerdings kurz, die Beweislast lag bei den Geschädigten und diese wurden, häufig im Ausland wohnend, nicht individuell kontaktiert.

ÖVP und SPÖ instrumentalisierten in der Nachkriegszeit den in der Gesellschaft latenten Antisemitismus mit dem Ziel, möglichst wenig der „arisieren“ Vermögenswerte an die jüdischen EigentümerInnen zurückgeben zu müssen. Innenminister Oskar Helmer (SPÖ) führte 1948 auf die Frage, wann entzogenes jüdisches Eigentum zurückzuerstatten oder zu entschädigen sei, aus: „Ich wäre dafür, dass man die Sache in die Länge zieht. [...] Die Juden werden das selbst verstehen, da sie im Klaren darüber sind, dass viele gegen sie Stellung nehmen.“ Erst 1995 gestand die Republik Österreich allen Opfern des Nationalsozialismus auf freiwilliger Basis Entschädigungen zu, allerdings gibt es bis heute keinen Rechtsanspruch darauf.

ÖVP und SPÖ instrumentalisierten in der Nachkriegszeit den in der Gesellschaft latenten Antisemitismus mit dem Ziel, möglichst wenig der „arisieren“ Vermögenswerte an die jüdischen EigentümerInnen zurückgeben zu müssen. Innenminister Oskar Helmer (SPÖ) führte 1948 auf die Frage, wann entzogenes jüdisches Eigentum zurückzuerstatten oder zu entschädigen sei, aus: „Ich wäre dafür, dass man die Sache in die Länge zieht. [...] Die Juden werden das selbst verstehen, da sie im Klaren darüber sind, dass viele gegen sie Stellung nehmen.“ Erst 1995 gestand die Republik Österreich allen Opfern des Nationalsozialismus auf freiwilliger Basis Entschädigungen zu, allerdings gibt es bis heute keinen Rechtsanspruch darauf.

Flüchtlinge und Heimatvertriebene

Im Juni 1946 befanden sich rund 153.000 Vertriebene, Umsiedler und Flüchtlinge in Oberösterreich, darunter 40.300 Sudetendeutsche und Karpatendeutsche, 46.500 Donauschwaben aus der Bačka und dem Banat, 29.800 Siebenbürger Sachsen, Buchenland- und Bessarabiendeutsche sowie 6.000 Bulgarien-, Balten-, Schwarzmeer-, Wolga- und Wolhyniendeutsche. Der Großteil von ihnen wollte dauerhaft im Land bleiben. Als Angehörige eines ehemaligen Feindstaates der Alliierten erhielten sie von internationalen Flüchtlingsorganisationen anfangs keine Hilfsleistungen. Die Verwaltung und Betreuung oblag ab Oktober 1945 dem „Amt für Umsiedlung“, das der Landesregierung unterstellt war. Anfangs herrschte vor allem in der Bundespolitik eine zögerliche bis offen ablehnende Haltung gegenüber den Heimatvertriebenen – es gab kaum Staatsbürgerschaftsverleihungen, zum Teil keine Arbeitserlaubnis, ihre Sportvereine blieben aus den oberösterreichischen Ligen ausgeschlossen. Erst mit dem beginnenden Kalten Krieg und dem Wissen, dass die Vertriebenen vielfach gut ausgebildete Arbeitskräfte waren, änderte sich

diese Haltung. Die Siedlungen für Heimatvertriebene und Flüchtlinge standen unter Verwaltung der Landesregierung. Bis zu 65.000 Personen waren auf 54 „Amtssiedlungen“ in ganz Oberösterreich verteilt. Die Belagszahl nahm rasch ab, aber noch 1955 bestanden in den Siedlungen Kindergärten, Schulen, Altersheime, Gemeinschaftsküchen, Krankenordinationen, Werkstätten, rund 200 Geschäfts- und Gewerbebetriebe sowie zahlreiche Sport- und Aufenthaltsräume. Einige Barackenlager existierten bis 1965.

Vor allem in den ersten Nachkriegsjahren waren die Menschen in diesen Siedlungen auf die Spenden in- und ausländischer Hilfsorganisationen angewiesen. Zwischen Mai 1945 und Dezember 1949 wurden über 100.000 Kleidungsstücke, große Mengen an Lebensmitteln, 3.000 Wolldecken, 400 Matratzen, 5.000 Meter Stoff, 800 Kilogramm Wolle, 3.000 Kilogramm Seife, über eine Million Zigaretten und 500 Kilogramm Tabak gesammelt. Die behördliche Zuständigkeit für einzelne Lager wechselte häufig. So war das Lager Nr. 65 in Niedernhart zunächst ein von der IRO (*International Refugee Organization*) verwaltetes Krankenhaus, ehe es zu einer Siedlung für Heimatvertriebene und Flüchtlinge wurde. Zudem wohnten in manchen Lagern sowohl Personen, die vom Amt für Umsiedlung betreut wurden, als auch Personen, für die die IRO zuständig war.

Die Integration der neu zugewanderten Bevölkerungsgruppen in die oberösterreichische Gesellschaft verlief nicht reibungslos. Sie war eine große Herausforderung für beide Seiten. Die einzelnen Gruppierungen bildeten eigene Kultur- und Sportvereine sowie „Landsmannschaften“ und sie gründeten eine gemeinsame Dachorganisation: den *Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs* (VLÖ), dessen Gründungsversammlung am 11. September 1954 in Linz stattfand. Am schnellsten gelang der Neuanfang in wirtschaftlicher Hinsicht. Bekanntestes Beispiel dafür ist die glas- und metallverarbeitende Schmuckindustrie. Bereits seit der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts war Gablonz (Jablonec nad Nisou) ein Zentrum der Bijouterie-Manufakturen. Die dort hergestellten Glaswaren erfreuten sich weltweit großer Beliebtheit. Die aus der Tschechoslowakei vertriebene sudetendeutsche Bevölkerung baute diese Schmuckerzeugung unter anderem in Linz, Losensteinleiten bei Steyr, Kremsmünster und Enns wieder auf. 1951 gab es 150 Betriebe mit 1.900 Beschäftigten, die ausschließlich für die

Gablonzer Industrie arbeiteten und stark exportorientiert waren.

Entschädigung ohne „Wiedergutmachung“

Viele Tausend Oberösterreicher wurden zu Opfern des NS-Regimes. Die Überlebenden der Verfolgung mussten zum Teil jahrzehntelang auf Entschädigung warten. Mit dem Opferfürsorgegesetz unternahm Österreich den halbherzigen Versuch einer „Wiedergutmachung“. Die Ereignisse wurden kaum artikuliert, im öffentlichen Bewusstsein verdrängt, viele der Betroffenen zogen es vor, zu schweigen. Unmittelbar nach Kriegsende bildeten sich jedoch erste NS-Opferverbände, die für eine rasche Entschädigung kämpften, sich für die Erhaltung ehemaliger Konzentrationslager als Gedenkstätten einsetzten und die Errichtung von Mahnmalen einforderten. Das Opferfürsorgegesetz vom 4. Juli 1947 regelte die Gewährung finanzieller Entschädigung für Opfer des Nationalsozialismus. Innerhalb der vom Gesetz anerkannten Opfergruppen stellten jene, die aufgrund ihrer Abstammung verfolgt wurden, die weitaus größte Gruppe dar, gefolgt von den politischen Gegnern des NS-Regimes. Für Antragsteller bedeuteten die bürokratischen Hürden oftmals unüberwindliche Hindernisse. Opfergruppen wie Sinti und Roma, Zeugen Jehovas, Deserteure, Angehörige von NS-Euthanasie-Opfern, Homosexuelle und so genannte „Asoziale“ blieben lange Zeit von Entschädigungen ausgeschlossen. In Oberösterreich stellten rund 3.700 Personen bei der Opferfürsorgebehörde einen Antrag auf eine Amtsbescheinigung, einen Opferausweis oder auf Haftentschädigung. Rund 2.200 Personen (60 Prozent) erhielten einen positiven Bescheid, aber nur 1.200 von ihnen bekamen eine Amtsbescheinigung, mit der zahlreiche Vergünstigungen verbunden waren. Für einen Antrag mussten wichtige Dokumente, etwa Haftbestätigungen, selbst oder mit Hilfe der NS-Opferverbände gesucht werden. Vor allem in den ersten Jahren nach dem Krieg war dies nicht einfach. Im Widerstand aktive Personen oder Menschen, die wegen ihrer Herkunft verfolgt wurden, erhielten die begehrte Amtsbescheinigung am häufigsten. Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft waren in den meisten Fällen von der Opferfürsorge ausgeschlossen.

Unmittelbar nach der Befreiung bemühten sich lokale und regionale Initiativen, die Opfer des NS-Regimes zu

organisieren. Der *Bundesverband ehemals politisch Verfolgter*, kurz KZ-Verband, stellte den größten solchen Zusammenschluss dar. In dessen Vorstand saßen Mitglieder der SPÖ, der ÖVP und der KPÖ. Die Fixierung auf die „politischen“ Opfer führte immer wieder zu Konflikten, in erster Linie mit den jüdischen Überlebenden, die sich nicht entsprechend vertreten fühlten. Der oberösterreichische Landesverband forderte Entschädigungen und Hilfeleistungen, tritt für eine umfassende Entnazifizierung ein und etablierte eine erste Erinnerungskultur. Der Kalte Krieg verhärtete rasch die Fronten zwischen den Parteien. Im März 1948 wurde der gemeinsame Verband aufgelöst und die Parteien gründeten eigene bzw. offiziell von ihnen unabhängige Verbände. Diese Nachfolgeverbände arbeiteten erst seit 1968 wieder enger zusammen. Neben den offiziellen Entschädigungszahlungen und Vergünstigungen durch das Opferfürsorgegesetz boten die NS-Opferverbände zahlreiche Hilfeleistungen an. Außerdem traten sie hartnäckig für den Beschluss eines Wiedergutmachungsgesetzes ein. Zu ihren Aufgaben gehörten die Mithilfe beim Erlangen von Trafiken und Kinolizenzen, die Unterstützung von Hinterbliebenen und von Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft, die Verteilung von Rot-Kreuz-Paketen und die Hilfe bei der Arbeits- und Wohnungssuche. Sie organisierten Weihnachtsgewandungen, Bekleidung, Möbel, Holz und Kohle. Außerdem beteiligten sie sich an der Suche nach NS-Tätern und traten immer wieder für eine raschere Rückstellung arisierter Vermögenswerte ein.

Die Etablierung einer Erinnerungskultur, die dem Vergessen entgegenwirkt und die Dimension der NS-Verbrechen bewusst macht, fiel der österreichischen Nachkriegsgesellschaft schwer. So war es keineswegs selbstverständlich, dass das Konzentrationslager Mauthausen und seine zahlreichen Nebenlager oder die Tötungsanstalt Hartheim in Gedenkstätten umgewandelt wurden. Nicht selten agierten Initiativen zur Errichtung von Denkmälern und Gedenkstätten mit sehr bescheidenen materiellen Ressourcen und stießen schnell an die Grenzen des politischen Willens.

Sofort nach der Eingliederung ins Deutsche Reich setzten in Österreich die Repressionen gegen Sinti und Roma ein. Kinder durften nicht mehr in die Schule gehen, Erwachsene erhielten Berufsverbote. In „Zigeunerlagern“ inhaftiert, wurden sie schließlich in Konzentrati-

onslager deportiert. Dort kamen rund 90 Prozent der oberösterreichischen Sinti und Roma ums Leben. Für die Überlebenden führte die Stigmatisierung als „asozial“ nach Kriegsende zu erheblichen Problemen, vor allem beim Versuch, als Opfer anerkannt zu werden. In Oberösterreich ließen sich 51 Menschen als „Zigeuner“ registrieren, von ihnen erhielten lediglich 28 einen Opferausweis oder eine Amtsbescheinigung. Die Ablehnung wurde oft mit der Behauptung begründet, es habe sich nicht um eine rassische Verfolgung gehandelt, sondern um eine Inhaftierung wegen „asozialen und arbeitsscheuen Verhaltens“. Zudem wurden die Haftzeiten in den so genannten „Zigeunerlagern“ häufig schlichtweg nicht anerkannt. Begründet wurde dies meist damit, dass es sich bei den Lagern Lackenbach, Weyer oder Ibm-Weidmoos nicht um Gefängnisse oder Konzentrationslager gehandelt habe.

Der überwiegende Teil der rund 27.000 jüdischen Displaced Persons (DPs), die nach Kriegsende in Oberösterreich lebten, wollte das Land so rasch wie möglich verlassen. Die zunächst acht Lager für jüdische DPs am Linzer Bindermichl, in Bad Ischl, Braunau (Ranshofen), Ebelsberg („Davidstern“), Wegscheid („Maurice Tyler“), Enns, Steyr und Wels standen unter Verwaltung der Militärregierung, später der UNRRA (*United Nations Relief and Rehabilitation Administration*), dann der IRO (*International Refugee Organization*). Ab September 1947 sank die Belagszahl durch Auswanderung in die USA und nach Kanada, vor allem aber ab Mai 1948 durch Emigration in den neu gegründeten Staat Israel. Versorgt wurden die jüdischen DPs durch die Lagerverwaltung und das American Joint Distribution Committee“. So erhielt die Lagerbelegschaft durchwegs hochwertige Nahrungsmittel wie Schokolade, Kakao, Reis, Südfrüchte und Genussmittel. In den Lagern gab es eigene Werkstätten mit Ausbildungsplätzen. Die Wohnverhältnisse waren äußerst beengt, meistens wohnte eine Familie in einem einzigen Zimmer. Die Lager in Ranshofen und Bad Ischl wurden im September 1947 aufgelassen, die dort Untergebrachten kamen ins Lager Davidstern in Ebelsberg, bis dieses im Oktober 1950 aufgelöst wurde. Übrig blieben die Lager in Wels, Steyr und Asten; Ende 1954 existiert nur noch das Lager Asten.

Knapp ein halbes Jahr nach der Befreiung vom nationalsozialistischen Terrorregime demonstrierten ein paar hundert jüdische Displaced Persons der US-

Amerikanischen Zone in Linz. Auf Fotos, die nur im Archiv von Yad Vashem öffentlich zugänglich sind, tragen einige Protestierende mangels Kleidung die gestreifte Kluft der Konzentrationslager oder Reste von SS Uniformen. Mit Parolen wie „Nazis live in comfortable houses, their victims live in dirty barracks“ und „After 6 years in Concentration camp in Concentration camp again“ forderten Überlebende der Konzentrationslager ein Leben, wie „normale Menschen“ für sich ein. Ihr Protest hatte Erfolg, schon vier Tage nach der Demonstration kündigte General Clark an, dass „Juden“ in die Bindermichl-Siedlung einziehen werden, weil sie als „meistverfolgte Gruppe Anspruch auf bessere Behandlung hätten. Insgesamt 2.000 polnische, ungarische und rumänische Nazi-Opfer übersiedelten so in 369 der modernsten Wohnungen, die Linz anzubieten hatte – das DP-Lager Bindermichl entstand. Es gilt als Vorzeigelager, die Versorgung mit Lebensmitteln und Kleidung War gut. Mit Hakoah Linz hatte das Lager sogar einen eigenen Fußballverein. Doch immer wieder gab es Zusammenstöße mit der Bevölkerung. So kam es im April 1947 vor einer Bushaltestelle zu einer Schlägerei, einer der Tatverdächtigen rief dabei antisemitische Parolen. Ein Bericht an Landeshauptmann Gleißner prangerte die Untätigkeit der Polizei und der Behörden bei judenfeindlichen Ausschreitungen an.

Die KPÖ 1945 bis 1955

Im Unterschied zur sowjetisch besetzten Zone waren in Oberösterreich südlich der Donau sowohl politische Parteien und auch Gewerkschaften zunächst verboten und daher weiterhin illegal, wenngleich geduldet. Bereits unmittelbar nach Kriegsende bemühten sich zahlreiche Personen darum, kommunistische Strukturen in Oberösterreich wieder aufzubauen. Am 14. Mai 1945 fand in einem Gasthaus in der Linzer Lessingstraße eine Sitzung unter dem Vorsitz von Josef Mitter statt, bei der man übereinkam, sich an der provisorischen Stadtverwaltung aktiv zu beteiligen und die unangenehmen Referate Ernährung (Otto Brunn) und Wohnungswesen (Franz Rammerstorfer) zu übernehmen. In der Stadtverwaltung Urfahr arbeiten für die KPÖ zunächst Josef Ebelseder als Vizebürgermeister und Josef Hammer als Stadtrat. Auf Landesebene wurde bereits im Mai 1945 Franz Haider mit der Funktion des Landesobmannes betraut, nachdem Sepp Teufl noch in den letzten

Kriegstagen im KZ Mauthausen ermordet worden war. Von Ende Oktober bis Mitte Dezember 1945 war Haider auch Landeshauptmannstellvertreter in der provisorischen Landesregierung. Erst mit dem „Allgemeinen Befehl Nr. 3“ der Militärregierung vom 19. September 1945 wurden in Oberösterreich die politischen Parteien zugelassen und am 8./9. Oktober nahm die Parteipresse (*Tagblatt* der SPÖ, *Volksblatt* der ÖVP“, *Neue Zeit* der KPÖ) ihr Erscheinen auf. Die *Neue Zeit* ersetzte mit einer Auflage von 18.000 Stück die bis dahin verlegte *Österreichischen Nachrichten*, sie erschien auf Grund des allgemeinen Ressourcenmangels nur jeden zweiten Tag.

Der erste Wahlkampf stand im Zeichen des Misstrauens der ehemaligen Gegner. Die Sozialisten warnten vor einer Wiederkehr jener Kräfte, die 1934 die demokratischen Parteien abgeschafft hatten; besonders Landeshauptmann Gleißner stand im Zentrum der Angriffe. Die Volkspartei setzte auf den „Landeshauptmann-Bonus“ und präsentierte sich als Partei der Mitte. Über 100.000 ehemalige Nationalsozialisten waren per Gesetz von der Wahl ausgeschlossen. Als große Unbekannte galt die KPÖ.

Am 25. November 1945 lautete das Ergebnis der Landtagswahl: ÖVP 59,1%, SPÖ 38,3%, KPÖ 2,6% – dies reichte auf Grund der undemokratischen Wahlordnung nicht für einen Einzug in den Landtag. Das Ergebnis wurde auf die Gemeinderatsebene umgelegt, demnach war die KPÖ mit ihren 12.418 Stimmen mit offiziell insgesamt 49 Mandaten vertreten. Auf Grund von Parteienvereinbarungen konnte die KPÖ aber insgesamt 32 Mandate in 23 Gemeinden in Oberösterreich-Süd (US-Besatzungszone) sowie 52 Mandate in 51 Gemeinden in Oberösterreich-Nord (sowjetische Besatzungszone) besetzen. Dieses Ergebnis war für die KPÖ eine herbe Enttäuschung – die Wahlen fanden einerseits zu früh statt, um im Vorfeld eine echte Konsolidierung als Partei erlangen zu können, andererseits waren überall noch die Spuren des Krieges sichtbar. Zudem griff erneut der in der Bevölkerung stark verankerte und von den gegnerischen Parteien forcierte Antikommunismus. Die KPÖ wurde fortan als „Russenpartei“ diffamiert, fortschrittliche Veränderungen waren immer schwieriger umzusetzen. Die eigentlich erhofften rund 20% wurden klar verfehlt, dennoch gelangen in einzelnen Hochburgen beachtliche Erfolge. So erhielt die KPÖ in Bad Goisern 14,5%, in Steyr 11,6%, in Ebensee 10,2% und in



Im April 2015 stellten das Oberösterreichische Landesmuseum und das Stadtmuseum NORDICO auf der Linzer Nibelungenbrücke zwei Tafeln auf, die an die Teilung der Stadt vor 70 Jahren erinnern sollen. Sie ähneln den originalen Tafeln und symbolisieren die US-amerikanische und die sowjetische Zonengrenze.

Wolfsegg 10,2% der Stimmen. Organisatorisch kam es in der KPÖ Oberösterreich zu einem beachtlichen Aufschwung, die Mitgliederzahlen stiegen von lediglich rund 500 im Mai 1945 auf über 6.000 im Jänner 1946. Auf dem 1. (13.) Landesparteitag (Februar 1946) wurde Franz Haider zum 1. Obmann gewählt, August Moser und Oktavian Baumgartner zu seinen Stellvertretern und Sepp Bloderer zum Landespartei sekretär.

SPÖ, ÖVP und KPÖ gründeten auch die Arbeiterkammer wieder. Am 27. November 1945 beschloss die provisorische Vollversammlung die Aufteilung der Mandate. Die SPÖ erhielt 68, die ÖVP 24 und die KPÖ 16 Mandate. Die erste Sitzung fand am 1. Dezember 1945 statt. Am 12. Mai 1946 fand die erste Landeskongress des ÖGB statt, auch hier arbeiteten die Vertreter der KPÖ intensiv und maßgeblich mit. Die bis Ende 1947 stattfindenden Betriebsratswahlen von knapp 4.000 Mandaten brachten für die KPÖ 154 Mandate, vorwiegend in den Großbetrieben der Schwerindustrie.

Der Oktoberstreik 1950

Ausgangspunkt für den so genannten Oktoberstreik war die soziale Unzufriedenheit besonders in der Arbeiterschaft, die sich am 4. Lohn- und Preisabkommen (LPA) und den damit verbundenen Belastungen entzündete. Die Landesleitungssitzung der KPÖ Oberösterreich vom 3. September 1950 beschloss, landesweit Aktionen gegen diese neue Belastungswelle zu durchzuführen. Die SPÖ hingegen verteidigte das LPA und versprach eine Abgeltung der Verluste in der Zukunft. Diese Beschwichtigungspolitik reichte nicht aus, die Streikbereitschaft stieg. Die Bekanntgabe, dass es am 22. September zu einer Einigung über ein neues Sparpaket gekommen sei,

führte am 25. September zu einem ersten Warnstreik in der VOEST und in den Steyr-Werken. Am 26. Oktober forderten rund 20.000 DemonstrantInnen auf dem Linzer Hauptplatz ein Ende des Preistreiberpakts, insgesamt streikten an diesem Tag rund 60.000 ArbeiterInnen aus 120 oberösterreichischen Betrieben.

Auf Bundesebene rief die KPÖ dazu, den Streik zu unterbrechen, um in einer österreichweiten Betriebsrätekonferenz einen Forderungskatalog zu erstellen. Nur bei Nichterfüllung der Forderungen sollte für den 4. Oktober zum Generalstreik aufgerufen werden. Diese Unterbrechung gab Regierung und ÖGB-Führung genügend Zeit, Gegenmaßnahmen zu ergreifen und Druck auf allen Ebenen auszuüben. Die Massenmedien sprachen bereits zu diesem Zeitpunkt von einem kommunistischen Putschversuch und diskreditierten damit alle Versuche, das LPA zu Fall zu bringen. Die bewusste Unterbrechung des Streiks führte zu einem Abbröckeln der Bewegung, darüber hinaus gingen die vom späteren Innenminister Olah aufgestellten Einsatzkommandos mit Gewalt gegen die Streikenden vor. Die Steyr-Werke werden von der Gendarmerie besetzt – der Streik brach rasch zusammen und wurde von der Betriebsrätekonferenz am 5. Oktober offiziell beendet. Rund ein-tausend Entlassungen waren die Folge, darunter je 350 in der VOEST und in den Steyr-Werken, 90 im Aluminiumwerk Ranshofen – viele der entlassenen Arbeiter fanden in den sowjetischen USIA-Betrieben wieder Beschäftigung.

Literatur:

Carrington, Michael (Hg.): Linz-Zeitgeschichte: Koks und Cola. Linz in den 50er-Jahren. Linz 2014.
Dohle, Oskar/Eigelsberger, Peter: Camp Mar-cus W. Orr. „Glasenbach“ als Internierungslager

nach 1945. Linz 2011.

Fellner, Fritz: Alltag und Leben im Mühlviertel 1945 bis 1955. Grünbach 2005.

Freund, Florian: Oberösterreich und die „Zigeuner“. Linz 2010.

Giefer, Rena/Giefer, Thomas: Die Rattenlinie. Fluchtwege der Nazis. Frankfurt/M. 1991.

Hack, Christoph Eric: Nationalsozialistische Kontinuitäten in Linz/Donau 1945–1950. Diplomarbeit Innsbruck 2010.

Hindinger, Gabriele: Das Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse in Oberösterreich im Jahre 1945. Wien 1968.

Kepplinger, Brigitte: Tötungsanstalt Hartheim. Linz 2008.

Kirchmayr, Birgit/Buchmayr, Friedrich/John, Michael: Geraubte Kunst in Oberdonau. Linz 2007.

KPÖ OÖ (Hg.): Heiße Tage im Herbst, Zur Geschichte des Oktoberstreiks 1950 in Oberösterreich. Linz 2000.

Kriegsende und Neubeginn in Oberösterreich. Dokumente des Oö. Landesarchivs 1944–1947. Linz 1985.

Leimlehner, Erich: Das Kriegsende und die Folgen der sowjetischen Besetzung im Mühlviertel 1945 bis 1955. Zürich 1974.

Loidl, Simon/März, Peter: ...Garanten gegen den Faschismus. Der Landesverband ehemals politisch Verfolgter in Oberösterreich. Linz 2010.

Marckhgott, Gerhart/Haider, Sigfried: Oberösterreichische Gedenkstätten für KZ-Opfer. Linz 2001.

Martl, Gitta/Martl, Nicole/Winter, Rosa: Uns hat es nicht geben sollen: Drei Generationen Sinti-Frauen erzählen. Grünbach 2004.

Mayrhofer, Fritz (Hg.): Entnazifizierung und Wiederaufbau in Linz (Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 1995). Linz 1996.

Merl, Edmund: Besatzungszeit im Mühlviertel. Linz 1980.

Schicho, Josef: Heimat: verloren – gefunden. Aus Kaplitz vertrieben, in der Fremde neu begonnen. Grünbach 2014.

Schuster, Walter: Deutschnational, nationalsozialistisch, entnazifiziert. Franz Langoth – eine NS-Laufbahn. Linz 1999.

70 Jahre nach dem Massaker im Zuchthaus Stein: Die Stadt Krems stellt sich ihrer Geschichte

WINFRIED R. GARSCHA

Am 12. April 2015 gedachte die Stadt Krems an der Donau der Opfer des NS-Terrors im April 1945. Im Rahmen einer Zeremonie auf dem Friedhof Stein an der Donau enthüllten der polnische Botschafter und der Bürgermeister ein Denkmal für die polnischen Opfer der Massenhinrichtung im Zuchthaus Stein am 15. April 1945. Weitere Stationen des Gedenkens waren das Denkmal für die griechischen Opfer, wo Robert Streibel aus seinem neuen Roman „April in Stein“ las, und die Benennung einer von der Justizanstalt weg führenden Verbindungsgasse nach dem griechischen Überlebenden Gerasimos Garnelis. Nach einer Kranzniederlegung vor den Gedenksteinen für die ermordeten Häftlinge und die hingerichteten Justizwachebeamten zeigten Piotr Szalsza und Sofia Beklen ihren den Hingerichteten des 15. April 1945 gewidmeten Film „Die Helden von Stein“, der am Jahrestag selbst auch im Wiener Straflandesgericht aufgeführt und am 9. Mai in ORF III gesendet wurde.

Das Massaker vom 6. April 1945

Am 6. April 1945 reagierten nationalsozialistische Fanatiker unter der Beamtenschaft des Zuchthaus Stein an der Donau gemeinsam mit der NSDAP-Gau-

leitung Niederdonau und dem Kremser „Volkssturm“ auf den Versuch des Zuchthausdirektors Franz Kodré, die Häftlinge frei zu lassen, mit einem Massaker, dem mehr als dreihundert Häftlinge zum Opfer fielen. Die Mörder stellten ein „Standgericht“ zusammen, das Kodré selbst sowie vier Justizwachebeamte, die die Freilassung unterstützt hatten, hingerichtete. SS und „Volkssturm“ veranstalteten am 6. und 7. April im Stadtgebiet von Krems und den Orten der Umgebung eine „Hasenjagd“ und ermordeten zahlreiche bereits in die Freiheit entlassene Häftlinge; 61 von ihnen wurden am 7. April in Hadersdorf am Kamp an der Friedhofsmauer erschossen, nachdem ihnen am Tag davor Hadersdorfer Nationalsozialisten den Weg verstellt hatten. Die meisten Toten wurden in drei Massengräbern innerhalb des Zuchthaus verscharrt. Die Toten waren sowohl „politische“ als auch „kriminelle“ Häftlinge, unter den ermordeten ausländischen Gefangenen befanden sich besonders viele Tschechen und Griechen. Die Überlebenden wurden donauaufwärts in Richtung Bayern verschifft.

Die Massenhinrichtung vom 15. April 1945

Im fast leeren Zuchthaus fand neun Tage nach dem Massaker eine Massenerschießung statt: In Wien war keiner der bei Bedarf tätigen Scharfrichter (aus Graz, Prag oder München) verfügbar – offenbar hielt sich ihre Bereitschaft in Grenzen, angesichts der bevorstehenden Einnahme der Stadt durch die Rote Armee, nach Wien zu kommen, um die letzten zum Tode Verurteilten, die noch nicht geköpft waren, hinzurichten. Der Wiener Generalstaatsanwalt, Johann Karl Stich, veranlasste eine Hinrichtung im Zuchthaus Stein. Am 5. April traten 46 Verurteilte und mehrere Begleitpersonen den Fußmarsch nach Stein an, wo 44 von ihnen am 9. April ankamen – zwei hatten unterwegs flüchten können. Angesichts der Massengräber des vorangegangenen Massakers war die Wartezeit bis zur Hinrichtung wohl eine zusätzliche Tortur. Am 15. April wurden alle 44 durch Genickschuss exekutiert.

17 der 44 Hingerichteten waren Angehörige der mit der polnischen Heimatarmee verbundenen Spionageorganisi-

on Stragan („Marktstandl“), die von Wien und Linz aus unter Anderem Pläne der Raketenproduktion in Peenemünde ausspionierte. Ihre Angehörigen waren großteils polnische Nationalisten aus dem Olsa-Gebiet, dem seit dem Ende des Ersten Weltkriegs durch den Fluss Olsa (poln. Olza, tschech. Olše) geteilten Gebiet rund um Teschen (Cieszyn/Český Těšín). Fünf weitere Hingerichtete waren wegen ihrer Zugehörigkeit zur katholisch-konservativen *Antifaschistische Freiheitsbewegung Österreichs* zum Tode verurteilt worden, unter ihnen die beiden Franziskaner-Patres Angelus Steinwender und Kapistran Pieller. Sowohl der älteste als auch der jüngste Hingerichtete waren vom Sondergericht Linz wegen „krimineller“ Delikte zum Tode verurteilt worden: Der sechzigjährige Josef Hofer, wegen wiederholten Diebstahls zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt und geflohen, hatte auf der Flucht, um zu überleben, weitere Diebstähle verübt und war deshalb als „gefährlicher Gewohnheitsverbrecher“ zum Tode verurteilt worden. Der sechzehnjährige Alois Hütter war als „verwaHLoster Jugendlicher“ mit fünfzehn zu einer vierjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden, geflohen und hatte versucht, seine Flucht von Linz aus mit dem Auto eines Arztes, das vor dessen Praxis unversperrt abgestellt war, fortzusetzen. Die Frau des Arztes, eine Krankenschwester und zwei wartende Patienten zwangen ihn jedoch auszusteigen. Mit Hilfe einer gestohlenen Pistole bedrohte er den Mann, der ihn fest hielt, wurde nach kurzem Handgemenge aber der Polizei übergeben. Wegen seiner „sittlichen Verderbtheit“ beantragte der Staatsanwalt, den „entarteten Jugendlichen“ trotz seiner Jugend als „Volkschädling“, gefährlichen Gewohnheitsverbrecher und Gewaltverbrecher zum Tode zu verurteilen. Trotz eines medizinischen Gutachtens, das bezweifelte, ob Hütter – wie es das Gesetz als Voraussetzung für ein solches Urteil erforderte – einem Straftäter über achtzehn Jahren gleichzustellen sei, folgte das Sondergericht dem Antrag der Staatsanwaltschaft und überstellte Hütter zur Hinrichtung nach Wien. Die Fälle Hofer und Hütter zeigen, welche „todeswürdigen Verbrechen“ jene begangen hatten, die

- Schuster, Walter/Weber, Wolfgang (Hg.): Entnazifizierung im regionalen Vergleich. Linz 2004.
Slapnicka, Harry: Oberösterreich – zweigeteiltes Land (1945–1955). Linz 1986.
Stockinger, Heide (Hg.): Jung-Sein in Linz. Geschichten aus den 50ern. Wien 2008.
Volkmer, Hermann: Die Volksdeutschen in Oberösterreich. Ihre Integration und ihr Beitrag zum Wiederaufbau des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg. Linz 2003.
Wagner, Verena: Jüdische Lebenswelten. Zehn Linzer Biographien. Linz 2013.

Ausstellungen zum Thema:

- *Befreit und besetzt. Oberösterreich 1945–1955* (Schlossmuseum Linz, 25.2.–8.11.2015)
– *Geteilte Stadt. Linz 1945–1955* (Stadtmuseum NORDICO, 17.4.–26.10.2015)
– *Bildende Kunst in Oberösterreich 1945–1955* (Landesgalerie Linz, 17.4.–16.8.2015)

am 15. April wegen krimineller Delikte hingerichtet wurden.

Neue Formen des Gedenkens

Jahrzehnte hindurch war das Gedenken an die Opfer des Massakers am 6. April 1945 eine Angelegenheit der Opfer selbst gewesen. Eine der Ursachen hierfür war wohl in der besonderen politischen Konstellation in Krems zu suchen – der einzigen Stadt Österreichs, wo ein Nazi-Bürgermeister, nämlich Max Thorwesten, auch nach 1945 Bürgermeister werden konnte, nachdem bereits in den 1950er Jahren eine „Wahlgemeinschaft“ unter dem ÖVP-Bürgermeister Franz Wilhelm die ehemaligen Nationalsozialisten, die anderswo als *Verband der Unabhängigen* (später FPÖ) kandidierten, zum Bestandteil des politischen Establishments in der Stadt gemacht hatte.

Die Wahl des Sozialdemokraten Reinhard Resch zum Bürgermeister im Jahre 2012 brachte auch einen Neubeginn des Umgangs der Stadt mit ihrer NS-Vergangenheit als „Gauhauptstadt Niederdonau“. 2014 übernahm die Stadt erstmals die Ausrichtung der jährlichen Gedenkveranstaltung. Diese beginnt traditionellerweise mit Ansprachen und Kranzniederlegungen auf dem Steiner Friedhof, wo 1951 durch das Land Niederösterreich zwei große Gedenksteine gegenüber dem Eingangstor errichtet worden waren. Es folgten eine Kundgebung beim Denkmal für die am 6. April 1945 ermordeten griechischen Häftlinge gegenüber dem Haupteingang der Justizanstalt. Die Veranstaltung wird seit einigen Jahren bei den beiden Gedenktafeln in der Justizanstalt selbst abgeschlossen; diese waren 1965 zunächst an einer Mauer in der Strafanstalt angebracht, im Zuge des Umbaus der Justizanstalt in den 1990er Jahren aber in einen als Gedenkstätte gestalteten Bereich der Besuchszone verlegt worden. 2015 errichteten die Republik Polen und die Stadt Krems den eingangs erwähnten Gedenkstein auf dem Steiner Friedhof, der das erste Erinnerungszeichen für die Massenhinrichtung des 15. April 1945 darstellt.

Im Vorfeld der Gedenkveranstaltung stellte die Stadt Krems auf gut besuchten Veranstaltungen zwei Bücher des aus Krems stammenden Historikers Robert Streibel vor – den bereits erwähnten dokumentarischen Roman „April in Stein“ sowie, bereits im November 2014, „Krems 1938–1945. Eine Geschichte von Anpassung, Verrat und Widerstand“. Darüber hinaus zeigte die in der KPÖ-Bezirksleitung untergebrachte Galerie



Gedenkundgebung der Arbeitsgemeinschaft der NS-Opfer-Verbände am 12. April 2015 in Hadersdorf. V.l.: Gerhard Kastelic (ÖVP-Kameradschaft), Friedl Garscha (KZ-Verband), Klaus Bergmair (Sozialdemokratische Freiheitskämpfer) und der Kremser Gemeinderat Wolfgang Mahrer (KPÖ-Linkssozialisten), vorne Rudi Burda.

„Kultur Mitte Krems“ die von Streibel gestaltete Ausstellung „Stein 1945“, die das Schicksal einiger in Stein inhaftierter Widerstandskämpfer sowie den Volksgerichtsprozess gegen die Mörder im August 1946 dokumentierte. Grundlage all dieser Aktivitäten war ein von Streibel der Stadt bereits vor zweieinhalb Jahren vorgelegter Aktionsplan „Keine Zukunft ohne Vergangenheit: Eine Stadt stellt sich ihrer Geschichte“, von dem allerdings wesentliche Teile – wie etwa die Errichtung eines Gedenksteins vor dem Steiner Tor (an jenem Platz, wo drei Offiziere aus dem Stalag 17B in Gneixendorf gehängt wurden) oder eine Städtepartnerschaft mit einem unter maßgeblicher Beteiligung von Kremser Soldaten zerstörten Ort in Polen, der Ukraine oder in Russland – bisher nicht realisiert wurden.

Die Ergänzung der Gedenktafel in Hadersdorf am Kamp

Ganz anders stellt sich die Situation im nahen Hadersdorf am Kamp dar. Dort hatte es bis 1997 gedauert, bis die Gemeinde ein kleines Taferl an jener Stelle der Friedhofsmauer anbrachte, wo am 7. April 1945 61 Häftlinge des Zuchthaus Stein erschossen worden waren. 2005 eskalierten die Auseinandersetzungen im Ort, als der ÖVP-Bürgermeister sogar eine vom Land Niederösterreich mitgetragene Gedenkkundgebung zu verhindern versuchte. Internationales Medieneco erreichte er, als er 2006 die Feuerwehrjugend die während einer Kundgebung mit Kreide auf die Straße geschriebenen Namen der Ermordeten gewaschen ließ. Zahlreiche Namen sind

aus den Exhumierungsprotokollen vom Frühjahr 1946 bekannt. Daher weiß man auch, dass es sich bei den Erschossenen um *politische* Häftlinge gehandelt hat. Genau diesen politischen Bezug wollte aber die Mehrheit des Gemeinderats vermeiden, als sie eine neue Gedenktafel an der Friedhofsmauer anbringen ließ.

Der Liedermacher Rudi Burda fasste diese Haltung in einer Strophe seines Hadersdorf-Liedes zusammen: „*Gehts, lasst's die armen Seel'n in Ruah. Die Zeiten war'n brutal. / Jetz' klappt's en Deckel wieder zua. Mir brauchen kaan Skandal.*“

Die während der jährlichen Gedenkkundgebungen der *Arbeitsgemeinschaft der NS-Opfer-Verbände* regelmäßig mittels Filzstift angebrachten Ergänzungen („61 *politische* Gefangene“ und „Nie wieder *Faschismus*“) ließ die neue Bürgermeisterin mit ebensolcher Regelmäßigkeit wieder abwaschen. Im November 2014 ließen die niederösterreichischen Landesorganisationen des Bunds Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen und des KZ-Verbands diese Ergänzungen in den Gedenkstein eingravieren.

Rudi Burda ergänzte sein Lied: „*In Hadersdorf, dem klaanan Urt, hängt jetz' a schlichtes Schild. Des gibt von dem Massaker durt, ab jetz' kaa schiefes Bild. In Hadersdorf am Kamp. Als waar'n die Opfer in der Gruab'm nix wia Verbrecher g'wesen. Sie saan als Nazi-Gegner gsturb'm. Des kann ma durt jetz' lesen. In Hadersdorf am Kamp.*“

Sepp Filz: Widerstand, Befreiung und Wiederaufbau 1945

HEIMO HALBRAINER

Kalt war der Winter 1944/45 in den obersteirischen Bergen. Für Sepp Filz war es bereits der zweite Winter, den er gemeinsam mit anderen in der Illegalität lebend zubrachte: Filz war Partisan. Ab dem 8. Mai 1945 war er kurzzeitig eine der wichtigsten Personen in Leoben und Umgebung. 1952 wurde er aus der Steiermark vertrieben. Dass er fast die Hälfte seines Lebens in St. Pölten, wo er knapp nach Vollendung seines 88. Lebensjahres 1994 starb, verbringen musste, hängt mit einem Stück österreichischer Zeitgeschichte zusammen.¹

Sepp Filz wurde am 18. November 1906 in Donawitz, im „*Reich der Alpine-Montangesellschaft*“,² die das Leben des gesamten Bezirks prägte, geboren. Schon der Großvater und der Vater hatten im Hüttenwerk in Donawitz gearbeitet. Auch Sepp Filz und seine Brüder sollten hier später Arbeit finden. Doch zunächst besuchte er in Donawitz die Volksschule. Nicht immer war dies möglich, wurde doch die Schule immer wieder für militärische Zwecke benötigt. Es war Krieg. Nach dem Krieg reichte das Geld für keine weitere Schulbildung und er begann eine Schlosserlehre. Die Familie war sozialdemokratisch eingestellt, und Filz trat bald schon der *Sozialistischen Arbeiterjugend* bei, dem *Bauvolk der kommenden Welt*.

Für kurze Zeit gab es in Donawitz eine Vorstellung davon, was Sozialismus sein könnte.³ Es war Anfang April 1919: gestern Ungarn, heute Donawitz, morgen ganz Österreich, hieß es. In Folge einer Preiserhöhung für Mehl und Schmalz bei der „Werksfassung“ war es zu Protesten von empörten Frauen gekommen, was schließlich zu einer Versammlung und letztendlich zur Gefangennahme und dem Hinauswurf des Direktors führte. Als den Arbeitern und den Frauen von der Generaldirektion in Wien schließlich auch noch mitgeteilt wurde, dass die Generaldirektion daran denke, den Betrieb ganz stillzulegen, wurde anlässlich einer Versammlung die Bildung eines Direktoriums bestehend aus zwei Ingenieuren und zwei Arbeitern – einem Kommunisten und einem Sozialdemokraten – beschlossen. Um unter eigener Regie den somit „sozialisierten“ Betrieb weiterzuführen, nahm das Direktorium mit den streikenden Bergarbeitern in Seegraben Kontakt auf, wo nach Donawitzer Vor-

bild ebenfalls ein vierköpfiges Direktorium gebildet wurde. Auch mit der Regierung wurde Verbindung aufgenommen, um die Sozialisierung amtlicherseits festzuhalten. Den Delegierten aus der „sozialistischen Republik Donawitz“ – wie der Sozialreferent der Alpine-Direktion Felix Busson sie nannte⁴ – wurde in Wien erklärt, dass es für eine Sozialisierung noch zu früh sei. Sepp Filz erinnerte sich nach 1945, dass damals Otto Bauer meinte, so gehe das nicht, zuerst müssen Gesetze her. Es sollten schließlich 26 Jahre vergehen, bis am 29. Juni 1945 Sepp Filz wieder die Verstaatlichung der Alpine einfordern sollte.⁵ Mit der Vertröstung auf noch zu erlassende Gesetze war der Sozialisierungsversuch in Donawitz und Seegraben „gestorben“.

Delegierter am VII. Weltkongress der Komintern

1922 sprach niemand mehr von Sozialisierung. Im Gegenteil: Der Betrieb war in der Zwischenzeit als Spekulationsobjekt an den italienischen Fiat-Konzern verkauft worden. Gleichzeitig wurde der Zehnstundenarbeitstag gefordert. Spontane Arbeitsniederlegungen und Versammlungen waren die Folgen. Erstmals gewannen die Kommunisten in der Alpine die Betriebsratswahl und Sepp Filz trat der KPÖ bei. 1924 sollten schließlich alle Arbeitsverträge gekündigt werden, da sich die Arbeiter weigerten, Überstunden zu leisten. Als es im September 1924 zum größten Streik der Metallarbeiter in der Ersten Republik kam, war Sepp Filz schon nicht mehr in Donawitz. Denn nach der Lehre zog es ihn im Juli 1924 hinaus in die Welt. Er „walzte“ und nannte es eine Weltreise. Sie führte ihn nach Deutschland, Dänemark, Luxemburg, Frankreich, Spanien, Marokko, Algerien, Tunesien und Italien. Er wanderte und arbeitete und lernte die Solidarität kennen.

Erst 1932 kehrte er wieder nach Donawitz zurück. Die Stadt war zu dem Zeitpunkt bankrott, das Stahlwerk stand still: Zeitungskommentatoren nannten Donawitz einen „Luftkurort“.⁶ Mehr als ein Drittel der Bevölkerung lebte von der Arbeitslosenunterstützung, viele tausend waren bereits ausgesteuert.⁷ Arbeit gab es auch für Sepp Filz nach seiner Rückkehr in Donawitz keine. Dafür aber wurde er politisch aktiv. Fast täglich kam es zu Kundgebungen, Hungerdemonstrationen

und Auseinandersetzungen mit der Heimwehr, den Nationalsozialisten und Polizeibeamten. Filz sprach immer wieder bei diesen Kundgebungen und Versammlungen und wurde ein erstes Mal verhaftet.

Am 12. Februar 1934 krachten Schüsse. Sepp Filz kämpfte in Leoben, wurde festgenommen, konnte entkommen und floh mit anderen durch den bauchtiefen Schnee in die Berge, um zur Gruppe um Koloman Wallisch zu gelangen. Wallisch wurde schließlich festgenommen und hingerichtet, andere wurden zu Zuchthausstrafen verurteilt. Im Juli 1934 nahmen sie auch Filz fest und lieferten ihn ins Anhaltelager Graz-Waltendorf ein. Bald wieder frei, wurde er wieder aktiv und fuhr 1935 als Delegierter nach Moskau, wo zwischen dem 25. Juli und dem 20. August der VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale tagte: „Legal bin ich mit meinem Pass nach Prag gefahren, dort war gerade der Katholikentag. Jetzt hab’ ich mir ein kleines Kreuzerl umgehängt und bin so ohne Probleme durch alle Kontrollen gekommen. Das Kreuz auf der Brust, so bin ich auch noch in Prag herumgelaufen, wo wir eine Parteiversammlung und einen Schulungskurs absolviert haben, alles streng konspirativ, versteht sich.“⁸

Wieder zurück hielt er in der Obersteiermark Versammlungen ab, berichtete vom Kongress und den neuen politischen Aufgaben. Dabei war ein Thema zentral: die Schaffung einer antinationalsozialistischen Abwehrfront. Am 5. November 1936 wurde Filz erneut verhaftet. Die Anklage lautete auf Vorbereitung zum Hochverrat. Doch reichten die Beweise nicht, er und seine Mitangeklagten wurden freigesprochen und er kam im Juni 1937 wieder frei.⁹

Partisanengruppe der ÖFF

Am 11. März 1938 kam es in Leoben zu einer letzten großen Kundgebung für Österreich und gegen Nazideutschland. Tage später wurde Sepp Filz von den neuen Machthabern festgenommen. Einige von ihnen kannte er von früher. Einer war sogar einmal ein Freund und Genosse bei der Sozialistischen Jugend gewesen, nun leitete er die *Deutsche Arbeitsfront* in der Steiermark und wirkte zudem als Landrat in der nationalsozialistischen Regierung. Dieser versuchte Filz für die neue Zeit zu gewinnen, dann warnte er

ihn, nichts gegen sie zu unternehmen. Filz verhielt sich nicht nur deshalb vorerst einmal ruhig.

Nach dem „Anschluss“ gab es in Donawitz bald wieder genügend Arbeit. In Eisenerz und Donawitz sollte bestes deutsches Eisen geschmiedet werden, wie Hermann Göring noch im März 1938 anlässlich seiner Propagandatour für die „Volksabstimmung“ am 10. April verkündete.¹⁰ Im Steirergewand gab er in Donawitz und am Erzberg die Einstellung von fünfhundert Arbeitern bekannt. Nur 48 von 10.500 Stimmberechtigten stimmten zwei Wochen später gegen den vollzogenen Anschluss an das Deutsche Reich.¹¹ Einer davon war Sepp Filz.

Bald wurde die illegale Tätigkeit wieder aufgenommen, doch kam es bereits 1939 zu ersten Rückschlägen: Hunderte wurden verhaftet, Filz blieb vorerst unbehelligt.¹² Mit dem Kriegsbeginn gegen die Sowjetunion 1941 kam es in der Obersteiermark vermehrt zu Sabotageakten und zu Solidaritätsaktionen. Kontakte zu Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern wurden geknüpft, wobei Filz für jene zu den slowenischen Arbeitern zuständig war. Die hatten wiederum Verbindungen zu den Partisanen in Slowenien. So wurden Verbandsmaterial und Decken gesammelt und eine „Partisanenanleihe“ organisiert.¹³ Eine gewöhnliche Reichsmark wurde als Anlageschein für zehn Reichsmark verwendet. Das Geld ging mit den Decken und medizinischen Materialien nach Jesenice.

Nachdem im März 1943 in Jesenice und Umgebung zahlreiche Mitglieder der *Osvobodilna Fronta* festgenommen worden waren, setzten auch in Leoben erste Verhaftungen von Verbindungsleuten zwischen Leoben-Donawitz und Jesenice ein. Dies führte dazu, dass Anfang April 1943 Sepp Filz und andere, um einer drohenden Verhaftung zu entgehen, nach Slowenien flohen. Nach mehrmonatigem Aufenthalt beim Pokljuka-Bataillon¹⁴ kehrte Filz im Sommer 1943 nach Leoben zurück und schritt gemeinsam mit anderen an den Aufbau einer organisatorischen Basis für einen Partisanenkampf. Neben der Schaffung einer so genannten Bodenorganisation, die sie mit Lebensmitteln versorgte sowie ihnen Quartier gab – gelang es ihnen verschiedene öffentliche Stellen, aber auch das örtliche Militärkommando zu infiltrieren.¹⁵ Nachdem diese logistischen Schritte gesetzt worden waren, kam es im November 1943 in der Nähe von Trofaiach zur Gründung einer Landesleitung der *Österreichi-*

schen Freiheitsfront (ÖFF), der neben den im Bezirk Leoben Aktiven auch Vertreter von Widerstandsgruppen aus Judenburg, Villach, Graz und Wien angehörten. Dabei wurde beschlossen, im Frühjahr 1944 mit dem bewaffneten Kampf zu beginnen. Ab Mai 1944 verübten die ÖFF in der Obersteiermark Anschläge auf Militärtransporte. Gleichzeitig verbreiteten sie Flugblätter und das Programm der ÖFF, in dem sie unter anderem forderten:

„1. Kampf mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln einschließlich Waffengebrauchs gegen die faschistischen Okkupanten und ihre österreichischen Helfershelfer, die durch Betrug, Lüge und Ausnützung unserer Gutmütigkeit sowie durch Anwendung brutalsten Terrors uns aller Rechte beraubten und zu Sklaven einer faschistischen Herrenclique machten.

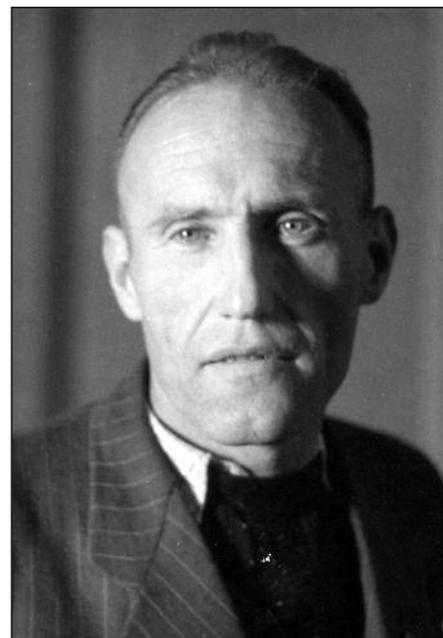
2. Errichtung eines freien, unabhängigen, demokratischen Österreichs, das mit allen Völkern in Freundschaft zu leben gewillt ist, jeden Rassen- und Nationalhass bekämpft sowie Religions- und Meinungsfreiheit sichert.

3. Enteignung der Schwerindustrie, des Großgrundbesitzes sowie der faschistischen Institutionen, deren Verstaatlichung bzw. Aufteilung.“¹⁶

Nach einer kurzen Phase, in der die ÖFF erfolgreich ihre Aktionen durchführen konnte, kam es im Sommer 1944 zu mehreren Rückschlägen. Bei Gefechten mit den nationalsozialistischen Verfolgern gab es erste Tote auf Seiten der Partisanen. Als zudem durch Unachtsamkeit illegale Kämpfer in der Stadt verhaftet wurden, gelang es der Gestapo in der Folge hunderte Unterstützer und Unterstützerinnen der ÖFF zu verhaften, die in Konzentrationslager deportiert wurden, wo über 40 von ihnen starben.¹⁷ Mit dieser Verhaftungswelle wurde der ÖFF das Hinterland, jene Orte, wohin sie sich in den Monaten davor zurückziehen konnten, abgegraben. Die Partisanen mussten sich teilweise in Berghöhlen zurückziehen, wo Sepp Filz bei einem Kampf in ihrem Winterbunker am 1. Dezember 1944 schwer verwundet wurde.

Dreier-Ausschuss der ÖFF Leoben

Dank der Hilfe von einigen nicht entdeckten Mitgliedern der Bodenorganisation konnte er bis ins Frühjahr 1945 untertauchen und nach der Genesung neue Verbindungen knüpfen, die es der ÖFF ermöglichte, am 8. Mai 1945 kampfflos in Leoben, Eisenerz, Radmer



Sepp Filz (1906–1994)

und Hiefalau die Macht zu übernehmen. Es gelang ihnen auch, die Umsetzung des so genannten Nero-Plans – die Sprengung der Industrieanlagen der nunmehrigen Hermann-Göring-Werke – zu verhindern. Der im Amt gebliebene Direktor des Donawitzer Hüttenwerks, DI Bernhard Matuschka, berichtete anlässlich der Wiederinbetriebnahme des Werkes am 25. Juni 1945 von der Machtübernahme durch die ÖFF in Leoben:

„Am denkwürdigen 8. Mai 1945 erschien der Führer der Österreichischen Freiheitsbewegung in Leoben und jetzige Vorsitzende der Kommunistischen Partei, Sepp Filz, direkt aus den Bergen kommend, bei uns in unserer Direktion. Es wurde beschlossen, den Werkschutz aufzulösen, und seine Waffen wurden unverzüglich den Kämpfern der Österreichischen Freiheitsfront übergeben. Dadurch wurde es den Freiheitskämpfern ermöglicht, die Eroberung der Polizeidirektion, so wie die der anderen Behörden von Leoben durchzuführen, was zur Folge hatte, dass die Ruhe und Ordnung sowohl im Werk als auch im Gebiet der Stadt Leoben aufrechterhalten worden ist, bis die siegreichen Truppen der Roten Armee in unserer Stadt einzogen.“¹⁸

In der Nachkriegskonzeption der aus den Bergen kommenden kommunistischen Partisanen sollten Vertreter der Christlichsozialen, der Sozialdemokraten und der Kommunisten innerhalb der ÖFF paritätisch vertreten sein, um die anstehenden Probleme gemeinsam anzupacken. Die Grundlage für diese Konzeption fand sich einerseits im Programm der ÖFF Leoben und andererseits im am 10. und 11. Juni 1944 beschlossene-



Sepp Filz und Heimo Halbrainer am Achner-Thörl 1993.

nen „Manifest über die Wiedergeburt Österreichs“ der KPÖ.¹⁹

Daher wurde ein Dreier-Ausschuss gebildet, dem Sepp Filz vorstand. Ihm zur Seite standen ein Sozialist und ein Christlichsozialer.²⁰ Ihnen gelang es innerhalb kürzester Zeit, die Hinterlassenschaften der Nationalsozialisten wegzuräumen und den Wiederaufbau voranzutreiben. Noch im Juni 1945 gingen die ersten Elektroöfen in Betrieb und Sepp Filz forderte anlässlich der Inbetriebnahme die Mitbestimmung für die Arbeiter und die Sozialisierung der Betriebe. Im Juli 1945 wurde auch die Walzstrecke wieder in Betrieb genommen, ehe im Herbst Donawitz kurz vor dem Ende stand. Sepp Filz fuhr nach Wien, wo er bei der provisorischen Regierung in Wien vorsprach und von Kanzler Karl Renner volle Unterstützung zugesichert erhielt. Filz wiederum versicherte Renner, dass bald aus Donawitzer Hochöfen Eisen fließen werde. Am 10. August 1946 war es dann so weit. Ein erster Erfolg, der zweite Hochofen sollte schon bald danach folgen. Sepp Filz organisierte als Betriebsratsobmann Schrott, Geld und Essen. Das Überleben des Standort Donawitz war gesichert.

Doch bald schon warf der Kalte Krieg seine Schatten auch auf Donawitz. Sepp Filz sollte ihm zum Opfer fallen. Nach dem Oktoberstreik 1950 gegen das vierte Lohn-Preis-Abkommen wurden er und alle anderen kommunistischen Betriebsräte verhaftet und fristlos entlassen. Nach dreizehntägiger Untersuchungshaft musste die Alpine ihn zwar wieder einstellen; doch nur mehr für einige Wochen. Im Februar 1951 wurde er zu sechs Monaten schweren Kerker verurteilt. Der Grund: öffentliche Gewalttätigkeit. Der Anlass: die Störung einer am 20. April 1950 unter Polizeischutz stehenden Versammlung des VdU in Leoben. Sepp Filz wurde nun endgültig entlassen. Zu die-

sem Zeitpunkt herrschte in der Steiermark Facharbeitermangel. Er wurde daher mit offenen Armen bei einem anderen Betrieb aufgenommen, zumal der Direktor Sepp Filz gut kannte, war er doch 1945 Mitglied im von Filz geleiteten Industrieausschuss der ÖFF gewesen. Doch Wochen später musste er ihn wieder entlassen: Befehl von oben. Sepp Filz versuchte es noch ein Jahr lang, ehe er 1952 nach

St. Pölten „emigrierte“, wo er bis zu seiner Pensionierung bei Voith arbeitete. Als man ihm 1978 das „Ehrenzeichen für die Verdienste um die Befreiung Österreichs“ verleihen wollte, lehnte er ab.

Anmerkungen:

- 1/ Heimo Halbrainer: Sepp Filz und seine Zeit. Ein Donawitzer Arbeiter auf der Walz, im Widerstand und beim Wiederaufbau. Dipl. Graz 1993.
- 2/ Barbara Schleicher: Heißes Eisen. Zur Unternehmenspolitik der Österreichisch-Alpine Montangesellschaft in den Jahren 1918–1933. Frankfurt/M. u.a. 1999; Otto Hwaletz/Helmut Lackner/Karl Stocker: Industrielle Ökonomie, Ideologie und Politik in der Zwischenkriegszeit (1925–1937). Das Fallbeispiel Österreichisch-Alpine Montangesellschaft, in: Robert Hinteregger/Karl Müller/Eduard Staudinger (Hg.): Auf dem Weg in die Freiheit. Anstöße zu einer steirischen Zeitgeschichte. Graz 1984, S. 217–262.
- 3/ Karl Stocker: „Trotz völliger Lockerung der Mannszucht...“ Soziale Konflikte in der Österreichisch-Alpinen Montangesellschaft 1917–1919, in: Helmut Konrad/Karin M. Schmidlechner (Hg.): Revolutionäres Potential in Europa am Ende des Ersten Weltkrieges. Die Rolle von Strukturen, Konjunkturen und Massenbewegungen. Wien, Köln 1989, S. 111–127.
- 4/ Felix Busson: Die sozialpolitische Entwicklung der Österreichisch-Alpine Montangesellschaft, in: Fritz Erben/Maja Loehr/Hans Riehl (Hg.): Die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft 1881–1931. Wien 1931, S. 131–193; hier 169.
- 5/ Heimo Halbrainer: „Jetzt ist dieses geraubte österreichische Gut in die Hände Österreichs zurückzugeben“ – Die steirische Arbeiterbewegung als Vorreiterin der Verstaatlichungsaktion, in: Manfred Mugrauer (Hg.): Öffentliches Eigentum – Eine Frage von Gestern? 60 Jahre österreichische Verstaatlichungsgesetzgebung. Wien 2007, S. 25–34.
- 6/ Kampffront Donawitz, in: *Arbeiterwille*, 25.5.1932.
- 7/ Kammer für Arbeiter und Angestellte Steiermarks, Jahrbuch 1932. Graz [o.J.], S. 22–24. Peter Wilding: „... Für Arbeit und Brot“. Arbeitslose in

Bewegung. Arbeitslosenpolitik und Arbeitslosenbewegung in der Zwischenkriegszeit in Österreich (mit dem regionalgeschichtlichen Schwerpunkt Steiermark). Wien, Zürich 1990 (Materialien zur Arbeiterbewegung 55), S. 306.

8/ Robert Streibel: Mit dem Kreuz zum VII. Weltkongress. Der Delegierte Sepp Filz erinnert sich, in: *Volksstimme*, 21.8.1985.

9/ Steiermärkisches Landesarchiv, Bundeskanzleramt, Stmk 22/1937, 332001–342400, 340394 (Kommunistische Tätigkeit in Leoben) Urteil vom 1.6.1937, Kreisgericht Leoben, 20 Vr 2230/36.

10/ Hoher Besuch in unseren Betrieben, in: *Werkzeitung der Österreichisch-Alpinen Montangesellschaft*, 12.5.1938, S. 70f.

11/ *Obersteirischen Volkszeitung*, 12.4.1938.

12/ Zum Widerstand in Leoben vgl. Max Muchitsch: Die Partisanengruppe Leoben-Donawitz. Wien, Frankfurt/M., Zürich 1966; ders.: Die Rote Stafette. Vom Triglav zum Hochschwab. Wien 1985.

13/ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) 119, Sepp Filz: Eine Anleihe österreichischer Patrioten für die jugoslawische Partisanenarmee.

14/ Mile Pavlin: Die Vorgeschichte der Partisanengruppe Leoben-Donawitz, in: *Vestnik Koroških Partizanov*, Nr. 1–2/1988, S. 23–28.

15/ Neben der genannten Literatur siehe dazu auch die im Militärhistorischen Archiv in Prag liegenden Akten (Kopien in DÖW 21.062/85): Haftbefehle, Vernehmungsniederschriften der Gestapo Leoben, Anklage und Urteil gegen Johann Bachler u.a. (RKG StPL 4. Sen. 113/44) und gegen Franz Haslinger u.a. (RKG StPL 4. Sen. 6/45). In diesen Akten finden sich auch Abschriften von Flugblättern und das Programm der ÖFF.

16/ Programm zit. nach der Anklageschrift des Oberreichskriegsanwalts gegen Johann Bachler u.a., StPL (RKA) II 435/44 vom 4.12.1944.

17/ Siehe die Biografien in: Heimo Halbrainer: Archiv der Namen. Ein papierenes Denkmal der NS-Opfer aus dem Bezirk Leoben. Graz 2013.

18/ Direktor Dr. Matuschka zit. nach *Obersteirisches Tagblatt*, 27.6.1945.

19/ Die Wiedergeburt Österreichs. Manifest der KPÖ vom 10./11. Juni 1944, auszugsweise abgedruckt in: Die KPÖ im Kampf für Unabhängigkeit, Demokratie und sozialistische Perspektive. Wien 1978, S. 139–150.

20/ Heimo Halbrainer: „Im Freiheitskomitee ist nicht gefragt worden, welcher Parteirichtung der einzelne angehört“ – Die Volksfrontkonzeption in der Praxis am Beispiel der Österreichischen Freiheitsfront in Leoben 1945, in: Claudia Kuretsidis-Haider/Manfred Mugrauer (Hg.): Geschichtsschreibung als herrschaftskritische Aufgabe. Beiträge zur ArbeiterInnenbewegung, Justizgeschichte und österreichischen Geschichte im 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Hautmann zum 70. Geburtstag. Innsbruck, Wien, Bozen 2013, S. 181–198.

Die Last des jüngst Vergangenen (I)

Das Ende des Zweiten Weltkriegs in der österreichischen Literatur

HELMUT RIZY

Das ist der schönste Sommer meines Lebens, und wenn ich hundert Jahre alt werde – das wird der schönste Frühling und Sommer bleiben“, schrieb im Juni 1945 die damals 18-jährige Ingeborg Bachmann in ihr Tagebuch, das sie während des Kriegs begonnen hatte. „Vom Frieden merkt man nicht viel, sagen alle, aber für mich ist Frieden, Frieden! Die Leute sind alle so entsetzlich dumm, haben sie denn erwartet, dass nach einer solchen Katastrophe das Schlaraffenland von einem Tag zum andern ausbricht! [...] Ich werde studieren, arbeiten, schreiben! Ich lebe ja, ich lebe. O Gott, frei sein und leben, auch ohne Schuhe, ohne Butterbrot, ohne Strümpfe, ohne, ach was, es ist eine herrliche Zeit!“¹

Als die Kärntnerin dies schrieb, gab es auch im offiziellen Sprachgebrauch wieder eine österreichische Literatur. Darüber waren allerdings nicht alle österreichischen DichterInnen und SchriftstellerInnen so glücklich wie Bachmann, denn eine nicht unbeträchtliche Zahl von ihnen hatte sich in der nunmehr der Vergangenheit angehörenden Reichsschrifttumskammer gut beheimatet gefühlt. Hingegen sollten sie im wiedererstehenden österreichischen PEN keine neue Heimat finden. Denn das war eine Voraussetzung für dessen Wiedererstehen: All jene, die 1933 aus Protest gegen die beim PEN-Kongress in Dubrovnik gefasste Resolution, in der die Bücherverbrennung in Deutschland verurteilt wurde, ausgetreten waren, durften demnach in den neuen österreichischen PEN nicht wieder aufgenommen werden.

Einige von ihnen hatten damals ja „nur“ den erfolgreichen Verkauf ihrer Bücher in Nazi-Deutschland nicht gefährden wollen: Etwa Felix Salten – Autor von „Bambi“ und „Josefine Mutzenbacher“, damals Präsident des österreichischen PEN. 1938 wurden seine Bücher dennoch in Deutschland verboten. Oder der Verleger Paul Zsolnay, der sich rasch von seinen dem Nazi-Regime unliebsamen Autoren trennte, dessen Verlag dennoch nach dem „Anschluss“ „arisiert“ wurde. Am 19. Juni 1933 schrieb Franz Theodor Csokor an Ferdinand Bruckner im Zusammenhang mit der Resolution von Dubrovnik: „Man muß sich eben ent-

scheiden: Gutes Geschäft – oder gutes Gewissen? Ich bin für das zweite – auf jede Gefahr hin, selbst auf die einer Emigration, falls der braune Zauber auch bei uns einmal Fuß fassen sollte!“²

Propagandisten des „Anschlusses“

Die große Mehrzahl der AutorInnen, die 1933 aus Protest den österreichischen PEN verlassen hatten, waren zu jener Zeit jedoch bereits Mitglieder (etwa die Hälfte) oder Sympathisanten der NSDAP gewesen. Sie gründeten 1936 den *Bund deutscher Schriftsteller Österreichs*, eine illegale Tarnorganisation, von der der „Anschluss“ an Nazideutschland propagiert wurde. Dieser wurde dann 1938 im vom Bund herausgegebenen „Bekennnisbuch österreichischer Schriftsteller“ auch freudig begrüßt. Danach ist der Bund nahtlos in der Reichsschrifttumskammer aufgegangen.

Präsident des *Bunds deutscher Schriftsteller* war Max Mell, prominente Mitglieder Richard Billinger, Bruno Brehm, Mirko Jelusich, Franz Karl Ginzkey, Paula Grogger, Franz Nabl, Josef Friedrich Perkonig, Friedrich Schreyvogel, Karl Springenschmid, Franz Spunda, Franz Tumler, Karl Heinrich Waggerl und Josef Weinheber. Dass sie nach 1945 der PEN nicht mehr wollte, wurde allerdings für viele durch Ehrungen des offiziellen Österreich kompensiert: Den Großen österreichischen Staatspreis für Literatur erhielten etwa Mell (1954), Nabl (1956) und Ginzkey (1957), das Bundesverdienstkreuz am Bande Billinger (1962), das Österreichische Ehrenzeichen für Wissenschaft und Kunst Waggerl (1967). Ginzkey und Schreyvogel sind in Ehrengräbern auf dem Wiener Zentralfriedhof bestattet. Nach Nabl und Tumler wurden Literaturpreise benannt. Dazu wurden einige mit Denkmälern geehrt, und in manchen Städten und Orten tragen Straßen auch weiterhin deren Namen.

Nicht zum obengenannten Kreis gehörte Gertrud Fussenegger, die 21-jährig 1933 der NSDAP beitrug und sich nach 1945 sehr spät und nur halbherzig von ihrer Nazi-Vergangenheit distanzierte. Sie wurde 2002 sogar mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen mit dem Stern für

Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnet. Dass man sie 1984 bis 1985 in die Jury beim Ingeborg-Bachmann-Preis berief, ist als Beleidigung der namensgebenden Autorin zu werten.

Einer der Genannten wollte hingegen das Ende des Dritten Reichs gar nicht erleben. Josef Weinheber, NSDAP-Mitglied seit 1931, verübte am 8. April 1945, als die Befreiung Wiens durch die Rote Armee schon begonnen hatte, Selbstmord mittels einer Überdosis Morphium. Einen Monat später schrieb Theodor Kramer im englischen Exil sein an den toten Weinheber gerichtetes Gedicht

Requiem für einen Faschisten

*Du warst in allem einer ihrer Besten,
erschrocken fühl ich heut mich dir
verwandt;
du schwelgest gerne bei den gleichen
Festen
und zogst wie ich oft wochenlang durchs
Land.
Es füllte dich wie mich der gleiche Ekel
vor dem Geklüngel ohne innern Drang,
vor jedem Wortgeklitzel und Gehäkel;
nichts galt dir als der schöne Über-
schwang.*

*So zog es dich zu ihnen, die marschierten;
wer weiß da, wann du auf dem Marsch
ins Nichts
gewahr der Zeichen wurdest, die sie
zierten?*

*Du liegst gefällt am Tage des Gerichts.
Ich hätte dich mit eigner Hand erschlagen;
doch unser keiner hatte die Geduld,
in deiner Sprache dir den Weg zu sagen:
dein Tod ist unsre, ist auch meine Schuld.*

*Ich setz für dich zu Abend diese Zeilen,
da schrill die Grille ihre Beine reibt,
wie du es liebtest, und der Seim im geilen
Faulbaum im Kreis die schwarzen Käfer
treibt.*

*Daß wir des Tods und Ursprungs nicht
vergessen,
wann jeder Brot hat und zum Brot auch
Wein,
vom Überschwang zu singen wie besessen,
soll um dich, Bruder, meine Klage sein.³*

Damit jedoch nachträglich niemand auf die Idee käme, Josef Weinheber wäre



Theodor Kramer (1897–1958)

vielleicht gar kein so überzeugter Nazi gewesen, erschien 1950 ein Buch mit dem Titel „Bekennnis zu Josef Weinheber. Erinnerungen seiner Freunde“. Es waren 44, unter ihnen Franz Karl Ginzkey, Mirko Jelusich, Heinz Kindermann, E. G. Kolbenheyer, Karl Heinrich Waggerl, Bruno Brehm, Will Vesper, denen daran gelegen war, jeden Zweifel auszuräumen.

Es wäre also realitätsfern gewesen, von den genannten AutorInnen in ihrer literarischen Tätigkeit nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs etwas Wesentliches zur Aufarbeitung der jüngsten Geschichte zu erwarten. Von jenen jedoch, die sich in den folgenden Jahren eingehend mit Krieg und Faschismus auseinandersetzen werden, sind viele noch nicht wieder in Österreich – am ehesten noch jene Frauen, die nicht unmittelbarer Verfolgung ausgesetzt waren. Manche der Autoren kehrten erst jüngst von der Front zurück, andere verharren noch, unentschieden, ob und wann sie zurückkehren sollten, in der Emigration; oder waren in Gefangenschaft.

Für einige der AutorInnen war es ein Bedürfnis, sogleich Erfahrungen, Erlebtes und Erlittenes zu Papier zu bringen, andere brauchten wiederum längere Zeit, um sich in ihrer literarischen Arbeit an dieses heranzuwagen. In der Lyrik und in der Kurzprosa war das spontane Daraufgehen mitunter leichter als im Roman. Erich Fried, der noch viele Jahre gar nicht daran dachte, aus London, seiner zweiten Heimat, nach Wien zurückzukehren, schrieb 1946 das Gedicht

Nach dem Zweiten Weltkrieg

*Als sie gesiegt hatten
fanden sie Länder voll Leichen
und die Schutthaufen rauchten*

*und waren noch jung
Doch in der Mitte thronte
mit all ihren Zeichen
herrlich die Schuld
fettgeworden im Prunk*

*Und sie segnete sie
da wurden auch Sieger zu Erben
am Weinen der Kinder
am sinnlos vergossenen Blut
Und sie suchen Schätze
und lassen die Hungernden sterben
und sie erwerben
die Schuld als ihr höchstes Gut⁴*

Die größere Hoffnung

Wie dringend es für manche war, das jüngst Erlebte literarisch aufzuarbeiten, zeigt sich besonders deutlich bei Ilse Aichinger. Am 1. September 1945 veröffentlichte der vier Tage zuvor erstmals erschienene *Wiener Kurier*, die Zeitung der US-Besatzungsmacht, einen Text der 24-jährigen angehenden Autorin mit dem Titel „Das vierte Tor“. Es geht in diesem um den jüdischen Sektor am Wiener Zentralfriedhof, in dem Kinder spielen, die keine Angst vor den Toten, aber Angst vor den Lebenden haben müssen, wobei hier schon manches aus ihrem Roman „Die größere Hoffnung“ anklingt, der dann 1948 im Bermann-Fischer Verlag, Amsterdam erscheint.

Aichinger erzählt darin von Ellen, einem etwa 15-jährigen Mädchen, das neben zwei richtigen zwei „falsche“ Großeltern hat, den Nürnberger Gesetzen zufolge wie die Autorin selbst also „Halbarierin“ ist, und ihren Freunden, die den gelben Stern tragen müssen; sie erzählt von deren steter Bedrohung, ihren Ängsten und Hoffnungen, nicht realistisch-konkret, sondern in poetischen, mitunter märchenhaften Bildern. Das Surreale verdeutlicht allerdings auf besondere Weise das Reale, um das es der Autorin geht, wobei auch Autobiographisches einfließt.

Aichinger lebte mit ihrer jüdischen Mutter, der Vater hatte sich „rechtzeitig“ scheiden lassen, in Wien. Ihre Zwillingsschwester konnte mit einem Kindertransport nach England gebracht werden, der Kriegausbruch verhinderte dann aber die Emigration der restlichen Familie. Während des Kriegs wurde Ilse Aichinger dienstverpflichtet und sie schaffte es, ihre Mutter in dem ihr zugewiesenen Zimmer – direkt gegenüber dem Gestapo-Hauptquartier am Wiener Morzinplatz – zu verstecken. Nach Kriegsende begann sie ein Medizinstudium, das sie aber schon 1947 abbrach, um „Die größere Hoffnung“ zu schreiben.

Diese „größere“ Hoffnung ist die, die aus der Enttäuschung erwächst, dass sich die große Hoffnung, der Verfolgung durch die Nazis entkommen zu können, nicht erfüllt. Da ist etwa die Vorstellung der Kinder, sie könnten durch eine hervorragende Tat Anerkennung finden: *Wir warten auf das fremde Kind, wir retten es vor dem Ertrinken und wir tragen es aufs Rathaus. Brav von euch! wird der Bürgermeister sagen. Vergesst eure Großeltern. Von morgen ab dürft ihr wieder auf allen Bänken sitzen, von morgen ab dürft ihr wieder Ringelspiel fahren.⁵*

Es gibt auch kein Entkommen über die Grenze:

Hatten sie nicht schon ihr letztes Geld ausgegeben, um sich Perronkarten zu kaufen, sooft ein Kindertransport in ein fremdes Land gegangen war, und hatten sie nicht ihr letztes Lächeln ausgegeben, um ihren glücklicheren Freunden noch mehr Glück und alles Gute für die Reise zu wünschen? [...]

War es nicht schon zu spät? Längst ging kein Kindertransport mehr. Die Grenzen waren gesperrt. Es war Krieg.

„Wohin sollen wir gehen?“

„Welches von allen Ländern nimmt uns noch auf?“

Nicht der Süden und nicht der Norden, nicht der Osten und nicht der Westen, nicht die Vergangenheit und nicht die Zukunft.⁶

Und auch kein gedankliches Entkommen: *„Wollten wir nicht das Deutsche verlernen?“*

„Aber es dauert zu lang!“

„Wollten wir nicht mit den Schultern zucken, wenn man uns beschimpft, und es nicht mehr verstehen?“

„Heute ist schon die zwölfte Stunde.

Und wir haben noch kein einziges Wort verlernt.“⁷

„Die größere Hoffnung“ blieb der einzige Roman in Ilse Aichingers Œuvre. Ihr literarisches Schaffen ist gekennzeichnet durch eine zunehmende Verknappung, die allerdings auch im Roman mitunter hervortritt, etwa wenn es da heißt:

„Bin ich ein Fremder, weil mein Haar schwarz und gekraust ist, oder seid ihr Fremde, weil eure Hände kalt und hart sind? Wer ist fremder, ihr oder ich? Der haßt, ist fremder, als der gehaßt wird, und die Fremdesten sind, die sich am meisten zu Hause fühlen!“⁸

Wien, Neuer Markt – Wachau

Das Faktische – etwa exakte Ortsangabe oder genauer Zeitpunkt – gewann in der Literatur der ersten Nachkriegsjahre

eine neue, besondere Bedeutung. So stellt Johannes Mario Simmel seinem ersten Roman „Mich wundert, daß ich so fröhlich bin“ (1949 im Zsolnay-Verlag veröffentlicht) eine Erklärung voran, wonach am 21. März 1945 kurz vor Mittag US-Kampfflugzeuge einen Angriff auf Wien geflogen hätten, wobei ein Haus auf dem Neuen Markt, nahe der Plankengasse, so schwer getroffen worden sei, dass es einstürzte, wodurch der Zugang zum Keller, in dem sieben Personen Schutz gesucht hatten, verschüttet wurde. So wird das Umfeld geschaffen, in dem die entscheidenden Figuren sich auseinandersetzen und bis zu ihrer Rettung handeln.

Arnolt Bronnen gab seinem Drama „Die Kette Kolin“ (erstmalig 1950 als unverkäufliches Bühnenmanuskript vom Desch-Verlag vervielfältigt) den Untertitel „Eine wahre Begebenheit in der Wachau“ und stellt seinerseits eine Erklärung – „Für wen und gegen wen?“ – voran, worin er feststellt, er habe im April 1945 den Beginn der Geschichte selbst erlebt und im Oktober 1945 von zwei ehemaligen KZ-Insassen in einem kleinen Haus am Linzer Pöstlingberg das Ende erfahren.

Bei Simmel sind die handelnden Personen ein älteres Fräulein, das im Haus darüber gewohnt hat, ein Pfarrer, der seinen Glauben an Gott verloren hat („Gottes Mühlen mahlen langsam. Warum mahlen sie nicht schneller, wenn damit einigen Millionen Menschen das Leben gerettet werden könnte?“⁹), eine junge Schauspieler, eine Schwangere mit kleiner Tochter, sowie der Deserteur Robert Faber und der für die NS-Rüstungsindustrie forschende Chemiker und überzeugte Nazi Walter Schröder. Zwischen letzteren entwickelt der Autor in erster Linie die Diskussion um den Krieg, wenn er Schröder sagen lässt:

„Warten Sie sechs Monate und Sie werden sehen, wie die Erde vor Schrecken bebt [...]“

„Warum wollen Sie die Erde zerstören?“ fragte Faber abwesend.

„Um den Krieg zu gewinnen.“

„Und wenn wir den Krieg gewonnen haben?“¹⁰

Faber hat alle anderen auf seiner Seite, auch als es darum geht, Schröders gefährlichen Plan zu verhindern, der mittels der Explosion von Benzin-Kanistern zum Keller des benachbarten Hauses durchbrechen will. Und Faber ist letztlich gezwungen, Schröder zu erschießen. In der Diskussion, die sich danach entwickelt, ob er nun ein Mörder sei, lässt der Autor Robert Faber – Simmel ver-

wendete den Namen selbst als Pseudonym – sagen: „[...] außerdem muß man kein Gewehr tragen, um ein Mörder zu werden. Man muß nicht dabei sein, wenn man jemanden umbringt. Nur fünfundzwanzig Millionen sind dabei gewesen von den sechzig Millionen. Der Rest blieb zuhause. Er tat gar nichts. Er mordete mit seinem Schweigen.“¹¹

Auch für Bronnens Stück „Die Kette Kolin“ war ein Luftangriff der Auslöser. Vier Widerstandskämpfer nützen die Gelegenheit zur Flucht aus dem Konzentrationslager Gneixendorf. Der Lagerkommandant, SS-Hauptsturmführer Greyll, ein Menschenschinder, hat sich ebenfalls schon abgesetzt und ist auf der von Flüchtlingen jeder Art verstopften Straße durch die Wachau in einem von einem Taubstummen gelenkten Autobus auf dem Weg in den Westen. Die vier Widerstandskämpfer haben sich einzeln aufgemacht, ihn, der immer im Dunkeln geblieben ist, zu verfolgen und für seine Untaten zur Rechenschaft zu ziehen.

Nach und nach kommen alle im Autobus zusammen und der KZ-Kommandant ist durch seine Äußerungen für sie unschwer zu erkennen, gibt sich auch zu erkennen, da er einen Keil zwischen die vier treiben will, die ihrerseits Fehler begangen haben, die zum Auffliegen ihrer Gruppe geführt hatten. Dazu kommen auch noch Greylls Frau und dessen beide Kinder, die ihm bescheinigen, er sei immer ein fürsorglicher Familienvater gewesen – und doch selbst für seine Taten nicht verantwortlich zu machen.

FRAU: Man hat ihm befohlen, was

immer er tat,

Und was immer er tat, hätte sonst ein anderer getan,

Und es wäre nur ein Opfer mehr gewesen, – Nämlich er.

PARZER: Ist das so einfach?

Trägt denn der Mensch keine Verantwortung für seine Taten?

FRAU: Nicht für befohlene Taten.

TRNKA: Vor der großen Verantwortung wiegt der Befehl nichts und das eigene Gewissen alles.

FRAU: Der Soldat hat das Gewissen seines Vorgesetzten.¹²

Drei der Widerstandskämpfer sind dafür, Greyll sogleich hinzurichten. Die Vierte erhebt Einwände

RICKI: Und eben darum fühle ich ein Gesetz: daß wir besser sein müssen. Daß wir größer sein müssen. Daß wir weiter sein müssen. Warum fragt ihr mich? Weil ihr es selber fühlt. Es gibt Verbrechen und Vergeltung. Verbrechen und Vergeltung. Aus jeder Vergeltung wächst



Arnolt Bronnen (1895–1959)

ein neues Verbrechen. So wird das Gute nie gut, und das Böse immer böser. Man muß erst die Vergeltung tilgen, ehe man die Verbrechen tilgen kann.¹³

Doch dann bemächtigt sich Greylls Sohn einer der Pistolen, verwundet Trnka und lässt sie umdenken.

RICKI: Ich werd an die Versöhnung glauben.

Aber Versöhnung, wenn das Gute so schwach ist –?

Aber Versöhnung, wenn das Böse so stark ist –?

TRNKA: Auch die Versöhnung müssen wir erst erkämpfen.¹⁴

In der vorliegenden Ausgabe wird als Datum der Uraufführung der 8. März 1981 genannt. Allerdings wurde das Stück schon 1952 in Linz durch die von Alfred Stögmüller geleitete Theatertruppe der Volkshochschule Der Scheinwerfer, der neben anderen Walter Schmidinger und Kurt Klinger angehörten, aufgeführt. Sie führte im selben Jahr auch ein Stück Karl Wiesingers und Arnolt Bronnens 1948 entstandenes „Lustspiel“ „Die jüngste Nacht“ auf, in der dieser die letzten Stunden der NS-Herrschaft im Salzkammergut komisch-grotesk dramatisierte.

In der Vorbemerkung zu diesem Stück stellt Bronnen unter dem Titel „Wenn Sie mir unter die Tasten Blicken ...“ fest: „Überhaupt bedeutet die Bühne eine Zeit für sich: sie ist absoluter Raum und absolute Zeit. So ist die Regie-Bemerkung, das Stück spiele in der Nacht vom 7. zum 8. Mai 1945, weiter nichts als eine Kostümanweisung. Wie sonst wäre es Theater, wenn es nicht an jedem Orte und an jedem Tage spielte?“¹⁵



Robert Neumann (1897–1975)

Der Sofien-Dom in Wien

Robert Neumann, damals „Acting President“ des Österreichischen Exil-PEN in London, reagierte auf das Ende des Kriegs mit einem Romanprojekt, in dem er unter dem Titel „Vienna the Danube Babylon“ die Zeit von Karl Lueger bis zum Austrofaschismus thematisieren wollte. Er arbeitete vom März bis zum August 1945 an dem Roman, entschied sich aber im September 1945, einen Roman zu schreiben, der nicht nur die Trostlosigkeit der zerbombten Städte, sondern auch den moralischen Verfall, den der Krieg hinterlassen hatte, zum Thema haben sollte. Neumann benötigte lediglich drei Monate, um den Roman „Children of Vienna“ zu schreiben, der im darauffolgenden Jahr in London erschien, mit dem Hinweis, er sei an die Frauen und Männer der Siegermächte gerichtet und um der Kinder Europas willen geschrieben.

Neumann lässt darin halbwüchsige Waisenkinder im Keller eines von Bomben zerstörten Hauses an der Demarkationslinie zwischen den Besatzungszonen zusammenleben – den vom KZ traumatisierten Jid, die noch immer in der BDM-Ideologie und im BDM-Jargon verhaftete Ate, den kleinen Dieb Goy, die sich gelegentlich prostituierende Ewa, den Sohn des früheren Hausbesitzers Curls und das nicht lebensfähige Kindl. Sie haben in der Welt der Erwachsenen keinen Platz, nutzloser als der Schutt, den man zumindest zum Teil verwerten kann. Und Neumann konfrontiert diese ausgegrenzte Gemeinschaft mit

Vertretern der sowjetischen und der US-amerikanischen Besatzungsmacht.

Da ist der schwarze Reverend aus Louisiana, der sich um die Kinder annimmt, sie in die Schweiz bringen will, und dafür sogar lügt und Unterschriften fälscht, allerdings scheitert, da ihm ein weißer Pfarrerskollege in die Quere kommt. Der bietet Jid immerhin an, er könnte für die US-Besatzungsmacht spionieren.

„Ein paar Informationen, das ist alles was unser Nachrichtenoffizier vielleicht von Ihnen will von Zeit zu Zeit. Unsere tapferen russischen Alliierten erfahren davon garantiert nichts. Die Spione von unseren Alliierten sitzen bei uns in jedem Amt. Es ist unsere heilige Pflicht, daß wir uns verteidigen. Das ist ihre Chance, junger Mann, daß sie sich moralisch rehabilitieren. Sie beweisen ihre Dankbarkeit für ihre Befreiung, indem sie uns regelmäßige Informationen –!“¹⁶

Und der sowjetische Leutnant ein wenig später: „Könnt ihr uns denn nicht verstehen? Mörder unter euch, deshalb haben wir euch besiegt, aber wir hassen euch nicht wir lieben euch. Nur, Liebe muß sein mit Gerechtigkeit. Und Gerechtigkeit – vielleicht zu schwer für euch zu verstehen, Bürger – Gerechtigkeit ist Gedächtnis. Wir dürfen nicht vergessen, unter euch waren die Mörder. Und wir dürfen nicht vergessen, daß einen Steinwurf von hier – eine, wie soll ich sagen? – eine demütigende Verkettung, daß gewisse Leute heute unsere Alliierten sind. Wir müssen euch und uns vor ihnen schützen. Daß wir um eure Seelen ringen, gegen ihre Propaganda, das ist aus heiligem Selbsterhaltungstrieb! Vielleicht würde es sogar unsere sozialistische Pflicht sein –.“¹⁷

Lion Feuchtwanger erinnerte Robert Neumanns Roman „an Swift oder häufiger an Grimmelhäuser. Ich bin sicher, daß es unter den Büchern unserer Zeit eines der wenigen ist, von denen man noch nach uns sprechen wird.“ So schrieb er am 18. Dezember 1946 an den Autor.¹⁸

Eine von Neumanns damaliger Ehefrau Franziska „Rolly“ Becker besorgte deutsche Übersetzung des Romans unter dem Titel „Kinder von Wien“ erschien 1948 beim Amsterdamer Querido-Verlag. In Österreich wurde das Buch gar nicht gut aufgenommen. In der *Arbeiter-Zeitung* vom 10. April 1948 meinte der Rezensent: „Wir können es keinem Dichter gestatten, für irgendeine grausige Märchen- und Fabelstadt just den Namen Wien zu wählen.“¹⁹ Ab Mitte der 1960er Jahre arbeitete Neumann schließlich an einer Neuübersetzung des Romans, die dann 1974 unter dem Titel

„Die Kinder von Wien“ erschien. Im Vorwort schreibt der Autor:

„Ich weiß, ich weiß. Schwer, daß man es eindeutlich. Aber wie ich es damals auf englisch schrieb, damals vor dreißig Jahren – war es da wirklich englisch? Es war nicht. So haben diese Besprisorni eben gesprochen, diese übriggebliebenen Kinder, trotzdem immer lebendig aus allen Lagern, HJ-Schulungslager, und DP-Durchgangslager und Werwolf-ausbildungslager und KZs, zueinander gefunden, weil sie allein waren, zusammen ist es wärmer. Sie haben deutsch gesprochen, gemischt mit Jiddisch, gemischt mit American Slang und Popolski und Russian Slang, damals, dort, in dem Keller in Wien. Es kann aber auch ein anderer Keller gewesen sein überall, damals Anno fünf und vierzig, jenseits von dem Meridian der Verzweiflung.“²⁰

Die Fabel blieb erhalten, verschwunden sind einzelne topographische Bezeichnungen wie Döbling oder Rotenturmstraße. Die Stadt hat nun einen Sofien-Dom und auf dem „Schwarzplatz“ steht ein Monument „Der Rote Befreiungssoldat mit sechzehn Säulen. Haben die Russen hingebaut.“²¹

Prag

Städtenamen verbinden sich leicht mit Assoziationen, können aber auch gravierende Erlebnisse in Erinnerung rufen. So schrieb die Journalistin, Historikerin und Dichterin Eva Priester zum Ende des Kriegs das Gedicht

Epilog 1945

*Es kam der Tag, da Tote wiederkehren,
es schlug durch heißen, wetterschweren Mai
der frohe Blitz. Aus Glocken und Gewehren
erdröhnt der letzte Tanz. Und Prag ist frei!*

*Am dunklen Kai erwachen die Laternen,
am Berg erblühen Stimmen und Gesang,
weit fließt die Moldau unter freien Sternen,
hell strahlt dein Licht, o Prag. Nimm
meinen Dank!*

*Denn Jahr um Jahr durch Sturm und
langes Schweigen
Hat deine Stimme uns der Wind gebracht,
es sangen deine Rebellantengeigen
die neuen Worte durch die Winternacht.*

*Du warst das Volk, ein Lied vor Postenketten,
ein Lachen, das durch Eis und Feuer fliegt,
du warst der Geigenton auf Folterbetten,
das nackte Herz, das Stahl und Tod besiegt.*

*Und durch den warmen Schatten deiner
Bäume*

*ging jene Straße, die ich heimwärts fand,
im Spiegel deiner Tränen, deiner Träume
sah ich zum erstenmal mein eignes Land.*

*Du Himmelreich aus Mut und bunten
Bändern,
du Wiesenduft, der über Gräber zieht,
gesegnet seiest du vor allen Ländern.
Hell strahlt dein Licht. Leb wohl! Hier
schließt mein Lied.²²*

Die 1910 in Petersburg geborene spätere *Volksstimme*-Redakteurin war schon kurz nach der Machtübernahme der Nazis unter dem „Verdacht der Vorbereitung des Hochverrats“ in Berlin verhaftet worden. Vom März bis Dezember 1933 saß sie im Gefängnis. 1935 gelang ihr dann die Flucht nach Prag. Hier trat sie in Kontakt mit der österreichischen Exilgruppe, trat der KPÖ bei, bevor sie schließlich 1939 nach Großbritannien emigrieren konnte, wo sie für die Exilzeitschrift *Zeitspiegel* tätig war.

Eine ganz andere Bedeutung als für Eva Priester hatte Prag für Gerhard Fritsch, der in der Nähe der Stadt in Gefangenschaft geriet. So findet diese sich dann in einem 1949 veröffentlichten Gedicht.

8.5.1945

*Der achte Mai ...
Jedes Jahr hat einen achten Mai.
Einen Tag wie die anderen Tage im Mai,
einen Tag, an dem der Flieder blüht und
die Kastanien.*

*Die weiß und rosa Kerzen der Kastanien,
sie standen damals über uns wie heute,
damals, als die Sturmgeschütze mit den
Balkenkreuzen
noch immer in die Prager Altstadt
schossen –*

*und wir wußten: es ist nicht mehr Krieg.
Bei jedem Schuß, da fielen weiß und rosa
Blüten*

*aus den aufgeschreckten Kronen der
Kastanien –
und wir wußten: es ist nicht mehr Krieg.
Die Blüten rieselten auf Sandsack-
barrikaden,
drüben knickte krachend eine Hauswand*

*ein –
und wir wußten: es ist nicht mehr Krieg.
Handgranaten, Zigaretten, öl-
verschmierte Finger,
Schnaps und Marmelade, Brände, Staub
und Tote –*

*und wir wußten: es ist nicht mehr Krieg.
Sonne, Blüten und Benzin. Und Schuß
um Schuß
in die Innenstadt von Prag.*

*Doch dann
– wir horchten plötzlich auf –
auf einmal war es totenstill.
Und einer kam und sagte:
Geht nach Hause.
Nach Hause? Mann, du bist verrückt!
Kennst du keine Mausefalle?
Doch es rührte sich nichts mehr.
Die Kronen der Kastanien wurden still.
Alles schwieg und wartete.*

*Und dann stiegen sie aus den Sturm-
geschützen,
dann kamen sie aus den Häusern hinter
der Kirche,
dann liefen sie über den Platz, dann
liefen auch wir...
Glas, Ziegel, Panzerfäuste und ein
Hitlerbild,
ein verschwitzter General, Konserven-
büchsen und ein Toter,
ein Puppenwagen, Milchflaschen,
Leichen und Karotten,
Barrikaden, Panzerwracks, ein grinsen-
der Gehenker,
Drähte, Kraut, ein brennendes Palais,
ein Ledermantel – laß, laß liegen,
laß, wirf weg...*

*Endlich über der Moldau!
Abend, Flieder und Kastanien.
Vor und hinter uns ein Meer,
ein schmutziggraues, blaues Meer
von deutschen Uniformen.*

*Auf den Gehsteigen und in allen
Fenstern
der Vorstadthäuser (Häuser wie daheim)
unter den wehenden Fahnen der Freiheit
die anderen, die Menschen von Prag,
auf die wir vorhin noch geschossen hatten.
Sie sahen uns an und ließen uns vorbei.
Alle Straßen ihrer Stadt spieen uns aus
in die langsam sinkende Nacht.*

*Wir gingen schweigend
und wir wußten: es ist nicht mehr Krieg.
An der Straße leuchteten die Kerzen,
die weiß und rosa Kerzen der Kastanien.
Hinter uns loderte der Ratshausturm
der letzten Stadt, die wir
verwüstet hatten.²³*

Die Erlebnisse des Kriegs und das Unvermögen, das Erlebte aufzuarbeiten, blieben das Hauptthema von Gerhard Fritschs vergleichsweise kurzem Schaffen, das mit seinem Selbstmord am 22. März 1969, wenige Tage vor seinem 46. Geburtstag, ein Ende fand. Heißt es doch in seinem Gedicht „Einem Soldaten“ aus dem Dezember 1945: „[...] du aber wirst ruhelos bleiben, / weil du aus



Eva Priester (1910–1982)

der Zerstörung des Krieges / nicht heimfinden kannst.²⁴

Anmerkungen:

1/ Ingeborg Bachmann: Kriegstagebuch. Berlin 2010, S. 23.

2/ Franz R. Reiter (Hg.): F. Th. Csokor: Auch heute noch nicht im Land. Briefe und Gedichte aus dem Exil. Wien 1993, S. 24.

3/ Theodor Kramer: Gesammelte Gedichte, Bd. 1. Wien 1984, S. 399.

4/ Erich Fried: Gesammelte Werke. Gedichte, Bd. 1. Berlin 1993, S. 77.

5/ Ilse Aichinger: Die größere Hoffnung. Frankfurt/M. 1991, S. 41.

6/ Ebd., S. 59.

7/ Ebd., S. 89.

8/ Ebd., S. 76.

9/ Johannes Mario Simmel: Mich wundert, daß ich so fröhlich bin. Wien 1949, S. 26.

10/ Ebd., S. 135.

11/ Ebd., S. 210f.

12/ Arnolt Bronnen: Werke, Bd. 5. Klagenfurt 1989, S. 100.

13/ Ebd., S. 106.

14/ Ebd., S. 115.

15/ Ebd., S. 121.

16/ Robert Neumann: Die Kinder von Wien. Frankfurt/M. 2008, S. 183.

17/ Ebd., S. 189f.

18/ Franz Stadler (Hg.): Robert Neumann. Mit eigener Feder. Aufsätze, Briefe, Nachlassmaterialien. Innsbruck, Wien, Bozen 2013, S. 48.

19/ Ebd., S. 49.

20/ Ebd., S. 5.

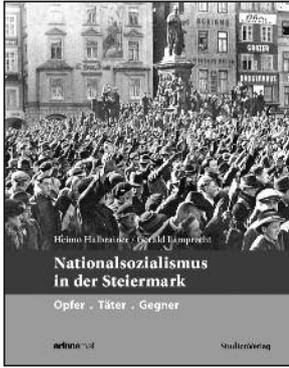
21/ Ebd., S. 137.

22/ Eva Priester: Aus Krieg und Nachkrieg. Wien 1946, S. 23.

23/ Gerhard Fritsch: 8.5.1945, in: *Österreichisches Tagebuch*, Nr. 6/1949.

24/ Zit. nach Susanne Zobl: Zu Leben und Werk von Gerhard Fritsch, in: *Der literarische Zaunkönig*, Klosterneuburg, Nr. 1/2004.

Geschichte der NS-Zeit auf steirisch, aber produktiv



Heimo Halbrainer/
Gerald Lamprecht:
Nationalsozialismus in der Steiermark. Opfer – Täter – Gegner.
Innsbruck,

Wien, Bozen: StudienVerlag 2015
(*Nationalsozialismus in den österreichischen Bundesländern, Band 4*), 464 Seiten, 24,90–

1975 erschien der erste Band des vom *Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW)* herausgegebenen dreibändigen Standardwerkes „Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945“. Es folgten bis zum Jahre 1991 nahezu gleichartige Editionen über die anderen österreichischen Bundesländer. Offen blieben Vorarlberg, Kärnten und die Steiermark. Sieht man von Vorarlberg ab, war das Ausbleiben der Arbeiten über Kärnten und die Steiermark signifikant. Die Besonderheit Kärntens mit den fließenden Übergängen von deutschnationalem „Abwehrkampf“, Nationalsozialismus und tiefverwurzelten Antislawentum ist zwar mittlerweile wissenschaftlich einigermaßen aufgelöst, blockierte aber lange Zeit einen produktiven Umgang mit der NS-Zeit in Kärnten und ist nach wie vor nicht einfach.

Was die in mancher Hinsicht damit vergleichbaren Verwerfungen in der Steiermark betrifft, so waren schon frühzeitig Historiker mit einer solchen Forschungsarbeit befasst, letztlich aber gelang es nicht, ein derartiges Werk im Einvernehmen mit den regional dominierenden akademischen Platzhirschen auf den Weg zu bringen, sodass sich in den 1980er Jahren ein 1952 in Kärnten geborener Universitätsdozent mit dieser Problematik profilieren und 1986 ein mehr als 600 Seiten starkes Werk mit dem Titel „Die Steiermark im Dritten Reich 1938–1945“ publizieren konnte. Zuvor war der Autor, Stefan Karner, mit nicht gerade aufsehenerregenden Studien über „Kärntens Wirtschaft 1938–1945“ (mit einem Nachwort von – Albert Speer), „Burgenland 1945“ oder „Bad St. Leonhard in alten Ansichten“ nicht sonderlich beachtet worden. Von nun an aber

gestaltete sich seine Karriere nicht nur als Landes-, sondern auch als Staatshistoriker, insbesondere nach Öffnung der sowjetischen Archive in den 1990er Jahren, in frappierender Weise steil und gipfelte zu Beginn des Jahres 2013 anlässlich seines 60. Geburtstages in einer akademisch-staatlichen Huldigungsfeier mit mehreren hundert Gästen samt Laudatio von Ex-Bundeskanzler Wolfgang Schüssel: „Der Blick nach Osten, zur Ukraine, nach Russland und Zentralasien – das sind europäische Perspektiven, die wir sehen müssen und ich bin sehr froh, dass gerade mein Freund Stefan Karner immer ein wirklicher Herold dieser Öffnung gewesen ist und hoffentlich auch bleiben wird.“

Eine Wissenschaft, die die „europäischen Perspektiven“ „nach Osten, zur Ukraine, nach Russland und Zentralasien“ richtet, konnten die Herrschenden aller Couleurs hierzulande bis in unsere Zeit hinein immer schon gut brauchen, nicht zuletzt auch die Nationalsozialisten. Weshalb es rückblickend schmunzelnd macht, sieht man sich die Kapiteleinteilung von Karners Buch über den Nationalsozialismus in der Steiermark nochmals an. Immer geht es um die Herrschaft und ihre Sicherung samt Wirtschaft und deren Ordnung; Widerstand ist eine Fußnote, Opfer sind zweitrangig. Dennoch galt damals Karners Buch als Standardwerk.

Manchmal ohne direkten Bezug, jedenfalls nicht zufällig erhob sich dagegen Widerstand von verschiedenen Seiten. Weniger akademisch, sondern in dem, was heute gern schwammig Zivilgesellschaft genannt wird. Eine dieser gegen die Geschichte als Affirmation herrschender Ideologie gerichteten Bestrebungen begründete in den 1990er Jahren, vor nun zwanzig Jahren, die Entstehung von *Clio*, des Grazer *Vereins für Geschichts- und Bildungsarbeit*. Dessen maßgebliche Historiker, der *Clio*-Leiter Heimo Halbrainer und Gerald Lamprecht, seit 2006 Leiter des *Centrums für jüdische Studien* an der Universität Graz, haben seither eine Vielzahl von Publikationen auf den Weg gebracht, die die Opfer des Nationalsozialismus ebenso in den Mittelpunkt stellen wie die, die gegen ihn Widerstand geleistet haben. Nur wer darauf sein Hauptaugenmerk richtet, vermag wenigstens Anhaltspunkte dafür sichtbar zu machen, dass heutige und nachfolgende Generationen aus dem

Nationalsozialismus, ja überhaupt aus der Geschichte für ihr praktisches Handeln lernen können.

Es ist wahrscheinlich, dass, wer sich an Karners Buch wenigstens als problematisch erinnert und das nun erschienene Werk von Halbrainer und Lamprecht über den Nationalsozialismus in der Steiermark zur Hand nimmt, schon beim Lesen des Inhaltsverzeichnisses erleichtert aufatmen wird. Urteilen Sie selbst anhand der im folgenden genannten Kapitel des Buches:

Die Steiermark 1918 – 1938 / Die nationalsozialistische Machtübernahme: Begeisterung und Verfolgung / Die NS-„Volksgemeinschaft“: Erwartungen – Versprechen – Zwänge / Jugend im Nationalsozialismus / Was ist die „Volksgemeinschaft“ und wer sind ihre Feinde? / Der Völkermord an Jüdinnen und Juden / Der nationalsozialistische Terror / Alltagsleben im Nationalsozialismus / Widerstand / Das letzte Verbrechen: Die Ermordung ungarisch-jüdischer ZwangsarbeiterInnen in der Steiermark / Von der Befreiung bis zur Gegenwart

Ich halte es für einen besonderen Vorzug dieses mit charakteristischem Bildmaterial informativ illustrierten Buches, die Aufmerksamkeit der Leserinnen und Leser durch präzise Fragen auf die wesentlichen Umstände der einzelnen Abschnitte der hier genannten Kapitel zu lenken. Das mag manchen vielleicht zu schulmäßig und lehrbuchhaft erscheinen und entspricht auch der Absicht der Herausgeber der Reihe „Nationalsozialismus in den österreichischen Bundesländern“, die im Vorwort schreiben, das Buch wende „sich in besonderer Weise an ein jugendliches Lesepublikum. Es unterstützt Lehrerinnen und Lehrer in ihrer Unterrichtsgestaltung“, richte sich „aber auch an Erwachsene“. Solches Ansinnen wird im üblichen akademischen

www.klahrgesellschaft.at

- Sämtliche Beiträge aus den „*Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*“ 1994–2015 im Volltext.
- Übersicht über aktuelle und bisherige Veranstaltungen der AKG seit 1993.
- Bibliographie zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs.
- Publikationen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT und Bestellmöglichkeit.

Betrieb häufig als banal geringgeschätzt. In Wahrheit gehört es aber zu den besonderen Qualitäten von WissenschaftlerInnen, ihr Fachgebiet auf eine Weise darzulegen zu können und erfassbar zu machen, die gerade sachlich weniger kundigen, insbesondere jungen Menschen eine spannende und interessante Annäherung erlaubt.

Hinzu kommt, dass sich die beiden Autoren einer Oberflächlichkeit und Phrasenhaftigkeit im Umgang mit dem Nationalsozialismus entgegenstellen, die in der Öffentlichkeit vielfach um sich gegriffen hat und wesentliche Fragen marginalisiert. Wie sie das tun, ist schon allein aus den Unterteilungen der einzelnen Kapitel des Buches ablesbar; ich nenne als Beispiel das Kapitel „Was ist die ‚Volksgemeinschaft‘ und wer sind ihre Feinde?“. Dessen Unterabschnitte tragen folgende Zwischentitel: *Wie erkennt man „Volksfeinde“? / Wie gehen die Nationalsozialisten gegen die „Volksfeinde“, „Volksverräter“, „Nörgler“ und „Defätisten“ vor? / Welches Schicksal erleiden Roma und Romnija / Was verstehen die Nationalsozialisten unter „Euthanasie“ und welche Wurzeln hat die NS-Euthanasie? / Welche Folgen hat das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“? / Wie wird die Vernichtung „unwerten Lebens“ in der Steiermark durchgeführt? / Was weiß die Bevölkerung über die Ermordung von Pfleglingen und gibt es Widerstand dagegen? / Warum werden Homosexuelle verfolgt? / Franz Baranyai: Vom Überleben in der steirischen Provinz / Franz Baranyai: In Auschwitz ermordet / Ida Maly: Eine Grazer Künstlerin als Opfer der NS-Euthanasie / Josef Kohler: „Er wird wegen öffentlicher Wehrkraftzersetzung zum Tode verurteilt.“ / Karl Drews: Ein Flugblatt gegen die NS-Euthanasie*

Zwei Mal „Franz Baranyai“ ist kein Irrtum, sondern hier werden zwei unterschiedliche Schicksale zweier nicht verwandter Männer gleichen Namens geschildert. Mehr als vierzig Kurzbiographien völlig unterschiedlicher Steirerinnen und Steirer über alle Kapitel verstreut „verdeutlichen, wie sich Menschen unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Diktatur verhielten, [...] wie sie ihre kleinen und großen Handlungsspielräume nutzten, wie und aus welchen Gründen die Menschen litten, aufbegehrten, den Ereignissen zuschauten oder auch Verbrechen begingen“, heißt es im Editorial. Auf diese Weise gelingt es den beiden Autoren, den Lese-

rinnen und Leser die immer weiter in die Vergangenheit entschwindende Periode des Nationalsozialismus nachvollziehbar zu vergegenwärtigen. Auch dies basiert auf solider wissenschaftlicher Forschung, konnten sich die beiden Autoren für dieses Buch doch sowohl auf Material stützen, das sie gemeinsam mit Ursula Mindler für die 2008 eröffnete Grazer Stadtmuseums-Ausstellung und den Katalog „unsichtbar. NS-Herrschaft: Verfolgung und Widerstand in der Steiermark“ zusammengetragen hatten, als auch auf den von ihnen (ebenfalls mit Ursula Mindler) 2012 bei Böhlau herausgegebenen 541 Seiten starken Sammelband „NS-Herrschaft in der Steiermark. Positionen und Diskurse“.

Allerdings kommt sowohl dort, als auch in dem nun erschienenen Werk ein nicht unwesentlicher Komplex zu kurz, der heutzutage generell nicht mit großer Begeisterung thematisiert wird. So nennen die Autoren zwar bei der Vorgeschichte des Nationalsozialismus die im politischen und wirtschaftlichen Leben der Steiermark bedeutende, in deutschem Eigentum stehende Alpine Montangesellschaft, die im Kampf gegen die Arbeiterbewegung seit den 1920er Jahren die Heimwehr unterstützt und eine gewerkschaftliche Spaltung finanziert hatte; aber dass die Alpine Montan bei ihrer politisch-finanziellen Einflussnahme auch zur Zeit der austrofaschistischen Diktatur keine Grenzen zum Nationalsozialismus kannte, wie bei so manch anderen Geldflüssen und Beziehungsgeflechten des Bank- und Industriekapitals, die die Massenbasis des Nationalsozialismus entwickeln halfen, wird leider nicht beleuchtet. Wie auch für die Zeit nach dem „Anschluss“ der nahezu bruchlose wirtschaftliche Übergang des steirischen Finanz- und Industriekapitals samt entsprechender Eingliederung in das großdeutsche Expansionsprogramm wie dessen Förderung unterbelichtet bleiben. Nichtsdestoweniger haben Halbrainer und Lamprecht ein fundiertes, gut lesbares Werk geschaffen, das über die Regionalgeschichte hinausweist und als Standardwerk dienen könnte, das für Leserinnen und Leser jeden Alters nützlich und lehrreich ist. Zu befürchten ist allerdings, dass die Duckmäuser demgegenüber weiterhin dafür sorgen werden, dass Ingeborg Bachmann recht behält mit ihrer nicht von der Hand zu weisenden Einsicht: „Die Geschichte lehrt dauernd, aber sie findet keine Schüler.“

KARL WIMMLER

Nachstellung des 1. Engerau-Prozesses und historische Kontextualisierung

Im von 14. bis 17. August 1945 durchgeführten 1. Engerau-Prozess standen vier ehemalige Angehörige der Wachmannschaft des Lagers für ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter in Engerau vor Gericht. In diesem ersten NS-Prozess vor einem österreichischen Volksgericht wurden drei der Angeklagten zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Der 1. Engerau-Prozess wird an seinem Originalschauplatz, dem großen Schwurgerichtssaal im Landesgericht für Strafsachen Wien, am 26. Oktober dieses Jahres nachgestellt.

Montag, 26. Oktober 2015, 15.00

Großer Schwurgerichtssaal
des Landesgerichts für
Strafsachen Wien

Landesgerichtsstraße 11, 1080 Wien
Eingang: Frankhplatz 1
(bei der Alserstraße)



Mitwirkende: Landesgerichtspräsident Friedrich Forsthuber, Staatsanwalt Walter Geyer, Rechtsanwalt Ernst Schillhammer, Judith Brandner, Gerhard Baumgartner, Hofrat Max Edelbacher, Winfried R. Garscha, Hans Hautmann, Claudia Kuretsidis-Haider, Eleonore Lappin-Eppel, Siegfried Sanwald, Christine Schindler, Ursula Schwarz u.a.

Eintritt frei

Anmeldung bis 15. Oktober 2015 bei Dr.ⁱⁿ Claudia Kuretsidis-Haider (*Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes*)
claudia.kuretsidis@nachkriegsjustiz.at
Infos: www.nachkriegsjustiz.at

Charlotte Rombach: *Österreicher in der Roten Armee 1941–1945. Anhang: Die Biographie von Heribert Hütter*. Wien: Wiener Stern-Verlag 2015 (Texte zur Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert, Bd. 4), 176 S., 14,-

Nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 änderte sich nicht nur das Leben der Bevölkerung der UdSSR abrupt, sondern auch das der zahlreichen ausländischen EmigrantInnen und ihrer Familien. Viele ÖsterreicherInnen, die politisches Asyl in der Sowjetunion erhalten hatten, meldeten sich freiwillig zur Roten Armee (und anderen bewaffneten Formationen) und ließen dabei nur allzu oft ihr Leben im Kampf gegen den Faschismus. Es fällt auf, dass das offizielle Österreich ihren Beitrag zur Befreiung zwar gerne in Anspruch nahm (im Hinblick auf die Moskauer Deklaration), sonst aber kein großes Interesse an diesen Menschen zeigte. Merkwürdigerweise wurde auch von akademischer Seite die systematische Erforschung ihrer Biographien nie in Angriff genommen. Das neue Buch von Charlotte Rombach über die Österreicher in der Roten Armee in den Jahren 1941 bis 1945 schließt nun diese Forschungslücke.

In mühevoller Kleinarbeit mit Originalquellen hat sie die Biographien von 114 ÖsterreicherInnen zusammengetragen, die in den sowjetischen Streitkräften kämpften. Akribisch werden sie mit Kurzlebenslauf, ihrer militärischen Tätigkeit und den erhaltenen Auszeichnungen dargestellt. Bekannte Namen (z.B. Ruth Mayenburg, Otto Fischer, Franz David usw.) finden sich dort ebenso wie Namen von weniger geläufigen TeilnehmerInnen aus fast allen Bundesländern. Eingebettet ist diese Sammlung in eine umfangreiche Geschichte der österreichischen Emigration beginnend mit den revolutionären österreichischen Soldaten in den zaristischen Kriegsgefangenenlagern des Ersten Weltkriegs, über die Auswanderung zahlreicher österreichischer FacharbeiterInnen in die Sowjetunion in der Zeit der Weltwirtschaftskrise bis zu den Schutzbündlern, die nach der Niederlage im Februar 1934 in die Sowjetunion kamen. Die Autorin geht auch auf das Leben dieser Menschen in der Sowjetunion der 1930er Jahre ein, das nur allzu oft von der materiellen Not im Land gekennzeichnet war. Sie weist aber auch auf positive Aspekte hin, wie den raschen Zugang der EmigrantInnen zum dortigen Arbeitsmarkt

sowie die Möglichkeit zur politischen Partizipation (im Gegensatz zu zahlreichen westlichen Emigrationsländer).

Bei der militärischen Verwendung der ÖsterreicherInnen ist zu unterscheiden zwischen den Einsätzen in regulären Einheiten der Roten Armee und den Einsätzen als FallschirmkundschafterInnen bzw. AufklärerInnen hinter den feindlichen Linien, etwa zur Unterstützung von Partisaneneinheiten. Dazu bringt die Autorin auch exemplarische Berichte ehemaliger TeilnehmerInnen. Eine dritte Verwendung für die emigrierten ÖsterreicherInnen erläutert Rombach ausführlich – die Antifa-Schulen für österreichische Kriegsgefangene. Anhand der Biographie von Heribert Hütter, in den 1950er Jahren Landesobmann der KPÖ Steiermark, schildert sie exemplarisch die Tätigkeit eines Rotarmisten als Lektor an einer Antifa-Schule.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es sich um ein spannendes, gut lesbares Buch über ein wichtiges, aber leider unterbelichtetes Kapitel der österreichischen Widerstandsgeschichte handelt. Es bringt Fakten statt Spekulationen zu einem oft verzerrt dargestellten Thema und setzt in seiner aufklärerischen Art einen Kontrapunkt zur derzeit herrschenden „Russenhysterie“ in der Berichterstattung unserer „Qualitäts“medien.

ALEXANDER DINBÖCK

Lisa Rettl/Gudrun Blohberger (Hg.): *Peršman*. Göttingen: Wallstein Verlag 2014, 480 S., 29,90-

Nationalsozialistische Verbrechen an der Zivilbevölkerung in Kärnten sind untrennbar mit dem Massaker am Peršmanhof verbunden. Nur wenige Orte spiegeln derart erinnerungspolitische Konflikte und sind so symbolträchtig wie dieser Bergbauernhof im Süden Kärntens inmitten der schroffen Gebirgslandschaft der Karawanken, an dem sich seit Anfang der 1980er Jahre eine Gedenkstätte und ein kleines Museum befinden. Nun erschien mit dem Buch „Peršman“ ein außergewöhnlicher Sammelband, der einerseits als Katalog für die neue Dauerausstellung des Museums fungiert und andererseits die juristische Untersuchung des Massakers in der Nachkriegszeit minutiös nachzeichnet, die persönlichen Hintergründe der Täter ergründet sowie die Entwicklung des Tatorts zum Gedenkort aufrollt.

Bei dem Massaker am Peršmanhof am 25. April 1945 ermordeten Angehörige der SS- und Polizeiregiments 13 vier Er-

wachsene und sieben Kinder der Bauernfamilien Kogoj und Sadovnik. Drei Kinder überlebten die Tat zum Teil schwer verletzt. Der Hergang des Massakers konnte bisher jedoch nie bis ins letzte Detail nachgezeichnet werden und warf immer wieder Fragen auf. Zudem wurde im Nachkriegsösterreich für das Massaker niemand juristisch zur Rechenschaft gezogen. Gegen keinen der Angehörigen des SS- und Polizeiregiments erfolgte jemals eine Anklage. Um die Täter und den genauen Tathergang rankten sich auch aufgrund dieser Unklarheiten lange Zeit Kontroversen und Deutungskämpfe. So kursierten einander widersprechende Versionen innerhalb der lokalen Bevölkerung und in den Aussagen von ZeitzeugInnen über die Verantwortung für das Massaker. Von deutschnationaler Seite wurde infolgedessen wiederholt versucht, die Schuld für die Tat Kärntner PartisanInnen in die Schuhe zu schieben, die sich zur Tatzeit in der Nähe des Hofes befanden und die von der Familie – vor allem mit Nahrungsmitteln – regelmäßig unterstützt wurden.

Gesicherte Erkenntnisse über den Ablauf der Tat bieten im Gegensatz zu den einander widersprechenden Oral-History-Quellen lediglich die Gerichtsakten des Volksgerichts Graz, an dem zwischen 1946 und den 1960er Jahren zum Massaker am Peršmanhof ermittelt wurde. Erstmals gesichtet wurden diese

Befreiung ...und dann?

Ludwig Elm **8. Mai 1945 – bedeutendste weltgeschichtliche Zäsur des zwanzigsten Jahrhunderts** ★ Klaus Wagener **Der 8. Mai, der Oktober und der ganz »normale« Imperialismus** ★ Günter Benser **Was kommt nach Hitler?** ★ Manfred Mugrauer **Die KPÖ im Jahr der Befreiung** ★ Ulrich Sander **Wiederbewaffnung und Demokratenverfolgung in der Adenauerära** ★ Matthias Dohmen **Die »Stunde Nichts« – Geschichtswissenschaft und Geistesleben 1945 ff.** ★ Ralf Jungmann **Der »heiße« Krieg der »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit«** ★ Manfred Weißbecker **Russlandbilder des deutschen Faschismus**

Weitere Themen u. a.:
 Patrik Köbele **Zum 90. Geburtstag von Robert Steigerwald** | Kai Ehlers **Der umgestülpte-Brzezinski** | Manfred Sohn **Griechische Botschaften** | Andrew Murray **Großbritannien vor den Unterhauswahlen** | Stefan Kühner **»Erinnerung mit dem Fleischermesser« – Heldengedenken a la USA** | Jürgen Lloyd **Antifaschistische Geisterfahrer** | Diether Dehm **Antifaschismus, Alltagsbewusstsein und Political Correctness** | Andrew Kliman, Alan Freeman, Nick Potts, Alexey Gusev, Brendan Cooney: **Als hätte es »Das Kapital« nie gegeben** | Marianna Schauzu **Zur Kritik der grünen Gentechnik**



Einzelpreis 9,50 €
 Jahresabo 48,00 €
 ermäßigtes Abo 32,00 €

**Neue
Impulse
Verlag**

Hoffnungstraße 18
 45127 Essen
 Tel.: 0201-23 67 57

www.marxistische-blaetter.de

Unterlagen bei einem Forschungsprojekt Anfang der 2000er Jahre unter Leitung des 2009 verstorbenen Historikers Karl Stuhlpfarrer. Leider wurde seinerzeit jedoch verabsäumt, die Erkenntnisse in eine Buchpublikation münden zu lassen und damit den Spekulationen über den Tathergang und die Tatverantwortung ein Ende zu bereiten. Neuerliche Bewegung in die Angelegenheit kam erst mit der Eröffnung der neuen Dauerausstellung im Museum am Peršmanhof im Jahr 2012, die von Lisa Rettl und Werner Koroschitz erstellt sowie von Uli Vonbank-Schedler gestaltet wurde.

In den nun vorliegenden Sammelband flossen die damaligen Recherchen und neuen Erkenntnisse über das Massaker ein. Die wissenschaftlichen Beiträge des Bands zeigen dabei eindeutig, dass die Verantwortlichen für das Massaker zweifelsfrei Angehörige der SS- und Polizeieinheit waren. Herauszuheben sind in diesem Zusammenhang insbesondere zwei Aufsätze. Zum einen die Analyse von Lisa Rettl, in dem sie sich akribisch mit der Täterseite, also der Rolle des SS- und Polizeiregiments 13 in Kärnten, auseinandersetzt und die persönlichen Hintergründe der Angehörigen des Regiments untersucht. Dabei kommt sie zu dem ernüchternden Schluss, dass die Polizisten keiner speziellen Gründe für die Ermordung der Familie am Peršmanhof bedurften, sondern sich erschreckenderweise im Rahmen der vom NS-Regime ausgegebenen Dienstvorschriften bewegten.

In einem weiteren Beitrag zeichnet Claudia Kuretsidis-Haider auf Basis der Akten des Volksgerichtshofs Graz die damaligen Ermittlungen profund nach. Resümierend kommt die Autorin zu dem Ergebnis, dass neben lange Zeit ungeklärten rechtlichen Zuständigkeiten, Problemen bei der Ausforschung der Tatverdächtigen und dem Umstand, dass die überlebenden Kinder die Beschuldigten bei Gegenüberstellungen nicht zweifelsfrei identifizieren konnten, zudem verschiedene Versäumnisse in der Ermittlungsarbeit maßgeblich dazu beigetragen haben, dass die juristischen Untersuchungen ergebnislos eingestellt werden mussten. Zu nennen sind hierbei insbesondere die verspätet durchgeführten Lokalaugenscheine oder die Befragung von ehemaligen PartisanInnen, die erst drei Jahre nach der Tat erfolgten. Erst aufgrund dessen, dass keine Anklagen der Tatverdächtigen erfolgten, konnte das Gerücht, die PartisanInnen hätten das Massaker selbst verübt, in die Welt gesetzt werden und sich verbreiten. Bei ei-

nem Ermittlungsprozess, der mit größerem Nachdruck geführt worden wäre, so Kuretsidis-Haider, wären jedoch durchaus Anklagen und Verurteilungen der beschuldigten Angehörigen der SS- und Polizeieinheit zu erreichen gewesen.

In der Zusammenschau handelt es sich bei dem Werk „Peršman“ um ein hochinformatives Buch, das den Wissensstand über das Massaker am Peršmanhof minutiös aufarbeitet und durch neue Erkenntnisse maßgeblich bereichert. Den Spekulationen über eine (Mit-)Täterschaft der PartisanInnen dürfte damit ein Ende bereitet sein. Die einzelnen Beiträge des Sammelbands sind zudem leicht verständlich formuliert und stellen eine ebenso spannende wie eingängige Lektüre dar. Durchgehend zweisprachig gehalten, also in deutscher und slowenischer Sprache, und liebevoll in schönes Leinen gebunden, macht das Werk darüber hinaus auch optisch einiges her. So ist es auch vollkommen verdient, dass die beiden Herausgeberinnen des Werkes, die Historikerin Lisa Rettl und die Pädagogin Gudrun Blohberger, mit dem zweiten Platz des diesjährigen Hans-Maršálek-Preises bedacht wurden, der am 15. Juni feierlich verliehen werden wird.

JONAS KOLB

Simon Loidl: Eine spürbare Kraft. Österreichische KommunistInnen im US-amerikanischen Exil (1938–1935), Wien: Promedia 2015, 208 S., 17,90–

Auf der Flucht vor dem NS-Regime gelangten österreichische KommunistInnen auch in die USA. Dieses Exil-land wies jedoch bereits vor dem Ausbruch des Kalten Krieges einige Besonderheiten auf: So war die Einreise von KommunistInnen in den USA unerwünscht, nicht wenige scheiterten an der politischen Auslese der US-Einreisebehörden. Jene kommunistischen ExilantInnen, die es in die USA schafften, konnten ihre politische Arbeit nur unter großen Einschränkungen und größter Vorsicht betreiben. Diese Restriktionen bestimmten auch die organisatorischen Strukturen der österreichischen KommunistInnen, ihre Bündnisarbeit und das Verhält-

nis zu den anderen politischen Lagern der österreichischen Flüchtlinge im US-amerikanischen Exil.

Der Wiener Historiker und Journalist Simon Loidl betrachtet in seiner Arbeit eingehend die Strukturen und Leistungen der kommunistischen Organisationen, die sich unter schweren Bedingungen für ein unabhängiges Österreich und eine Zusammenarbeit im Sinne der Volksfront bemühten. Er stellt aber auch die Tätigkeit von Einzelpersonen dar, die im Exilland USA für Antifaschismus und sozialen Fortschritt eintraten. Das bekannteste Beispiel ist hier sicher Otto Langer – ein Wiener Kommunist mit jüdischen Wurzeln –, der ein Pionier der Gewerkschaftsarbeit in der US-Filmindustrie war und u.a. Harry Belafonte zu seinen engen Freunden zählen durfte.

Die österreichischen KommunistInnen standen unter ständiger Beobachtung des Nachrichtendienstes, der diese kleine Exilgruppe dennoch als „a perceptible force“ – „eine spürbare Kraft“ ansah. Gegen Ende des Krieges und vor allem nach 1945 verschärfte sich die Lage und die Vorladungen und Verurteilungen nahmen zu. In diesem Kontext ist auch die in Wien erfolgte Verhaftung von Curt Ponger im Jahr 1953 zu sehen.

Simon Loidls Buch besticht nicht zuletzt durch seine fundierte Quellenbasis, die u.a. auch umfangreiches Aktenmaterial des militärischen US-Nachrichtendienstes OSS umfasst. Die amtlichen Darstellungen werden durch Erinnerungen von Beteiligten und Interviews des Verfassers ergänzt. Dadurch ist eine detaillierte und gut lesbare Studie zu diesem bislang kaum beleuchteten Bereich des österreichischen Exils entstanden.

FLORIAN SCHWANNINGER

PROMEDIA
www.medishop.at



Simon Loidl

EINE SPÜRBARE KRAFT

Österreichische KommunistInnen im US-amerikanischen Exil (1938–1945)

ISBN 978-3-85371-388-4, br., 208 Seiten, 17,90 €

EINE UNBEKANNTE EPISODE DES WIDERSTANDES

Erhältlich in jeder Buchhandlung oder auf www.medishop.at



Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung

Buchpräsentation Österreich ist frei?! Lesebuch 1945

Einleitung und musikalische Umrahmung mit Liedern nach Texten von Theodor Kramer und Richard Zach: **Gerald Grassl**

Lesung: **TARANTEL-Lesetheater** (Eugen Bartmer, Ottwald John, Wolfgang Katzer, Christian Schreibmüller u.a.)

Mittwoch, **1. Juli 2015**, 19.00

Kulturcafé 7Stern, Siebensterngasse 31, 1070 Wien

7★STERN



Alexander Weiss (Hg.):
Österreich ist frei?! – Lesebuch 1945
240 Seiten, 20,-
ISBN 978-3-9503673-5-5
Wien: edition tarantel 2015

Bestellmöglichkeit:

tarantel-wien@gmx.at
Redaktion Tarantel
Vivariumstraße 8/4/18, 1020 Wien

Mit Beiträgen u.a. von Ilse Aichinger, Ingeborg Bachmann, Thomas Bernhard, Antonia Bruha, Rudi Burda, Paul Celan, Milo Dor, Bruno Frei, Erich Fried, Gerhard Fritsch, Elfriede Gerstl, Gerald Grassl, Hermann Hakel, Peter Handke, Marlen Haushofer, Fritz Hausjell, Hans Hautmann, Werner Herbst, Otto Horn, Alfred Hrdlicka, Hugo Huppert, Elfriede Jelinek, Rosa Jochmann, Eugenie Kain, Franz Kain, Rudolf Kalmar, Iacovos Kambanellis, Theodor Kramer, Georg Kreisler, Werner Lang, Sigi Maron, Viktor Matejka, Heiner Müller, Eva Priester, Helmut Qualtinger, Gerhard Ruiss, Michael Scharang, Dora Schimanko, Johannes Mario Simmel, Jura Soyfer, Hilde Spiel, Hanna Sturm, Peter Turriani, Arthur West, Martina Wied, Richard Zach und Dorothea Zeemann.

Mitteilungen der

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Alexander Dinböck, Winfried R. Garscha,

Heimo Halbrainer, Hans Hautmann, Jonas

Kolb, Claudia Kuretsidis-Haider, Peter

März, Manfred Mugrauer, Helmut Rizy,

Florian Schwanninger, Karl Wimpler

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

AKG-Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930

BIC: OPSKATWW

Wir danken all jenen LeserInnen, die in Reaktion auf unseren Spendenaufruf in der Nr. 1/2015 der *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* neuerlich ein Jahresabo gelöst haben bzw. eine Spende in Gestalt eines Förderabos überwiesen haben, um auch in Zukunft die Finanzierung der Druck- und Versandkosten sicherzustellen.

Busexkursion „Jüdisches Bratislava“

Sonntag, 7. Juni 2015, Abfahrt: 10.00

Treffpunkt: 1020 Wien, Praterstern 1

Programm:

- Besuch der Ausstellung „Engerau 1945“ im Jüdischen Gemeindemuseum Bratislava
- Führung in der Synagoge von Bratislava
- Besuch des Gedenksteins für Raoul Wallenberg
- Besuch des Chatam Sofer Mausoleums
- Besichtigung der Gedenkstätte für die Holocaustopfer und die Wand der Erinnerungen
- Besuch des Mahnmals für die ermordeten ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter des Lagers Engerau auf dem Friedhof in Petržalka

Führungen und historische Begleitung:

Dr. **Maros Borsky** (Jüdisches Gemeindemuseum Bratislava)

Dr.ⁱⁿ **Claudia Kuretsidis-Haider** (Forschungsstelle Nachkriegsjustiz)

Teilnahmebeitrag: 15 Euro,

Anmeldung unter Tel. (01) 22 89 469/315, claudia.kuretsidis@nachkriegsjustiz.at

Eine Veranstaltung der Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

1945_Engerau_2015

Gestern_Südostwall
Gedenken_Heute